

Wie Inna Thomas aus dem russischen Saratow eine der besten Modeschulen der Welt gegründet hat

Seite 15



DIALOG

HERAUSGEBER: JOHANN MICHAEL MÖLLER UND WITALI NIKITITSCH IGNATENKO

Wie der neue Chefdirigent der Berliner Philharmoniker Kirill Petrenko sein Publikum erobert

Seite 16



OKTOBER 2019

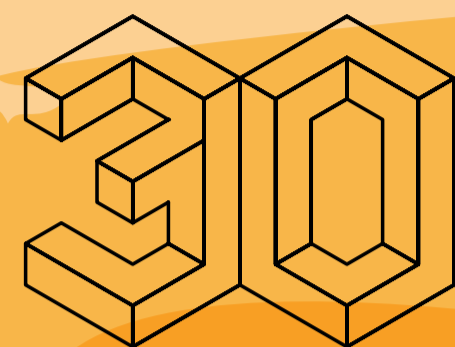
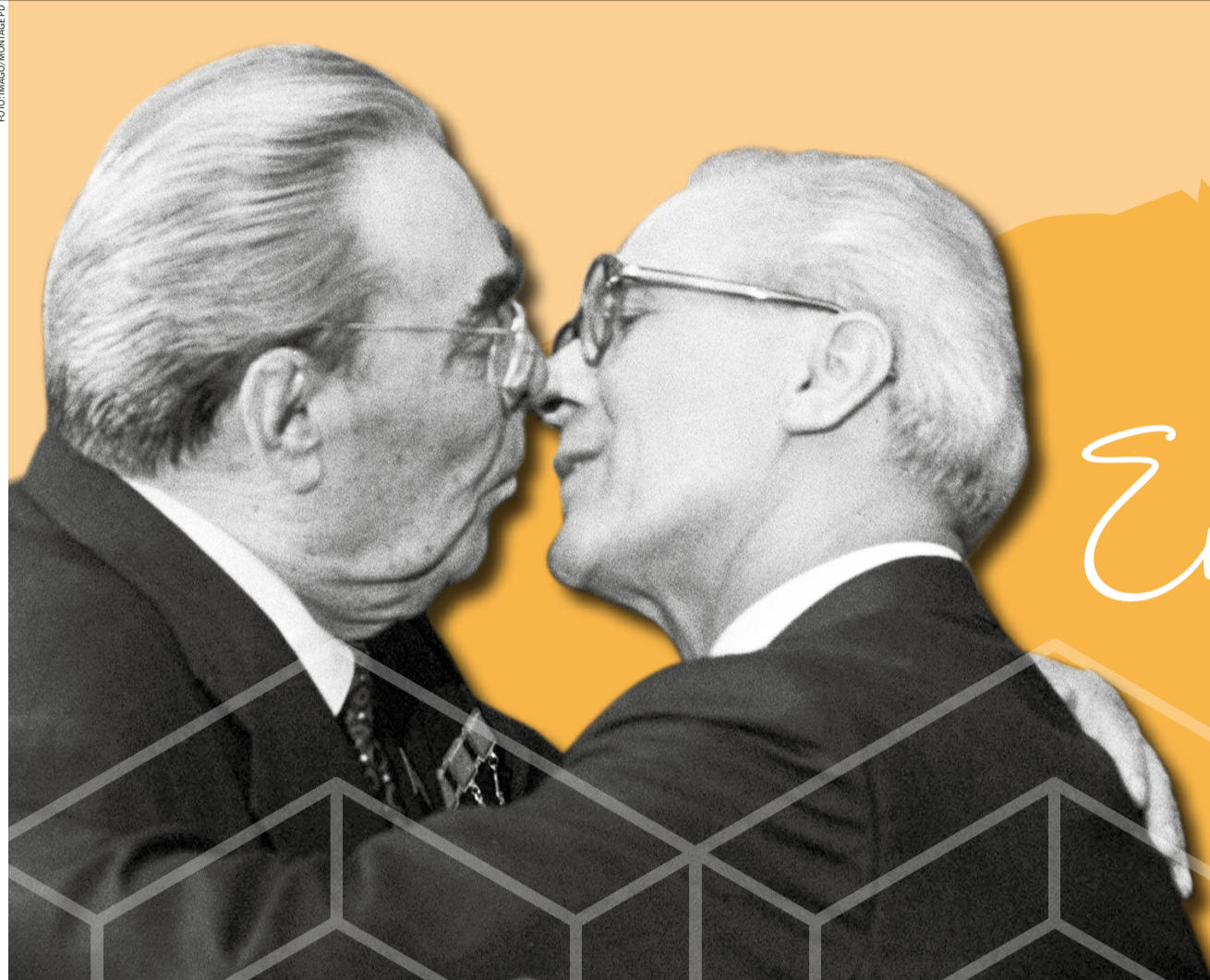
ISSN: 2566-8668

Sänger und Kaiser

Es ist eine wiederkehrende Frage, wenn Deutsche und Russen zusammenkommen: Kann Europa mit einem Staat zusammenarbeiten, der offensichtlich nicht dem Club der Multilateralisten angehört und sich nicht an einem international verbindlichen System aus Rechten und Pflichten orientieren will, sondern seine Politik ausschließlich an den eigenen Interessen ausrichtet? Gemeint sind nicht die USA. Auf den Punkt gebracht lautet die Frage vielmehr: Gehört Russland zu Europa?

Leonid Mletschin, TV-Reporter und einer der Autoren dieser Zeitung sowie zahlreicher Bücher, gibt darauf eine fulminante, durchaus auch empörte Antwort: Reiche Russen schicken ihre Kinder zum Studieren nicht nach Peking, sondern nach Europa

Peter Koepf,
Chefredakteur



JAHRE
MAUER
FALL

Ende einer Affäre

Vor 40 Jahren küsst sich Erich Honecker und Leonid Breschnew brüderlich, zehn Jahre später umarmten sich Deutsche aus Ost und West. Die Vorgeschichte des Mauerfalls und die Nachgeschichte des Kusses

Seiten 8-11

und in die USA; sie kaufen Immobilien nicht in Indien, sondern in Europa. Ihre Kranken lassen sie in der Berliner Charité operieren und die Gesunden wollen leben wie in Frankreich oder Deutschland, in einem liberalen, freiheitlichen System mit einer funktionierenden Wirtschaft.

„Ein normaler Russe“, sagte er im Mai anlässlich eines Treffens der Arbeitsgruppe Medien des Gesprächsforums Petersburger Dialog, „ist ein Europäer.“ Und er rief als Zeugen Dostojewski auf, wonach jeder seiner Landsleute die Fähigkeit erlangt habe, „gerade dann im höchsten Grade Russe zu werden, wenn er im höchsten Grade Europäer sei“.

Die Enttäuschung bei den heutigen Zapadniki, den westorientierten europäischen Russen ist groß, wenn ihre liberalen, demokratischen Freunde im Westen Russlands Außenpolitik als aggressiv und als Großmachtgedenken verurteilen, und die Verletzung von Menschenrechten anprangern: Gewalt von Staatsorganen und willkürliche Verhaftungen bei friedlichen Demonstrationen, monatelange Untersuchungshaft für kritische Künstler, unaufgeklärte Morde an Regierungskritikern, inhaftierte Journalisten, Denunziation von NGOs und Kulturstiftungen als „ausländische Agenten“ und Anklage und Verurteilungen von Menschen wegen „Propaganda von nichttraditionellen sexuellen Beziehungen gegenüber Minderjährigen“.

Liberaler und demokratisch gesinnter Russen haben es schwer mit ihren Freunden im Westen. Ihr Nationalstolz ist berührt, wenn jene von Annexion sprechen und die Sanktionen gegen ihr Land für richtig halten. Und im Innern müssen Opponenten, Andersdenkende und -lebende staatliche Sanktionen einkalkulieren. Was das bedeutet, wissen wir im Westen nicht (mehr).

Für Deutsche und Westeuropäer sind Staat und Gesellschaft zwei getrennte Sphären. Politiker formen den Staat, Künstler und Journalisten verstehen ihre Aufgabe nicht darin, diesen Staat zu stützen, sondern ihn und seine Repräsentanten zu hinterfragen. Für ihre russischen Gesinnungspartner sieht das anders aus. Einer von ihnen fasste sein Verständnis bezüglich der Freiheit des Worts und der Kunst allgemein kürzlich mit folgendem Sprichwort zusammen: „Der Sänger und der Kaiser schaffen den Staat.“ Gemeinsam, wollte er sagen, nicht als Antagonisten.

Wer nicht mit dem Staat ist, ist gegen ihn? Ist das voraussetzungslos Gehorsam eines Menschen, der die Grenzen des Erlaubten akzeptiert? Oder ist es die Manifestation einer grundsätzlich anderen Kultur? Nur wenn Letzteres zuträfe, gehörte Russland nicht zu Europa.

Wachwechsel

Mit dem Rückzug amerikanischer Truppen aus Syrien überlässt Donald Trump Russland die Rolle der regionalen Ordnungsmacht

VON MARKUS BICKEL

Ein größeres Geschenk zu seinem 67. Geburtstag hätte der amerikanische Präsident Wladimir Putin gar nicht machen können. „Es ist für uns an der Zeit, aus diesen lächerlichen endlosen Kriegen auszusteigen und unsere Soldaten nach Hause zu bringen“, schrieb Donald Trump am 7. Oktober auf Twitter – und kündigte den Rückzug der rund 1000 in Syrien verbliebenen amerikanischen Soldaten an. Jetzt müssten die „Türkei, Europa, Syrien, Iran, Irak, Russland und die Kurden selbst überlegen, wie sie weiter vorgehen“.

Das haben sie getan, allen voran Putin und der syrische Diktator Baschar al-Assad: Mitte Oktober, nur eine Woche nach der Abzugsankündigung Trumps, rückten Streitkräfte der beiden Verbündeten in Manbidsch ein – nur wenige Stunden nachdem Dutzende US-Soldaten ihre Posten in der Grenzstadt im Nordwesten Syriens geräumt hatten.

Ein historischer Moment, der nach acht Jahren Krieg eine völlige Neuordnung im Norden Syriens bedeutet. Denn mit dem Ende der zwar kleinen, aber effektiven US-Präsenz auf einem Drittel des syrischen Territoriums verlieren die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) ihre wichtigste ausländische Schutzmacht. In dieses Vakuum stößt nun Russland vor.

Der syrisch-russische Vorstoß freilich war nicht nur eine Reaktion auf Trumps Entscheidung zum Rückzug aus Syrien. Er folgte der Invasion türkischer Truppen, die auf Befehl Präsident Recep Tayyip Erdoğans am 9. Oktober in der „Operation Friedensquelle“ in den 480 Kilometer langen Korridor zwischen Euphrat und irakischer Grenze einmarschierten – zum dritten Mal in drei Jahren, und keine 48 Stunden nach dem amerikanischen Beschluss, Syrien völlig überstürzt und ohne Not zu verlassen.

Die russische Diplomatie nutzte das knappe Zeitfenster, um sich als Mittler zwischen der kurdischen YPG-Führung und dem Regime in Damaskus zu positionieren. Auch Erdoğan gegen-

über machte der Kreml klar, dass Moskau eine dauerhafte Präsenz türkischer Truppen auf syrischem Boden als „inakzeptabel“ ablehne. Beim Besuch des türkischen Machthabers in Moskau am 22. Oktober besiegelte Putin die Rolle Russlands als neue Ordnungsmacht.

Die neue Rolle Russlands als vielleicht wichtigster Ordnungsmacht in Nahost unterstrich Putin auf einer Reise nach Abu Dhabi und Riad: Zum ersten Mal seit zwölf Jahren besuchte er das saudische Königreich, das nach Beginn des Aufstands gegen Assad 2011 noch syrische Oppositionsmilizen unterstützt hatte, inzwischen aber auf die russische Linie eingeschwenkt ist – und sich mit dem Sieg des Diktators abgefunden hat.

Im Herbst 2015 bereits hatte Putin hochgeköpft, als er sich zur Intervention im Syrien-Krieg entschied. Assads Einheiten hatten damals große

Gebiete an islamistische Oppositionsmilizen verloren; der mehrheitlich kurdisch besiedelte Norden des Landes stand schon seit 2012 unter Kontrolle der YPG, dem syrischen Ableger der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Eine Wiedererlangung der Souveränität über das ganze

syrische Territorium durch Regimeeinheiten erschien illusorisch, der Aufbau einer russischen Luftwaffenbasis nahe des Marinestützpunkts Latakia sollte zunächst nur weitere Verluste Assads verhindern.

Dass die Rückkehr der syrischen Armee auf vielleicht für immer verloren geglaubte Gebiete vier Jahre später Realität ist, erhöht Putins Gewicht in Damaskus weiter. Selbst wenn der politische und militärische Bedeutungszuwachs nicht allein dem Verhandlungsgeschick des Kremls, sondern strategischer Fehlentscheidungen der USA oder anderer Mächte entspringt: „Man muss sagen, dass die wichtigsten russischen Erfolge in Syrien nicht das Resultat bewusster Bemühungen durch Moskau sind“, sagt Aleksandr Shumilin, Nahostexperte an der Russischen Akademie der Wissenschaften. „Sie sind durch seltsames Verhalten westlicher Staaten und der Türkei

FORTSETZUNG AUF SEITE 3

Formelsuche

Der Krieg im Donbass könnte beendet werden, aber die Konfrontation wird bleiben

VON VLADIMIR SOLOVJEV

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj möchte den Krieg im Donbass beenden. Bei allen Schwierigkeiten, die diese Aufgabe mit sich bringt, ist diese Mission doch weniger unerfüllbar als die politische Regelung des Konflikts. Der Kompromiss nach der „Steinmeier-Formel“ hat der Kiewer Regierung die Kontrolle über die nicht anerkannten Donezker und Lugansker Volksrepubliken nicht zurückgebracht. Deswegen kann man die diesbezüglichen Verhandlungen nicht als Entwicklungsprozess betrachten, sondern muss sie als Status quo sehen, der sich über eine unbestimmte Zeit in die Länge zieht.

Schon während seiner Kandidatur für das Amt des Präsidenten der Ukraine versprach Selenskyj, für Frieden im Donbass zu sorgen. Seit er die Wahl gewonnen hat, erklingt dieses Mantra immer häufiger. Es vergeht keine Woche, ohne dass das ukrainische Staatsoberhaupt verkündet: Der Frieden ist unser wichtigstes Ziel, es ist sogar eine Mission.

Unter Selenskyj steht das Thema der Regelung des Konflikts im Osten der Ukraine tatsächlich wieder auf der Tagesordnung zwischen Moskau und Kiew, von der es zum Ende der Präsidentschaft Petro Poroschenkos verschwunden war, und ebenso auf der europäischen Agenda. Und die Sache steht wieder in einem positiven Kontext, wenn bei dem Konflikt der Ausdruck „positiv“ überhaupt angebracht ist.

In den ersten fünf Monaten seiner Amtszeit hat Selenskyj mehrmals mit seinem russischen Kollegen Wladimir Putin telefoniert. Es gab Gespräche und Treffen mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron.

Die Verhandlungen hatten praktische Folgen. Die Berater und Assistenten der Regierungschefs von Deutschland, Russland, der Ukraine und Frankreich (Normandie-Format)

Jan Hecker, Wladislaw Surkow, Andrei Ermak und Emmanuel Bonne nahmen Gespräche auf. Und die trilaterale Kontaktgruppe (Ukraine, OSZE, Russland) zur Regelung des Konflikts in der Ostukraine, deren Sitzungen in Minsk zu einem bestimmten Zeitpunkt nur mehr rituellen Charakter besessen hatten, machte sich daran, Lösungen für die Fragen zu erarbeiten, die die Durchführung des Gipfeltreffens des Normandie-Länder gewährleisten sollten.

Die Bedingungen, deren Erfüllung das Treffen der Regierungschefs der vier Länder möglich machte, stellte Moskau auf. Es gab deren zwei: Entflechtung der Truppen beider Konfliktparteien im Gebiet der Ortschaften Solote und Petriwske, darüber hinaus die Ratifizierung der „Steinmeier-Formel“. Letztere brachte der jetzige Bundespräsident

Frank-Walter Steinmeier in seiner Funktion als damaliger Außenminister Deutschlands zum Vorschlag. Gemäß dieser Formel soll ein Gesetz über den Sonderstatus der Regionen Donezk und Luhansk (ORDLO) in Kraft treten, sobald dort Wahlen stattge-

funden haben, die von der OSZE als frei, fair und ihren Standards entsprechend anerkannt wurden.

Das Problem bestand darin, dass die „Steinmeier-Formel“ nie als Dokument existiert hat, was bedeutet, dass sie je nach Gusto ausgelegt werden kann. Man kann sogar behaupten, es gebe sie gar nicht. Aber die Unterhändler Hecker, Surkow, Ermak und Bonne vereinbarten schließlich ein Dokument, das auf einem Blatt Papier Platz fand und im Grunde genommen nur aus zwei Absätzen bestand.

Das Dokument sieht auf den ersten Blick harmlos aus. Es besagt, dass ein Gesetz über den Sonderstatus der ORDLO in Kraft tritt „um 20.00 Uhr Ortszeit am Tag der außerordentlichen Wahlen in den Regionen Donezk und Luhansk, die entsprechend der ukrainischen Verfassung und einem speziellen Gesetz

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

Die russische Ausgabe des Petersburger Dialogs liegt der Tageszeitung Kommersant bei.

П Е Т Е Р Б У Р Г С К И Й
Д И А Л О Г

WEM GEHÖRT DIE ARKTIS?

Donald Trump will Grönland kaufen, aber dem Nordpol droht Schlimmeres, fürchtet Joachim Müller-Jung: ein neuer Kalter Krieg
Seite 3

WAS HILFT GEGEN KREBS?

Maria Kotova berichtet, wie Bayer russischen Wissenschaftlern hilft, eine einzigartige Technologie auf den Markt zu bringen
Seite 6

WAS WILL SNOWDEN?

Der Whistleblower meldet sich mit einer Autobiographie aus Moskau zu Wort – und hofft auf Aufnahme in der EU, schreibt Frank Hofmann
Seite 7

#11

Im pittoresken Städtchen Görlitz, ganz im Osten Deutschlands an der Grenze zu Polen gelegen, drehte Hollywood Filme mit Jackie Chan und Arnold Schwarzenegger („In 80 Tagen um die Welt“), Kate Winslet und David Cross („The Reader“) sowie Tilda Swinton und Bill Murray („The Grand Budapest Hotel“). Hinter den schönen Fassaden aber verstecken sich eine schwache Wirtschaft und viele alte und unzufriedene Menschen, denen der Glaube an die Zukunft fehlt. Weil viele Bewohner von „Görlitwood“ die EU und das politische Establishment in der Bundeshauptstadt ablehnen, haben bei den Landtagswahlen am 1. September mehr als ein Drittel von ihnen ihre Stimme der sehr rechtslastigen AfD gegeben.

Knapp eine Million Menschen haben bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg für die Partei votiert, die sich für eine Alternative für Deutschland hält, gut ein Viertel der Stimmberechtigten. Bei den Wahlen am 27. Oktober in Thüringen darf die AfD mit einem ähnlichen Ergebnis rechnen. Stärker dürfte dort nur die Partei Die Linke abschneiden.

Das heißt: Jeder vierte Wähler folgt im Osten Politikern, Männern wie Frauen, die durch rechtsextreme, antisemitische, rassistische oder andere menschenverachtende Parolen aufgefallen sind. Ist Deutschland auf dem Weg in die Vergangenheit?

Kurz gesagt: Nein. Im bevölkerungsreicheren Westen reüssiert die AfD deutlich weniger, und in den AfD-affinen Ländern in Ostdeutschland haben rund drei Viertel der Wähler andere Parteien gewählt. Die AfD ist weder in Sachsen noch in Brandenburg stärkste Kraft, und niemand will mit ihr koalieren.

Dabei hatte die AfD gehofft – ja damit gerechnet – die Nummer 1 zu werden und damit den Sturz von Angela Merkel einzuleiten. „Vollende die Wende“ hatte die Partei plakatiert. Die friedliche Revolution von 1989 sei nicht erfolgreich gewesen, die derzeitigen Verhältnisse ähnelten denen zu DDR-Zeiten, so ihre Behauptung. Dagegen erhob sich lautstarker Protest.

Nach diesen Landtagswahlen ist das Schlimmste (vorerst) abgewendet. Brandenburg erhält wieder einen SPD-Ministerpräsidenten, Sachsen einen von der CDU. Und in Berlin bleibt Merkel Kanzlerin, bis zum Ende ihrer Amtszeit – und eventuell, entgegen ihrer Ankündigung, darüber hinaus. Vielleicht braucht die CDU sie ja noch – mangels charismatischer Alternative.

Aber was ist dran am Vorwurf vieler Ostdeutscher, die Wende sei nicht abgeschlossen? Und wieso glauben so viele von ihnen, benachteiligt zu sein, zu kurz gekommen zu sein, wie Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden?

Die *New York Times* sprach von einer „fortbestehenden Ungleichheit zwischen Ost und West drei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer. Die *Washington Post* schrieb, der Osten „leidet noch immer unter höherer Ar-

beitslosigkeit und geringeren Löhnen und Renten als im Westen“.

Die Wahrheit ist: Die Arbeitslosenquote in Sachsen liegt bei durchschnittlich 5,7 Prozent, in Brandenburg bei 5,6 Prozent (Bund insgesamt: 5,1 Prozent), in Nordrhein-Westfalen im Westen liegt sie bei durchschnittlich 6,7 Prozent, mit Spitzen von 13,4 Prozent in Gelsenkirchen und 10,4 in Dortmund.

Der Durchschnittslohn im Osten lag und liegt tatsächlich unter dem im Westen. Die Sachsen und Brandenburger verdienten im vergangenen Jahr rund 20 Prozent weniger als der deutsche Durchschnitt. Das hat viele Gründe: Ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten in Ostdeutschland arbeiten für Niedriglohn, in Westdeutschland nur halb so viele. Im Osten arbeiten mehr Frauen als im Westen, die aus vielerlei Gründen generell rund 20 Prozent weniger verdienen als Männer. Im Osten gibt es noch immer nur wenige Großunternehmen, aber viele strukturschwache, ländliche Regionen. Und noch immer liegt die Wirtschaftskraft nur bei 75 Prozent im Vergleich zu der des Westens.

Allerdings: Wo die Großunternehmen sind, erhöhen sich nicht nur die Gehälter, sondern auch die Mieten und die sonstigen Lebenshaltungskosten.

Die Rente wiederum orientiert sich an den Löhnen – noch immer auch an denen in der früheren DDR. Eine komplizierte Ausgleichsregelung soll das Rentenniveau bis 2024 vollends angleichen.

Geringe Einkünfte führen nicht automatisch zur AfD. Das belegt die Tatsache, dass die meisten Hartz-IV-Empfänger in Sachsen in Leipzig leben, wo die Partei recht unterdurchschnittlich abschnitt.

Es gibt bedeutendere Ursachen für die Ablehnung des „Systems“ und des „Establishments“ als schmale Geldbörsen. Eine liegt in der Vergangenheit, eine in der Gegenwart: Auch 30 Jahre nach dem Mauerfall und dem darauffolgenden „Anschluss“ fühlen sich viele Ostdeutsche verraten und verkauft. Ihre Industrie – verscherbelt von der sogenannten Treuhänder an Westkonzerne; sie selbst ausgesetzt einem kaum regulierten kapitalistischen System, in dem sich unter der Ideologie des Wirtschaftsliberalismus die Besitzenden bereichern und die Habenichtse mehr und mehr verarmen. Und sie selbst, die in der DDR einen Arbeitsplatz hatten, fanden sich nun in den Schlangen vor den Arbeitsämtern wieder.

Bis heute fühlen sich viele Ostdeutsche außerdem nicht genügend gewürdigt für die historische Leistung, einen Systemwechsel ohne einen Schuss und ohne Blutvergießen herbeigeführt zu haben. Stattdessen scheinen die Wessis bis heute die Aufnahme der Ossis als einen Akt der Güte und Milde zu betrachten. Und zu schlechter Letzt zogen westdeutsche Glücksritter die unerfahrenen Brüder und Schwestern im Osten über den Tisch, was sie, als sie ihre Fehler bemerkten, zutiefst beschämte.

Aus der Demütigung ist eine anhaltende Verletzung entstanden. Und jene, die jung genug waren, ihr Leben komplett



„Blühende Landschaften“ – mitten im sächsischen Meißen.

Ist Deutschland auf dem Weg in die Vergangenheit?

Die AfD sammelt die Wendetraumatisierten und Zukunftsängstlichen, aber die traditionellen Parteien sind noch immer die Stützen der deutschen Demokratie

VON PETER KOEPP

auf den Kopf zu stellen und sich etwas Neues aufzubauen, haben nun Angst vor dem neuerlichen Verlust – manchmal ohne Grund.

Das brandenburgische Dorf Hirschfeld, an der Grenze zu Polen gelegen, erlangte Berühmtheit, weil mehr als die Hälfte der Wähler, 307, der AfD ihre Stimme gaben. Journalisten beschreiben es als ansehnliches Dorf mit ordentlicher Infrastruktur – und ganz ohne Flüchtling.

Die AfD sammelt mit einem lauten, schrillen, xenophoben Populismus die Wendetraumatisierten und Zukunftsängstlichen. Ihre Wähler sind mehrheitlich männlich, Arbeiter, zwischen 30 und 60 Jahre alt, sie haben kein Abitur oder gar einen Hochschulabschluss und fürchten um ihren Job und ihr bisheriges Leben.

Dass die AfD insgesamt weit rechts steht, stört sie nicht. Skandale, Unterstützung für rechtsextreme Gruppen, Teilnahme an Demonstrationen von

Rechtsextremen, Unterschlagungen, Spendenaffären, öffentlicher Zank und Zerwürfnisse sowie Spaltung von Landesverbänden – für die Wütenden kein Problem.

Parteichef Alexander Gauland, bis 2013 Mitglied der bürgerlich-konservativen CDU mit respektabler Karriere in Politik und Publizistik, nennt seine neue Heimat „bürgerliche Volkspartei“. Dabei fallen Führungskräfte nicht nur durch rechtsextreme Äußerungen und ungehobelte Rhetorik auf, sondern lassen häufig bürgerliche Umgangsformen und Manieren vermissen.

Es wäre ein Fehler, nicht zu erkennen, dass die Basis es ist, welche die Parteilührung vor sich her treibt. Die Funktionäre erfüllen, was Mitglieder und Anhänger von ihnen erwarten. Kompromisse mit den etablierten Parteien anzustreben, gilt an der Basis als Verrat. Wer die Trotzigsten, die Wütenden zu Mäßigung aufruft, gilt ebenfalls als Verräter am freien Wort, wie sie es verstehen.

Viele der wirtschaftsliberalen und nationalen Gründer der Partei sind deshalb ausgetreten, Rechtsextreme rücken nach. Der völkische Flügel wächst, die Partei verschiebt sich in die nämliche Richtung. Unzählige Rechtsaußen haben in der Partei reüssiert, sitzen in den Parlamenten von Bund und Ländern. In den Kommunen ebenfalls, wo über die Mittel für Vereine und kulturelle Einrichtungen entschieden wird. Der eigentlich kultivierte Gauland wehrt sich weder gegen diese Rechtsdrift noch gegen die Radikalrhetorik, er hat sich angepasst.

Nach dem Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke im Juni griff der Berliner Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung*, Marc Felix Serrao, ein Wort des Präsidenten des Deutschen Bundestags, Wolfgang Schäuble, auf, wonach Sprache schon früher der „Nährboden für Gewalt bis hin zum Mord“ gewesen sei. Die „enthemmte Sprache“ der AfD erinnere an eine

„vollgeschmierte Klowand. Nichts daran ist bürgerlich.“ Die Sprache der AfD könne „Mörder machen“.

Nachdem ein offenbar rechtsradikaler Antisemit am Versöhnungsfest Jom Kippur am 9. Oktober die Synagoge in Halle angegriffen hatte, stimmten dem zahlreiche Kommentatoren erneut zu. AfD-Sprecher wiesen den Zusammenhang zurück.

Um es noch einmal klar zu sagen: Die AfD ist eine kleine Minderheit. Bei den EU-Wahlen im Frühjahr erzielte die Partei elf Prozent. Anders als die Partei von Marine Le Pen in Frankreich ist die AfD weit entfernt von der Macht. Obwohl den traditionellen Parteien ein steifer Wind um die Ohren bläst, sind sie noch immer die Säulen der deutschen Demokratie.

Peter Koepf ist der deutsche
Chefredakteur dieser Zeitung.

90

FORTSETZUNG VON SEITE 1
„FORMELSÜCHE“

IMPRESSUM

Verleger
Detlef W. Prinz

Herausgeber
Johann Michael Möller
Witali Nikititsch Ignatenko

Chefredaktion
Peter Koepf
Viktor Loschak

Chef vom Dienst
Lutz Lichtenberger

Gestaltung
Paul Maria Kern (Art Director)
Johanna Trapp (Layout)

Druck
Axel Springer SE
Druckhaus Spandau GmbH & Co. KG
Brunsbütteler Damm 156 – 172
13581 Berlin

Redaktionsschluss
23. Oktober 2019

Verlag
Times Media GmbH
Tempelhofer Ufer 23-24
10963 Berlin

Petersburger Dialog ist eine geschützte
Marke der Times Media GmbH.

www.times-media.de
www.petersburgerdialog.de
www.newspaper-petersburger-dialog.ru

Fragen, Anregungen, Kritik?
redaktion@times-media.de

der Ukraine, welches die außerordentlichen regionalen Wahlen in den oben genannten Regionen regelt, einberufen und durchgeführt wurden.“

Dort wird auch gesagt, dass das Gesetz über den Sonderstatus zunächst nur vorübergehend gilt, und zwar bis zur Veröffentlichung des Abschlussberichts der Wahlbeobachter der OSZE. Und nur wenn die Wahlbeobachterkommission der OSZE die Wahlen als ihren Standards entsprechend anerkennt, wird das Gesetz dauerhaft wirksam.

Die Vertreter der OSZE, der Ukraine und Russlands sowie der beiden nicht anerkannten Republiken unterzeichneten das Papier am 1. Oktober. Am selben Tag wurde das Datum der Truppenentflechtung bei Solote und Petriwske am 7. Oktober vereinbart.

Kaum hatte die Nachricht aus Minsk erreicht, begannen in der ukrainischen Hauptstadt die Proteste. Man warf Selenskyj Kapitulation gegenüber dem Kreml vor. Dies war die erste Aktion gegen das neue Staatsoberhaupt. Die treibenden Kräfte waren Nationalisten und Poroschenko.

Auch danach gab es immer wieder Demonstrationen gegen den Präsidenten, und wie es aussieht, wird Selenskyj in Zukunft noch öfter damit rechnen müssen.

Daran ist er gleichwohl auch selbst schuld. Die Mannschaft des Präsidenten, die sich bis dato die Kommunikation mit der Gesellschaft als eine ihrer Stärken anrechnete, hatte diesmal genau an dieser Stelle versagt. Vor der Unterzeichnung der „Steinmeier-Formel“ hatte sich von Seiten der Regierung niemand die Mühe gemacht, genau zu erklären, was sie eigentlich bedeutete.

Eine Klarstellung darüber, dass regionale Wahlen in den Regionen Donezk und Luhansk erst möglich würden nach erfolgtem Truppenabzug und nachdem die Ukraine die seit 2014 verlorene Kontrolle über die Grenzabschnitte zu Russland wiedergewonnen hätte, erfolgte erst, als die Aktionen der Opposition und der Nationalisten viele schon davon überzeugt hatten, dass die Unterschrift unter diese Formel eine Niederlage für Kiew sei. Selenskyj klärte diese heikle Situation wenigstens teilweise auf, indem er augenblicklich eine große Pressekonferenz einberief, die 14 Stunden dauerte, und auf der er, nebenbei, auch die fehlgelaufene Kommunikation offen eingestand.

Aber im Ergebnis war die Truppenentflechtung auf den beiden kleinen Geländeabschnitten bei Solote und Petriwske gescheitert. Sie fand weder

am 7. Oktober statt, noch in den Tagen darauf. Unter anderem deshalb, weil die Wortführer der rechten ukrainischen Kräfte und deren Gleichgesinnte versprochen, sofort die Stellungen der ukrainischen Streitkräfte einzunehmen, wenn diese sie räumen sollten.

Ein Truppenabzug, auf dem Moskau beharrt und ohne den deshalb ein Gipfeltreffen im Normandie-Format nicht stattfinden wird, kann immer noch zustande kommen. Und die Chance, dass sich die vier Regierungschefs noch vor Ende des Jahres in Paris zusammenfinden, zum ersten Mal seit 2016, um zu besprechen, wie man in der Frage des Konfliktes im Donbass weiter vorgehen soll, besteht noch immer. Ja, es existiert sogar der Entwurf eines Dokuments, das nach dem Treffen unterzeichnet werden soll.

Der Inhalt des Dokuments wurde nicht bekanntgegeben, aber bisher weist nichts darauf hin, dass das Gipfeltreffen einen Durchbruch bringen könnte. Hauptsächlich deshalb, weil sich Moskau für die Donezker und Luhansker Volksrepubliken einen solchen Status in der politischen Struktur der Ukraine wünscht, der diese Region im Grunde zu ihrer ausschließlichen Einflusszone macht, mit allen daraus fol-

genden politischen und geopolitischen Folgen. Kiew kann das nicht akzeptieren und stellt sich deshalb kategorisch gegen eine Festschreibung eines Sonderstatus der Regionen Donezk und Luhansk in der Verfassung des Landes.

Ein weiterer Grund, weshalb die „Steinmeier-Formel“ Gefahr läuft, ein Kompromiss zu bleiben, der den Prozess der Regelung des Konfliktes keinen Millimeter weiterbringt, besteht darin, dass im Falle einer Reintegration der Regionen Donezk und Luhansk in die Ukraine zwangsläufig die Krim-Frage wieder auf den Tisch kommt. Davon ist man im Kreml überzeugt. Und auch in Kiew spricht man ja offen darüber. Der Vertreter des ukrainischen Präsidenten in der Autonomen Republik Krim, Anton Korinewitsch, erklärte: „Wir dürfen nicht, wir können nicht, wir haben nicht das Recht, zu vergessen, dass die Krim und der Donbass zwei Seiten ein und desselben Problems sind, das von außen hereingetragen wurde, und wenn wir uns nur auf eine Seite konzentrieren und die andere vergessen und uns einreden, wir könnten uns ja später darum kümmern, werden wir kaum zu irgendeinem Ergebnis kommen.“

Wenn die Positionen der beiden Seiten sich nicht ändern, bleibt das einzige, worauf man noch hoffen kann, die Einhaltung des Minsker Abkommens über einen Waffenstillstand entlang der gesamten Kampflinie und die Schaffung einer Sicherheitszone von 50 Kilometern. In diesem Fall würden alle Beteiligten des Normandie-Formats, auch Selenskyj, gewinnen. Wenn der Krieg beendet wird, hat der Präsident sein Versprechen erfüllt. Denn versprochen hat er ja Frieden, nicht die Rückkehr der Donezker und Luhansker Volksrepubliken in die Ukraine.

Über das Modell einer politischen Regelung des Konfliktes kann man jahrelang verhandeln, sogar Jahrzehnte. In der Welt gibt es viele Beispiele dafür, wie ein Verhandlungsprozess seine Dynamik verliert und nur noch an einen Hometrainer erinnert: Die Pedale drehen sich, aber man kommt nicht von der Stelle.

Vladimir Solovjev
ist Korrespondent
von Kommersant.

90

PICTURE ALLIANCE / HELENA LARSSON

Wem gehört die Arktis?

Donald Trumps Kaufangebot für Grönland deutet an, dass ein ökologisch vollends destabilisiertes Nordpolargebiet zum Schauplatz eines neuen Kalten Kriegs werden könnte

VON JOACHIM MÜLLER-JUNG



Es ist angerichtet. Beeilt euch. Als gäbe es schnell etwas zu verteilen, nichts zu bereuen – so blicken die Mächtigen in diesen Tagen in den Hohen Norden jenseits des Polarkreises. Die Aufheizung der Atmosphäre und der Ozeane, sie hat dort in der Arktis, wo die Sommer stets kurz und kalt und winters kein Handeln und kein Krieg möglich waren, weil die Temperaturen im Keller waren und Stürme peitschten, eine andere, eine ungeheure Dimension: drei bis fünf Grad wird es vermutlich schon Mitte des Jahrhunderts im Schnitt wärmer sein, egal, ob das Pariser Klimaabkommen eingehalten oder gar verschärft würde.

Das Eis schmilzt, und mit ihm endgültig auch die Zurückhaltung der Politik in Ost und West. Donald Trumps jüngst missglückter Versuch, die geostrategischen Machtspiele durch ein „großzügiges“ Kaufangebot für Grönland diplomatisch zu kaschieren, hat der Welt das ganze Drama um die Arktis vor Augen geführt. Die Frage lautet also: Wird ein ökologisch vollends destabilisiertes Nordpolargebiet demnächst zum Schauplatz eines neuen Kalten Kriegs?

Vieles deutet darauf hin. Und das könnte fatale Rückwirkungen auf den Klimawandel haben. Lange lebten die kaum vier Millionen Menschen jenseits des Polarkreises in einer Art Fernbeziehung zum Rest der Welt. Die nicht einmal 60 000 Grönländer etwa, zu zwei Dritteln indigene Bürger, erreichten weitgehende innenpolitische Autonomie, und auch wenn sie außer von der Hochseefischerei vor allem von den Subventionen der Dänen leben, ist ihr Bestreben nach schneller vollständiger Unabhängigkeit ungebrochen.

Die Arktispolitik der Anrainernstaaten, die sich Mitte der 1990er-Jahre zum Arktischen Rat zusammenschlossen, ist vordergründig immer noch von dem Wunsch nach Neutralität und Kooperation geprägt. Doch hinter den Kulissen wetzen sie die Messer. Und nicht nur sie. Anfang der 2000er-Jahre schon drängten immer mehr Nichtanrainer, darunter auch tausende Kilometer südlich vom Polarkreis gelegene Staaten wie China, Indien und Brasilien, in den Beobachterstatus, der ihnen zwar kein hoheitliches Mitspracherecht, aber Einfluss vor allem auf die Entscheidungen um die

Nutzung der Arktisgebiete ermöglichen soll.

Jenseits der 200-Meilen-Zone der Anrainer in Europa, Nordamerika, Asien und Russland, die diese als Wirtschaftszone souverän nutzen können, gibt es zwar einige etablierte multinationale Verträge wie das Seerechtsübereinkommen, die den Umgang mit Nutzungswünschen und Umweltschutzfragen regeln sollen, doch die Lücken sind erheblich. Anders nämlich als die Antarktis im Süden ist der politische Status von großen Teilen des Nordpolarmeers ungeklärt. Russlands Vorstoß am Nordpol vor mehr als zehn Jahren hat das der ganzen Welt vor Augen geführt.

Völkerrechtlich hatte das auf Video aufgezeichnete Einrammen der russischen Fahne nichts zu bedeuten, doch der damit zum Ausdruck gebrachte Anspruch vor der zuständigen geologischen UN-Fachbehörde auf Erweiterung des russischen Festlandssockels um 1,2 Millionen Quadratkilometer in der Tiefsee jenseits der sibirischen Küstenlinie hat gewirkt: Parallel mit dem Tauen der Gletscher- und Meerereisflächen ist der geopolitische Kampf um die nördlichen Ressourcen voll entbrannt.

Stillhalten möchte keiner mehr. Dänemark und Kanada haben ebenfalls Festlandssockelerweiterungen geltend gemacht. Es geht dabei um viel Öl und Gas (geschätzt werden ein Drittel der weltweiten Reserven unter dem Nordpolarmeer), um Zink, Eisen, Kupfer, Nickel, Diamanten und um viele in Smartphones verbauten Seltenen Erden.

Und um Fisch: Die Hälfte davon landet auf europäischen Tellern. Und nicht zuletzt geht es um große pola-

re Handelsrouten und militärstrategische Ziele. Die Nordostpassage zwischen Europa und Asien, wäre sie wirklich wie von Klimaforschern prognostiziert bis Mitte des Jahrhunderts fast ganzjährig eisfrei, könnte die Handelsstrecke um ein Drittel verringern. Für China beispielsweise Grund genug, sich wie seit einigen Jahren in Grönland mit Landkäufen und Investitionen in Häfen, Firmen und Flugplätzen einzukaufen.

Im Mai dieses Jahres platzte dem amerikanischen Außenminister Mike Pompeo bei einem Arktistreffen auf Grönland der Kragen, als er die Chinesen vor der Fortsetzung deren „aggressiver Arktispolitik“ warnte.

Trump's jüngst missglückter Versuch, die geostrategischen Machtspiele durch ein „großzügiges“ Kaufangebot für Grönland diplomatisch zu kaschieren, hat der Welt das ganze Drama um die Arktis vor Augen geführt

Deutschlands Auftritt, das seit vielen Jahren ebenfalls einen festen Beobachterstatus inne hat und auch schon einige große Arktis-Konferenzen ausgetragen hat, ist da auf offener Bühne zwar diplomatischer. Aber von Zurückhaltung kann man kaum noch sprechen.

In den erst vor wenigen Wochen verabschiedeten „Leitlinien deutscher Arktispolitik“ wird ausdrücklich für eine aktivere Rolle geworben: Es gelte, „Chancen zu nutzen“ und „Verantwortung zu übernehmen“. Multilateralismus – zusammensitzenden und gemeinsame Lösungen für alle Beteiligten zu finden – bleibt für Berlin das Ideal.

Das gilt zuallererst für die Arktisforschung, in der Deutschland international eine herausragende Stellung hat und sich keine Optionen für die Vernetzung verspielen möchte. Doch der Bundesregierung bereitet es sichtlich Kopfzerbrechen, dass die völkerrechtlichen Lücken und die geostrategischen Händeleien vor al-

lem zwischen China, Russland und den Vereinigten Staaten am Ende die Polarisierung der Welt nur noch schneller vorantreiben und deutsche wie europäische Interessen am Ende den Kürzeren ziehen könnten. Wirtschaftliche Chancen nutzen lautet deshalb die erste Losung, deutsche Meerestechnik müsste in Stellung gebracht werden – „deutschen Unternehmen bieten sich neue Perspektiven“.

Genau vor solchen Perspektiven dürfte der Weltklimarat in seinem in Kürze veröffentlichten Sonderbericht zu den Ozeanen und zur Kryosphäre – den eisbedeckten Erdgebieten – vehement war-

nen. Denn schon jetzt beschleunigt das wachstumgetriebene Wirtschaften die ökologische Abwärtsspirale am Polarkreis. Gefährliche Rückkoppelungen können die Region weiter destabilisieren. Rußemissionen verdunkeln die Eisflächen, die dadurch mehr Wärme aufnehmen und das Abschmelzen vorantreiben – zusätzlich zur ohnehin beschleunigten Erwärmung von Luft und Wasser.

Weniger Eis bedeutet aber nicht mehr Stabilität. Im Gegenteil: Das Verschwinden der Eisflächen zerstört die Lebensgrundlagen für Eisbären, Fische und Plankton; Nahrungsnetze werden viel zu schnell zerstört, und die „Wettermaschine“ ganz Europas – nämlich die großräumige Luft- und Meereszirkulation in der Arktis – ist schon in den vergangenen Jahren erheblich aus den gewohnten Mustern gefallen. Schlechtwetterereignisse häufen sich.

Das Abschmelzen des Polareises setzt auch längerfristige globale Ver-

änderungen in Gang – nicht nur den Meeresspiegelanstieg betreffend. Die Ozeanpumpe südlich von Grönland etwa, die „Heizung Europas“, die das vergleichsweise warme Wasser des an der Oberfläche nach Norden strömenden Golfstroms aufnimmt und in die Tiefsee befördert, hat sich schon merklich abgeschwächt. Folge: das globale Förderband der Meeresströme schwächelt viel schneller als erwartet.

Welche Gefahren all das birgt, wird offenbar weder in den Leitlinien deutscher Arktispolitik noch von den Großmächten ernsthaft bedacht. Während Klimapolitiker in diesem Herbst wieder lauthals über das Restbudget möglicher Kohlendioxidemissionen verhandeln werden und auf ein möglichst schnelles Auslaufen des fossilen Zeitalters mit Kohle, Öl und Gas drängen, sitzen paradoxerweise die Aasgeier schon vor den schmelzenden Kadavern der polaren Zeitenwende.

Und wie immer, wenn lukrative Interessen im Spiel sind und die Umweltpolitik marginalisiert werden soll, wird die Sicherheitsfrage am lautesten gestellt. Militärstrategen übernehmen das Wort. Schon immer war die Arktis der einzige Raum, in dem die Großmächte des reichen Nordens direkt aufeinander treffen können, von besonderer militärischer Brisanz. Russland hat mittlerweile Truppen und Waffen im Norden verstärkt, es gibt mehr Militärübungen, die Häfen werden ausgebaut oder erneuert, und die nordamerikanischen Kontrahenten wollen das angeblich nicht unbeantwortet lassen.

Kurzfristig muss das alles nichts bedeuten. Die Bedingungen der Arktis sind immer noch so rau, dass Investitionen und Militärabenteuer für alle Staaten vorerst extrem teuer und riskant bleiben. Aber was die langfristigen Interessen betrifft, gibt es kein Vertun: Da weht der sanften, umweltorientierten Arktispolitik ein scharfer Wind entgegen.

Joachim Müller-Jung leitet das Ressort Wissenschaft der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

FORTSETZUNG VON SEITE 1, „WACHWEHSEL“

schlicht und ergreifend auf Putin und Moskau niedergestürzt wie Manna vom Himmel.“

So gesehen reiht sich die Entscheidung Trumps, die syrischen Kurdenmilizen im Kampf gegen die türkische Armee allein zu lassen, ein in den Beschluss seines Vorgängers Barack Obama. Der hatte im August 2013 trotz zuvor gezogener „roter Linie“ im Fall eines Giftgaseinsatzes beschlossen, nicht mit Luftschlägen gegen Stellungen des Regimes vorzugehen. Der schleichende Rückzug aus Nahost, den der Demokrat im Weißen Haus mit seiner zaudernden Haltung im Syrien-Konflikt begann, wird durch den Paukenschlag Trumps vollendet, die YPG als langjährigen Verbündeten gegen die Terrororganisation Islamischer Staat im Stich zu lassen. Wichtigster geopolitischer Profiteur dieser Entwicklung: Russland.

Eine Entwicklung, die in Washington alles andere als unumstritten ist, wie die heftigen Proteste von Kongressabgeordneten und Senatoren der Republikaner gegen die Entscheidung Trumps zeigen: Bereits vor einem Jahr, im Dezember 2018, waren nach einer ersten Ankündigung des Präsidenten, die US-Truppen aus Syrien abzuziehen, Verteidigungsminister Jim Mattis und der Sonderbeauftragte für den Kampf gegen die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) Brett McGurk zurückgetreten. Auch John Bolton, der im September von Trump als Nationaler Sicherheitsberater entlassen wurde, hatte stets auf eine Fortdauer der US-Präsenz im Dreiländereck zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak gedrängt.

Diese war durchaus im Interesse Russlands. Der Einsatz von zunächst 2000, zuletzt nur noch 1000 amerikanischen Spezialkräften wurde auch deshalb von Moskau goutiert, weil beide Großmächte im Kampf gegen den IS dieselben Ziele verfolgten – gegen Erdogans Drängen auf „Neutralisierung der Bedrohung durch PKK-YPG-Terroristen“. Doch da die Schlacht gegen das „IS-Kalifat“ aus Trumps Sicht beendet ist, entzog er den Kurden Anfang Oktober überstürzt seine Unterstützung – und gab der Türkei damit de facto grünes Licht für die dritte Militärintervention in drei Jahren.

Bereits 2016 hatte Erdogan in der „Operation Euphrat-Schild“ Gebiete westlich des Euphrats eingenommen, Anfang 2018 dann in der „Operation Olivenzweig“ unter anderem die Gegend um die kurdisch dominierte Stadt Afrin. Viele der fast 200 000 vor den Kämpfen geflohenen Bewohner des Gebiets konnten bis heute nicht in ihre Häuser und Wohnungen zurückkehren, weil mit Ankara verbündete syrisch-arabische Milizen seitdem die Kontrolle ausüben. Das dürfte auch für die weiter östlich gelegenen Gebiete gelten, die Ziel der „Operation Friedensquelle“ sind: Allein bis Mitte Oktober waren 150 000 Menschen vor der neuen türkischen Offensive geflohen, vor allem in die nahe der irakischen Grenze gelegenen Stadt Hasakah.

Erdogans Ziel ist die Errichtung einer Sicherheitszone in dem 480 Kilometer langen und 50 Kilometer breiten Korridor, in dem unter anderem 2 Millionen Flüchtlinge aus der Türkei angesiedelt werden sollen; die Kosten für den gigantischen Bevölkerungstransfer veranschlagt Ankara auf 26,5 Milliarden US-Dollar.

Doch der Aufbau eines türkischen Protektorats auf syrischem Boden dürfte kaum gelingen, nicht zuletzt wegen russischen Widerstands. In einem Gespräch mit Erdogan Mitte Oktober machte Putin klar, dass die Vermeidung von Zusammenstößen zwischen türkischer und syrischer Armee oberstes Ziel der russischen Syrien-Politik bleibe – die bei einer dauerhaften Besetzung durch Einheiten Ankaras jedoch unvermeidlich wären.

Und auf die Finanzierung der mit massiven „ethnischen Säuberungen“ verbundenen Neuansiedlung syrischer Geflüchteter dürften sich die europäischen Staaten nicht einlassen. Omid Nouripour, außenpolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, verweist gegenüber dem *Petersburger Dialog* zudem darauf, dass Russland weiterhin alles andere als eine konstruktive Rolle bei den politischen Gesprächen zur Beendigung des Syrien-Kriegs spiele. Nach wie vor bombardierten russische Kampfflieger Stellungen von Oppositionsmilizen in der nordwestsyrischen Provinz Idlib – immer wieder seien Krankenhäuser das Ziel. „Ohne Aussöhnungsprozess wird es keinen Frieden geben, und dem steht Russland mit seiner Politik im Weg“, so Nouripour.

Und auch Stefan Liebig, außenpolitischer Sprecher der Linken-Bundestagsfraktion, äußert Zweifel, ob Russland seine neue Mittlerrolle in Nahost zu einer Beilegung des 2011 mit Protesten gegen Assads begonnen Konflikts nutzen werde. Wenn der Kreml es ernst meinte, müsste Moskau den Verkauf von S-400-Flugabwehrsystemen an Ankara stoppen – so wie einige europäische Staaten, die ihre Rüstungsexporte an die Türkei auf Eis legten. Schließlich wäre es „absurd, denjenigen aufzurüsten, den man gerade militärisch stoppen will“.

Inwieweit der Vorstoß der deutschen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) Aussicht auf Erfolg hat, im Norden Syriens eine sogenannte Sicherheitszone einzurichten, ist offen. Dort sollten künftig europäische Truppen den Kampf gegen den IS fortführen, der zuletzt „zum Erliegen gekommen“ sei. Dass die YPG als wichtigste Bodentruppe der Antiterrorallianz gerade nicht einmal mehr in der Lage ist, sich gegen den deutschen Nato-Verbündeten Türkei zu schützen, berücksichtigt dieser Vorschlag nicht.

Markus Bickel war von 2012 bis 2015 Nahost-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und ist seit 2017 Chefredakteur des deutschsprachigen Amnesty Journals, der Zeitschrift für Menschenrechte.

Es geht um mehr als Gas und Öl

Mit der neuen Zentralasienstrategie bereitet die EU den Boden für Investitionen aus Europa

VON BIRGIT WETZEL

Zentralasien ist für viele Europäer ein weißer Fleck auf der Landkarte. Nur langsam nimmt er Farbe an. Reisewerbung im Fernsehen zeigt strahlend blauen Himmel und türkis leuchtende Kuppeln.

Für die EU dagegen ist Zentralasien schon lange eine bekannte und wichtige Region, in der sie neue Partner gefunden hat. Am 17. Juni 2019 gab sie ihre neue Zentralasienstrategie bekannt. Ihre Aktivitäten baut sie mit dem EEAS, dem European External Action Service, jetzt weiter aus. EU-Vertretungen gibt es im Osten bis nach Bischkek in Kirgistan an der Grenze zu China.

Im November 2017 hatte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini einen besonderen Auftritt. Unter dem tiefblauen Himmel im usbekischen Samarkand versammelten sich die zentralasiatischen Staatschefs auf der Bühne der Residenz des usbekischen Präsidenten mit der Außenbeauftragten aus Brüssel. Exzellenzen, Staatschefs und Minister waren zur UN Conference on Security and Sustainable Development in die Mitte Zentralasiens gereist. Vor ihren Augen gründete sich ein neuer Verbund: Usbekistan, Kasachstan, Turkmenistan, Kirgistan und Tadschikistan. Die Konferenz war der Auftakt zu einer neuen Etappe für die Staaten Zentralasiens.

Seit ihrer Unabhängigkeit zu Beginn der 1990er-Jahre rivalisierten sie miteinander, stritten um Wasser, Ressourcen und Grenzen. Dann kam der Ukraine-Konflikt und zeigte deutlich, dass auch ehemalige Bruderstaaten übereinander herfallen können. Könnte sich das in Zentralasien wiederholen?

„Gemeinsamkeit macht stark“ war die neue und alte Erkenntnis. In nur einem Jahr regelten sie unter der Leitung des neuen, im Dezember 2016 ins Amt gekommenen usbekischen Präsidenten sämtliche über Jahre aufgelaufenen Konflikte und beschlossen, von nun an zusammenzuarbeiten. Ihr Vertrag für eine regionale Zusammenarbeit war zugleich ein Bekenntnis.

Auch für die EU brach damit eine neue Ära an. Sie steht dem neuen Bundberater zur Seite. Die langjährige Zusammenarbeit innerhalb der EU gilt in Zentralasien als vorbildlich.

Was vor zwei Jahren noch erstaunlich war, ist inzwischen zur Routine geworden. Mehrfach besuchte die Außenbeauftragte die Partner in Zentralasien, zuletzt im Juli 2019 in Bischkek anlässlich einer Regionalkonferenz mit den Außenministern Kasachstans, Kirgistans, Tadschikistans, Turkmenistans und Usbekistans. Gemeinsam besprachen sie die Umsetzung der neuen, zweiten Zentralasien-Strategie, die am 15. Mai 2019 offiziell erschien.

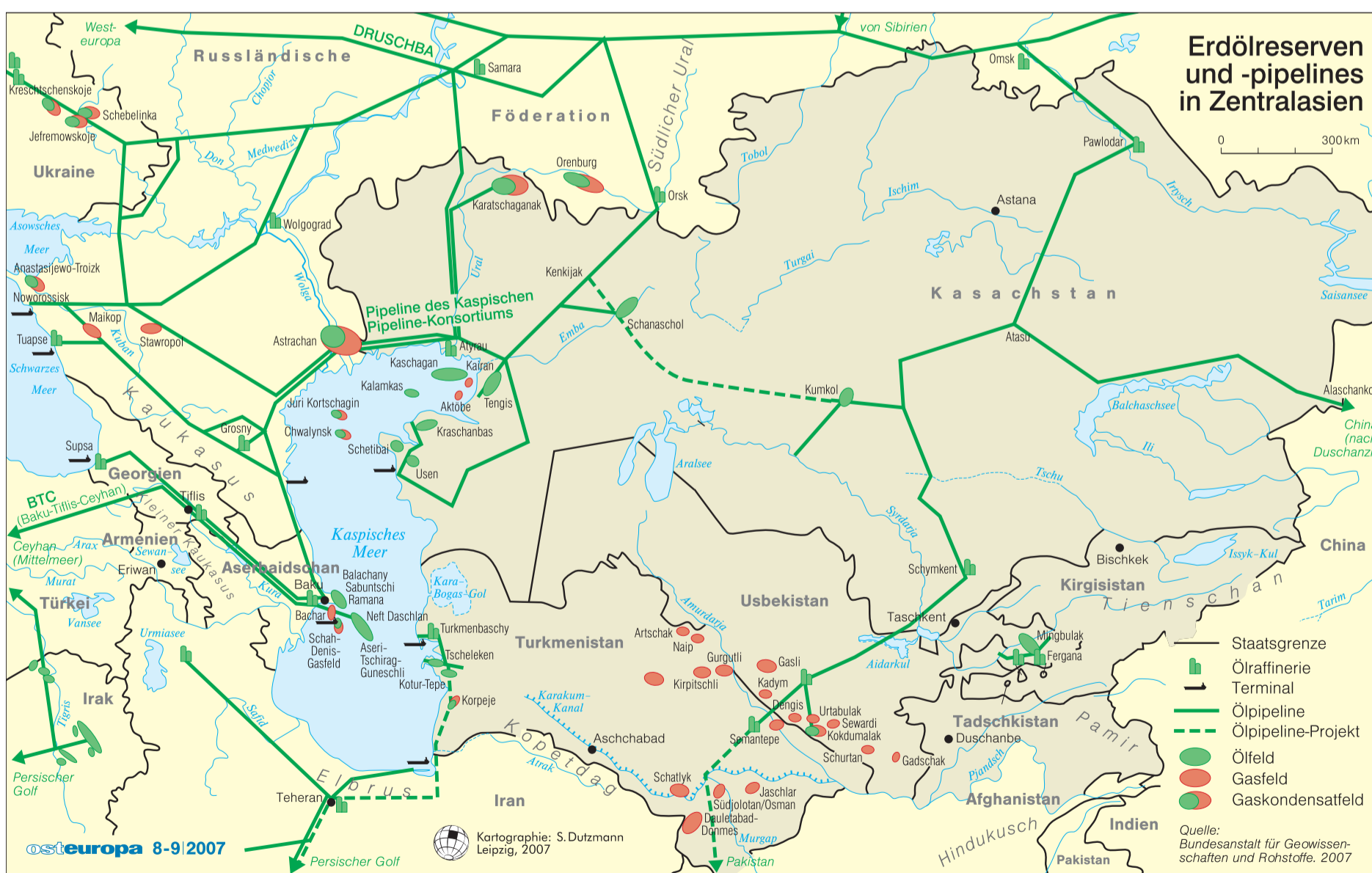
Die erste Zentralasienstrategie hatte die EU-Kommission bereits im Juni 2007 verabschiedet, und zwar einstimmig. Ziel war es, die Energieressourcen rund um das Kaspische Meer nach Europa zu bringen und gleichzeitig die Staaten des Kaukasus und Zentralasiens in ihrer Eigenständigkeit und ihrer Transformation zu Demokratie und Marktwirtschaft zu stärken.

Die ersten konkreten Ansätze zu dieser Politik gehen zurück auf das Jahr 1999. Damals, am 18. November 1999, unterzeichneten die Präsidenten der Türkei (Süleyman Demirel), Georgiens (Eduard Schewardnadse), Aserbaidschans (Heidar Alijew), Kasachstans (Nursultan Nasarbajew), Usbekistans (Islam Karimow) und der USA (Bill Clinton) in Istanbul während einer Konferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine Absichtserklärung zum Bau von Öl- und Gaspipelines durch den Kaukasus.

Das verdeutlicht die politische Dimension des Vorhabens: Nicht nur die Länder im Kaukasus, sondern auch die östlich des Kaspischen Meers gelegenen Staaten Kasachstan und Usbekistan bekundeten damit ihr Interesse, ihr Öl und



Arme Region, aber reich an Öl und Gas. Daran möchte auch die EU partizipieren, am liebsten durch Pipelines, die nicht durch Russland führen.



Gas über den Kaukasus statt über Russland auf die Weltmärkte zu bringen.

Wegen der vielfältigen geostrategischen Interessen war die Routenführung schwierig. Am 18. September 2002 schließlich wurde in Baku der erste Spatenstich vollzogen. 2006 brachte die Pipeline das erste Erdöl auf der neuen Route in den Westen.

Sie überwindet Berge von 2830 Metern Höhe, kreuzt 3000 Straßen und Ei-

senbahnlinien; sie durchquert Gebiete, in denen Erdbeben drohen, und die Osttürkei, deren kurdische Bewohner die Pipeline nutzen könnten, um politischen Druck auf die Führung in Ankara auszuüben. Ihr Bau war sowohl eine technische Leistung als auch ein Kunststück politischen und wirtschaftlichen Kalküls.

2007 floss auf derselben Route Gas durch die zweite, ebenfalls neue Röh-

re, die so genannte South Caucasus Pipeline, die zunächst im türkischen Kars endete. Nach mehreren Jahren Pause mit Turbulenzen um Geld, Routen und beteiligte Firmen steht ihre Fertigstellung bis in den Süden Italiens jetzt kurz bevor, finanziert nicht mehr von einem Europäischen Konsortium, sondern von Aserbaidschan und der Türkei.

Beide Pipelines sind ein Beispiel dafür, wie eng Politik und Wirtschaft oft mitei-

einander verflochten sind. Sie sorgten für den Wandel einer ganzen Region.

Der damals angestoßene Prozess dauert bis heute an. Er veränderte die Region nachhaltig, sowohl in Aserbaidschan als auch in Georgien, das mit den Gebühren für die Durchleitung einen erheblichen Teil seines Staatshaushalts finanziert. Die Baku-Tbilisi-Ceyhan-Ölpipeline hatte ein klares Ziel: Die Weltmärkte für das kaspische Öl zu erschlie-

ßen und die Staaten Zentralasiens aus der Isolation und der Abhängigkeit von Russland zu bringen.

Die erste Zentralasienstrategie der EU von 2007 hatte nur bedingten Erfolg. Zwar konnte die EU ihre Kontakte zu den Staaten in Zentralasien bilateral ausbauen. Insbesondere zwischen Kasachstan und Deutschland entstanden neue Verbindungen, gestützt durch die russisch-deutschen Migranten, die von dort in den 1990er-Jahren nach Deutschland gekommen waren. Aber die Pläne für eine regionale Zusammenarbeit der Staaten in Zentralasien und eine stabile Struktur bilateraler und regionaler Vernetzungen blieb aus.

Zwar liefern die Öl- und Gaspipelines durch den Kaukasus – und auch Kasachstan ist zu einem wichtigen Öllieferanten für die EU geworden – aber die Pläne zum weiteren Ausbau durch das Kaspische Meer bis nach Zentralasien scheiterten. Ein in den 1990er-Jahren noch schwaches Russland war zehn Jahre später erstarkt und nicht mehr bereit, sich Verdienstaufälle aus den Energiegeschäften mit den zentralasiatischen Quellen gefallen zu lassen. Dort hatte Moskau Gas und Öl eingekauft, über Russland geleitet und mit erheblichem Gewinn nach Europa weiterverkauft. Der Krieg zwischen Russland und Georgien 2008 machte jedoch deutlich, wie verwundbar die Leitungen sind.

Zusammen mit dem Iran blockierte Russland die von westlichen Staaten geplante Querung des Kaspischen Meers jahrelang. Dies wiederum zerstörte die Pläne für weitere Pipelines nach Zentralasien und sorgte so auch für das Ende der über Jahre geplanten Nabucco-Pipeline, die Gas aus Aserbaidschan und dem gasreichen Turkmenistan nach Mitteleuropa bringen sollte. So sollten auch dort die noch immer von russischen Lieferungen abhängigen postsowjetischen Staaten aus der Abhängigkeit von Moskaus Gas und Infrastruktur gelöst werden.

Erst am 12. August 2018 unterzeichneten die Anrainer des Kaspischen Meers nach 27 Jahren Verhandlungen ein Abkommen, das die Blockade löste und neue Perspektiven für Europa und Zentralasien eröffnete.

Der Wille zur regionalen Zusammenarbeit und die Öffnung Usbekistans schafften ganz neue Perspektiven. Nach intensiven Konsultationen mit den Zentralasiaten gab die EU ihre zweite Zentralasienstrategie bekannt.

Mit der neuen Strategie knüpft die EU an frühere Ziele an und berücksichtigt zugleich die neuen Entwicklungen. Zwar geht es noch immer um Gas und Öl für Europa und die Weltmärkte, aber die EU verlagerte die Schwerpunkte ihrer Aktivitäten in Zentralasien nun auf den Transfer von Wissen und Bildung, die Gesundheitsvorsorge, die Bekämpfung von Kriminalität und die Sicherung von Grenzen, und bietet Hilfe beim Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft.

Die EU hofft damit auf eine Stabilisierung ihrer Nachbarschaft, die unter Korruption, Menschenhandel, Drogenschmuggel und religiösem Terror leidet. Dieser wandert über das Internet und moderne Verkehrsmittel auch nach Europa. Die neuen Pläne der EU beinhalten auch Projekte für Afghanistan.

Mit der neuen Zentralasienstrategie bereitet die EU den Boden für Investitionen aus Europa. Noch liegt die Wirtschaft in Zentralasien am Boden. Aber es gibt große Hoffnung, dass Unternehmen in Zentralasien investieren. Je mehr die Wirtschaft der EU schwächelt, desto mehr bietet Zentralasien gute Chancen. Gebraucht wird fast alles.

Birgit Wetzel ist Wirtschaftsjournalistin mit Sitz in Berlin und Hamburg. Sie berichtet seit Jahren in Hörfunk und Printmedien über Russland, Kaukasus und Zentralasien.

Ukraine-Affäre“ und „neuer Wargate-Skandal“ – so titelten deutsche Massenmedien wegen des Telefonats von US-Präsident Donald Trump mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj am 25. Juli. Sie kritisierten vor allem den Versuch Trumps, mit Unterstützung aus Kiew gegen den ehemaligen Vizepräsidenten Joe Biden und dessen Sohn Hunter vorzugehen und sogar Selenskyj dazu zu drängen.

Auch die ukrainische Presse, die sich sonst hauptsächlich der innerpolitischen Entwicklung und dem Verhältnis zu Russland widmet, fand dafür viel Platz und sprach zum Teil von einem „möglichen Druck“ Trumps auf Selenskyj.

Die US-Demokraten werfen Trump Amtsmissbrauch vor und initiierten ein Amtsenthebungsverfahren. So bleibt das Telefonat für Trump nicht folgen- und schadenlos. Inwiefern wird es jedoch die Ukraine und die Position Selenskyjs im In- und Ausland beeinflussen?

Seit der Unabhängigkeit pflegt jeder ukrainische Präsident die strategische Partnerschaft mit den USA. Selbst für die scheinbar russlandfreundlichen Staatsoberhäupter wie Leonid Kutschma und Viktor Janukowitsch war Amerika ein wichtiger Gegenpol zu Russland. Die Annäherung an Washington oder schon deren Erwägung galt in der Vergangenheit als Argument im wirtschaftlichen oder politischen Streit mit Moskau.

Selenskyj setzte noch in seiner Funktion als Präsidentschaftskandidat offen auf den amerikanischen Beistand im Kampf in der Ostukraine und erwähnt in diesem Zusammenhang regelmäßig die USA in einem Atemzug mit der EU. Auch der Kreml „bittet“ das Weiße Haus, diesbezüglich „Einfluss“ auf die Ukraine zu nehmen, was dem amerikazentrischen Weltbild Moskaus entspricht.

Für Trump ist dieser Konflikt dagegen nur eine kleine weltpolitische Fußnote, die überwiegend unter dem Blickwinkel der amerikanisch-russischen Beziehungen zu betrachten ist. Er zeigt sein Desinteresse an einer aktiven Parteinahme und empfiehlt Kiew, mit „Russland zu kooperieren“.

Von diesem Hintergrund machte Selenskyj mehrere Fehler bei seiner Be-

mühung, den US-Präsidenten um jeden Preis auf seine Seite zu ziehen. Da sind zunächst seine schmeichelnden Phrasen: „Sie sind ein großer Lehrer für uns in dieser Hinsicht“, ist im Protokoll zu lesen, das fast zeitgleich mit der Unterzeichnung der sogenannten Steinmeier-Formel durch die Ukraine, einer Roadmap zur stufenweisen Umsetzung des Minsker Abkommens 2015, veröffentlicht wurde. „Die USA sind ein viel größerer Partner für uns als die Europäische Union, und ich bin Ihnen sehr

dankbar dafür“, sagte Selenskyj und nannte ausdrücklich die Sanktionen gegen Russland.

Das Protokoll zeigt, dass Selenskyj sich instrumentalisieren ließ und so in die innenpolitische US-amerikanische Auseinandersetzung verwickelt wurde, ein Worst-Case-Szenario für jeden ausländischen Staatschef. Selenskyj unterstützte außerdem Trumps Behauptung, Deutschland und Frankreich unternähmen zu wenig für eine friedliche Lösung des Konflikts. Tatsächlich sind Pa-

ris und Berlin, anders als Washington, offizielle Akteure des Normandie-Formats und nehmen das Konzept sehr ernst, wonach eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur ohne Frieden in der Ukraine undenkbar ist.

Der Vorwurf der beiden Gesprächspartner, die EU tue für die Ukraine so gut wie nichts, stieß auf scharfe Kritik aus Brüssel. Am deutlichsten widersprach Elmar Brok, Ukraine-Berater des amtierenden EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker und zu-

gleich ein Berater Angela Merkels in osteuropäischen Fragen. Somit verfehlte Selenskyj sein Ziel, die europäischen Mächte über Washington zu mehr Engagement zu bewegen, und löste unnötige Irritationen in der Kommunikation mit Brüssel aus.

Selenskyjs Intention ist glasklar: „Frieden im Donbass“ lautete sein zentrales Wahlversprechen, gerade deswegen wurde er von den meisten Ukrainern gewählt. Das Ziel des Staatspräsidenten muss es sein, zumindest

die Normandie-Runde wiederzubeleben, denn der Vertrauenscredit der Bevölkerung ist schnell aufgebraucht.

Selenskyj unterschätzt die Sensibilitäten vieler vom Krieg betroffener ukrainischer Bürger. Zwar erwies sich die Widerstandskraft der Opposition um Petro Poroschenko sowie nationalpatriotischer und nationalistischer Kräfte als bescheiden. Aber Selenskyj büßte mehrere Prozentpunkte in Umfragen ein. Er bleibt mit Abstand der populärste Politiker des Landes, die Zustimmung für seine Politik sank jedoch im Oktober im Vergleich zum Vormonat um 12 Prozentpunkte auf 45 Prozent und damit zum ersten Mal seit seiner Vereidigung unter die Hälfte. Selenskyjs Beliebtheit im Allgemeinen sank um 9 Prozent. Auch der Optimismus der Menschen, noch im Frühjahr 2019 wegen des neuen Hoffnungsträgers auf Rekordniveau, nimmt laut Meinungsforschern des Rasumkows-Zentrums spürbar ab. Nur 34 Prozent der Befragten (minus 7 Prozentpunkte) glauben, die Ukraine könne die gegenwärtigen Schwierigkeiten in absehbarer Zukunft bewältigen, 10 Prozent sind davon überzeugt, dass das nie der Fall sein wird (plus 4 Prozent).

Gerade aus der Perspektive des drohenden Popularitätsverlusts könnte Selenskyj den Beistand der EU, die einen positiven Ruf in der ukrainischen Bevölkerung hat, gut gebrauchen. Sein Land bleibt hochverschuldet und ist immer noch auf die vielfältige finanzielle und technologische Hilfe angewiesen. Während die US-amerikanischen Ukraine-Freunde nicht im Weißen Haus, sondern im Kongress sitzen, besteht in den europäischen Hauptstädten Konsens über die Notwendigkeit der Unterstützung der Ukraine. Andererseits wird es für Selenskyj beinahe unmöglich sein, den unberechenbaren Trump als treuen Verbündeten zu gewinnen.

Dmitri Stratievsky ist stellvertretender Vorsitzender des Osteuropazentrums Berlin.

□

Unterschätzte Sensibilitäten

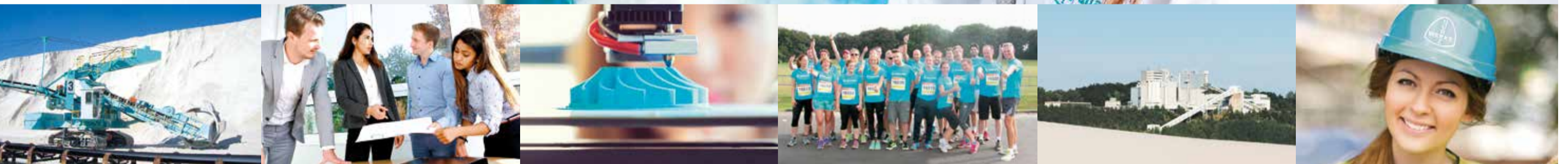
Wie der neue ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sich von Donald Trump instrumentalisieren ließ und dabei seine europäischen Verbündeten verprellte

VON DMITRI STRATIEVSKY



Schiebung: Bringen Donald Trumps Machenschaften Wolodymyr Selenskyj und die Ukraine in heikle Fahrwasser?

Quarzwerte – think future!



Als inhabergeführtes Familienunternehmen halten wir eine nachhaltige, langfristige Ausrichtung für besonders wichtig.

Wir gewinnen und veredeln an über 30 Standorten in Europa mineralische Rohstoffe für wichtige Schlüsselindustrien. Die kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Prozesse und Produkte liegt uns dabei besonders am Herzen.

Dabei nehmen wir die soziale Verantwortung für unsere Mitarbeiter, Nachbarn und die Natur sehr ernst. Zahlreiche unserer Projekte in diesen Bereichen wurden bereits ausgezeichnet.

Ausgezeichnet mit



Quarzwerte

FAMILIENUNTERNEHMEN SEIT 1884

www.quarzwerte.com

blog.quarzwerte.de

Krebs ist weltweit eine der häufigsten Todesursachen. 2018 starben nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO 9,6 Millionen Menschen an dieser Krankheit. Sie entsteht, wenn Zellen sich in Tumorzellen verwandeln, wenn Krebsvorstufen zu bösartigen Geschwulsten werden. Diese Veränderungen vollziehen sich auf der genetischen Ebene, durch äußere Faktoren, etwa physikalische und chemische Kanzerogene (z. B. UV-Strahlung oder Zigarettenrauch), sowie bei Infektionen mit bestimmten Viren, Bakterien und Parasiten.

Entscheidende Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen Krebs ist die Früherkennung. Für die Entwicklung von Verfahren werden gewaltige Ressourcen der Wissenschaftsgemeinschaft eingesetzt.

In vielen Fällen gehören zur Krebstherapie auch gefährliche Methoden wie die Chemotherapie, deren Auswirkungen auf den Organismus meist recht gravierend sind. Gegenwärtig werden neue Verfahren entwickelt, welche die Nebeneffekte dieser Therapie minimieren sollen.

Zu diesen neuen Verfahren gehört das Projekt mit dem Titel „CAR-NK-Zellen als Plattform für eine universelle Krebstherapie“ von Andrey Gorchakov und Sergey Kulemzin, Doktoren der Biologie und wissenschaftliche Mitarbeiter des Laboratoriums für molekulare und zelluläre Biologie der Sibirischen Abteilung der Russischen Akademie der Wissenschaften. Es ist auf die Weiterentwicklung einer der aussichtsreichsten Varianten der Immuntherapie – die Zelltherapie unter Einsatz chimärer Antigenrezeptoren (CAR) – gerichtet. Diese Technologie sieht vor, dass den Patienten Immunzellen entnommen werden, in die anschließend kodierende CAR-NK-Elemente (für die Bekämpfung der konkreten Krebsart) implementiert, diese Zellen vermehrt und danach dem Patienten wieder injiziert werden.

Die von den Forschern aus Novosibirsk entwickelten „verstärkten“ CAR-NK-Zellen sind nicht nur in der Lage, Tumore selbst zu vernichten, sondern auch die benachbarten Makrophagen in diesen Vorgang einzubinden, also Zellen, die körperfremde oder giftige Substanzen einfangen und zerstören können. Diese rettenden Zellen sind universell, sie kön-

nen für viele Menschen eingesetzt werden. Es ist ausreichend, einmalig solche Zellen gegen eine bestimmte Krebsart im Bioreaktor zu produzieren, danach können sie abgepackt, eingefroren und den Patienten injiziert werden.

Vor der Arbeit an diesem Projekt waren Gorchakov und Kulemzin mit Grundlagenforschung befasst. 2012 wandten sie sich der Immuntherapie zu. Der Rus-

sische Wissenschaftsfond stellte für das Projekt 18 Millionen Rubel bereit. 2017 stellten die Forscher es im Technopark Novosibirsk auf einem von Bayer veranstalteten Seminar vor.

Dort erfuhren sie, dass das deutsche Unternehmen in Russland den innovativen Forschungsinzinkubator „CoLaborator“ aufgebaut hat. Es ist das dritte derartige Projekt. Ziel des Inku-

bators ist es, junge Unternehmer zu unterstützen sowie Innovationen und den Wissensaustausch zu fördern.

Gorchakov betont, dass seinerzeit weder er noch Kulemzin wussten, welche Eigenschaften das Endprodukt eigentlich aufweisen sollte. Da es vergleichbare Projekte in Russland nicht gab, gab es keine Expertise, auf die sie sich hätten stützen können. Deshalb reich-

ten die Forscher ihre Unterlagen beim CoLaborator-Wettbewerb ein. „Im Unterschied zur Mehrheit der russischen Stiftungen, bei denen eine Vielzahl von Unterlagen eingereicht werden müssen, musste für Bayer lediglich ein kleinerer Fragebogen ausgefüllt werden, was schnell erledigt war“, lobt Gorchakov.

So kam es zu einem Seminar mit den Forschern in Berlin. Teilnehmer waren

auch zehn Professoren der Berliner Charité, des größten Klinikums in Europa, das auch Ausbildungsstätte für die Berliner Humboldt-Universität und die Freie Universität Berlin ist.

„Auf dem Seminar konnten keinerlei schwerwiegende Mängel an unserem Projekt aufgezeigt werden“, fährt Andrey Gorchakov fort. Von den Professoren erhielten die Forscher Empfehlungen zu den klinischen Untersuchungen. Anschließend unterbreitete die Charité den russischen Kollegen den Vorschlag, gemeinsam am Abschluss der vorläufigen Untersuchungen zu arbeiten.

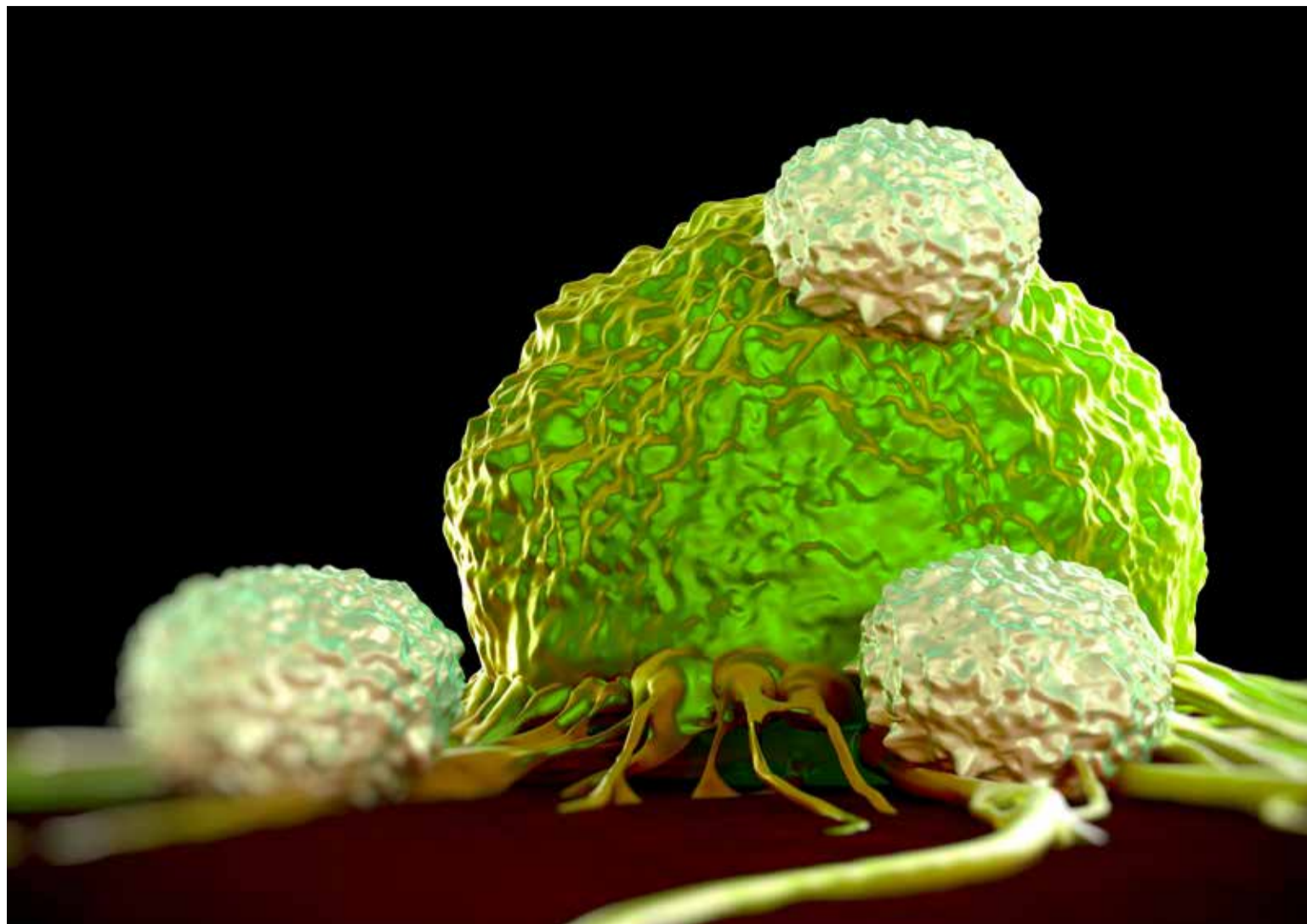
Gorchakov gibt zu, dass er und Kulemzin keinerlei Erfahrung hatten, wie aus dem Projekt ein fertiges pharmazeutisches Produkt werden könnte. Aber er schließt nicht aus, dass internationale und russische Pharmaunternehmen Interesse an diesem Projekt finden könnten.

Am Bayer-CoLaborator können sich Studenten, Aspiranten, Dozenten und wissenschaftliche Mitarbeiter führender russischer Universitäten und Forschungsinstitutionen sowie Hightech-Startups aus dem Pharmabereich beteiligen. Nach den Worten von Dmitry Vlasov, medizinischer Direktor von Bayer und Leiter des medizinischen Clusters der GUS-Staaten, sind führende Fachleute des Unternehmens in die weitere Beratung und Unterstützung von Projekten eingebunden, die im Wettbewerb ausgewählt wurden. Es geht um die Weiterführung der Projekte bis zur kommerziellen Nutzung. Oft mangle es den Wissenschaftlern an wirtschaftlicher Praxis, der CoLaborator sei wichtig für die Vermittlung internationaler Erfahrungen und helfe bei Weiterentwicklung und wirtschaftlichen Verwertung.

Ziel des Projekts „CAR-NK-Zellen als Plattform für eine universelle Krebstherapie“ von Gorchakov und Kulemzin ist die Anwendung „verstärkter“ CAR-NK-Zellen vorzubereiten, die künftig für die Therapie einer breiteren Palette von Erkrankungen zum Einsatz kommen können, auch für nichtonkologische.

Maria Kotova ist Reporterin in der Wirtschaftsredaktion von Kommersant.

9D



Weißer Ritter: digitale Illustration der T-Zellen bei ihrem Angriff auf die Krebszellen.

Killerzellen gegen Krebs

Wie Bayer russischen Wissenschaftlern hilft, eine einzigartige Technologie auf den Markt zu bringen

VON MARIA KOTOVA

Was Russland erwartet

Neue Regeln für Beteiligungen in Russland verlangen von Investoren den Einsatz fortgeschrittener Technologien

VON WLADISLAW BELOW

Deutsche Unternehmen gehörten zu den ersten, mit denen das russische Industrie- und Handelsministerium gemäß der neuen Industriepolitik des Landes 2016 Pilot-Sonderinvestitionsverträge (SIV – russ. SPIK) abschloss. Es handelte sich um Investitionen in den lokalen Maschinen- und Anlagenbau mit einem Volumen von rund 10 Millionen Euro, für die Vorzugsbedingungen auf föderaler und regionaler Ebene gewährt wurden.

Mitte 2019 wurde ein Gesetz verabschiedet, das Änderungen in der Behandlung von Investitionsverträgen durch den Staat vorsieht. Inoffiziell wird dieses Gesetz als SPIK 2.0 bezeichnet. Änderungen bei der Regulierung der Sonderverträge betreffen vor allem Einsatz und Entwicklung fortgeschrittener Technologien. Öffentliche Vertragspartner darf nun nicht mehr nur eine russische Gebietskörperschaft sein, sondern auch eine Gemeinde.

Festgelegt wurden auch die Vertragslaufzeiten: höchstens 15 Jahre für Projekte mit einer Investition von bis zu 50 Milliarden Rubel und höchstens 20 Jahre bei höheren Volumina. Die Verträge dürfen nur nach einer öffentlichen oder beschränkten Ausschreibung abgeschlossen werden.

Auch eine Obergrenze für die staatliche Förderung wurde festgelegt. Außerdem wird ein Register für diese Verträge angelegt und die sogenannte Großvaterklausel eingeführt; sie garantiert gleichbleibende Bedingungen während der Vertragslaufzeit für den Investor. Wichtig ist auch, dass bisherige SPIK ihre Gültigkeit behalten.

Derzeit laufen von den 45 vom Industrie- und Handelsministerium abgeschlossenen Sonderverträgen sieben unter deutscher Beteiligung. Vier Projekte betreffen den Automobilbau: Volkswagen, Daimler (eigenes PKW-Werk und ein gemeinsames LKW-Werk mit KAMAZ) und BMW (über Avtotor). Ein Projekt ist im Werkzeugmaschinenbau (DMG-Mori), zwei weitere sind im Maschinenbau (Claas Landmaschinenbau und Wilo Pumpenbau) angesiedelt.

Bei früher abgeschlossenen SPIK mussten die Beteiligten den Vertragsinhalt nicht offenlegen. Anders als bei Industriemontageverträgen, bei denen die Konditionen für alle in etwa gleich sind,

waren diese Verträge nicht transparent. Dritte Unternehmen konnten über die Konditionen lediglich spekulieren. Das führte zu Unzufriedenheit und Verärgerung bei Marktteilnehmern, die keine Möglichkeit hatten, individuelle Bedingungen durchzusetzen. Das scheint auch für die neuen Verträge zu gelten.

Wenn sich die deutschen Unternehmen auch gern an solchen staatlich geförderten Verträgen beteiligen, halten sie dieses Vorgehen doch für einen Widerspruch zu den Regeln in einer liberalen Wirtschaft und zu deren wichtigem Grundsatz der Politik des fairen Wettbewerbs. Die deutsche Regierung in Gestalt

des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie teilt diesen Standpunkt.

Andererseits ist die intensive Lobbyarbeit bemerkenswert, die nicht nur von der deutschen Wirtschaft insgesamt, sondern auch von einzelnen deutschen Playern auf höchster bundesdeutscher Ebene betrieben wird. Jedes von ihnen verfolgt im Bemühen um Nähe zur Regierungsmacht seinen eigenen individuellen Ansatz in dieser Frage. Das hat wesentlich die Effizienz in den Verhandlungen und den Abschluss von SPIK begünstigt. Die größten Erfolge konnte Daimler verzeichnen, dem von Moskau bei vergleichsweise geringem eigenem

Aufwand Sonderkonditionen für den Aufbau einer eigenen Fertigungsanlage ohne technologischen Höchststandard eingeräumt wurden.

In den Jahren 2015-2019 hat der russische Staat den Produzenten von PKW und Nutzfahrzeugen besonderes Augenmerk gewidmet. Auf sie entfiel der Großteil der direkten staatlichen Förderung im Vergleich zu den anderen Branchen der russischen Wirtschaft.

Hauptforderung an die ausländischen Investoren war die Gewährleistung des Übergangs zum kompletten Fertigungszyklus und der Lokalisierung einschließlich der unter dem Blickwinkel

von Effizienz und Wirtschaftlichkeit recht schwierigen Verlagerung der Fertigung der entscheidenden Baugruppen Motor und Getriebe nach Russland. Gerade in diesem Bereich ist dank der Sonderinvestitionsverträge eine deutliche Zunahme des Wettbewerbs zu verzeichnen.

Die Verträge der ersten Generation betrafen überwiegend Investitionen in den Aufbau von Fertigungsprozessen und deren Lokalisierung. Die deutschen Investoren verlagerten bereits erprobte konventionelle Produkte und Technologien nach Russland, die vom russischen Markt jedoch durchaus benötigt wur-

den. Sie leisten einen Beitrag zur Modernisierung der inländischen Industrie, führen aber zu keinen grundlegenden Veränderungen, ohne die Russlands Industrie sich nicht entwickeln und aufholen kann. Die zweite Generation dieser Sonderverträge soll nun strategische Investoren motivieren, in ihren russischen Produktionsstätten neueste technologische Entwicklungen und Verfahren einzusetzen.

Die Aussichten für die Beteiligung deutscher Unternehmen an SPIK 2.0 können gegenwärtig nur schwer eingeschätzt werden. Eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht für die Teilnahme von Volkswagen und

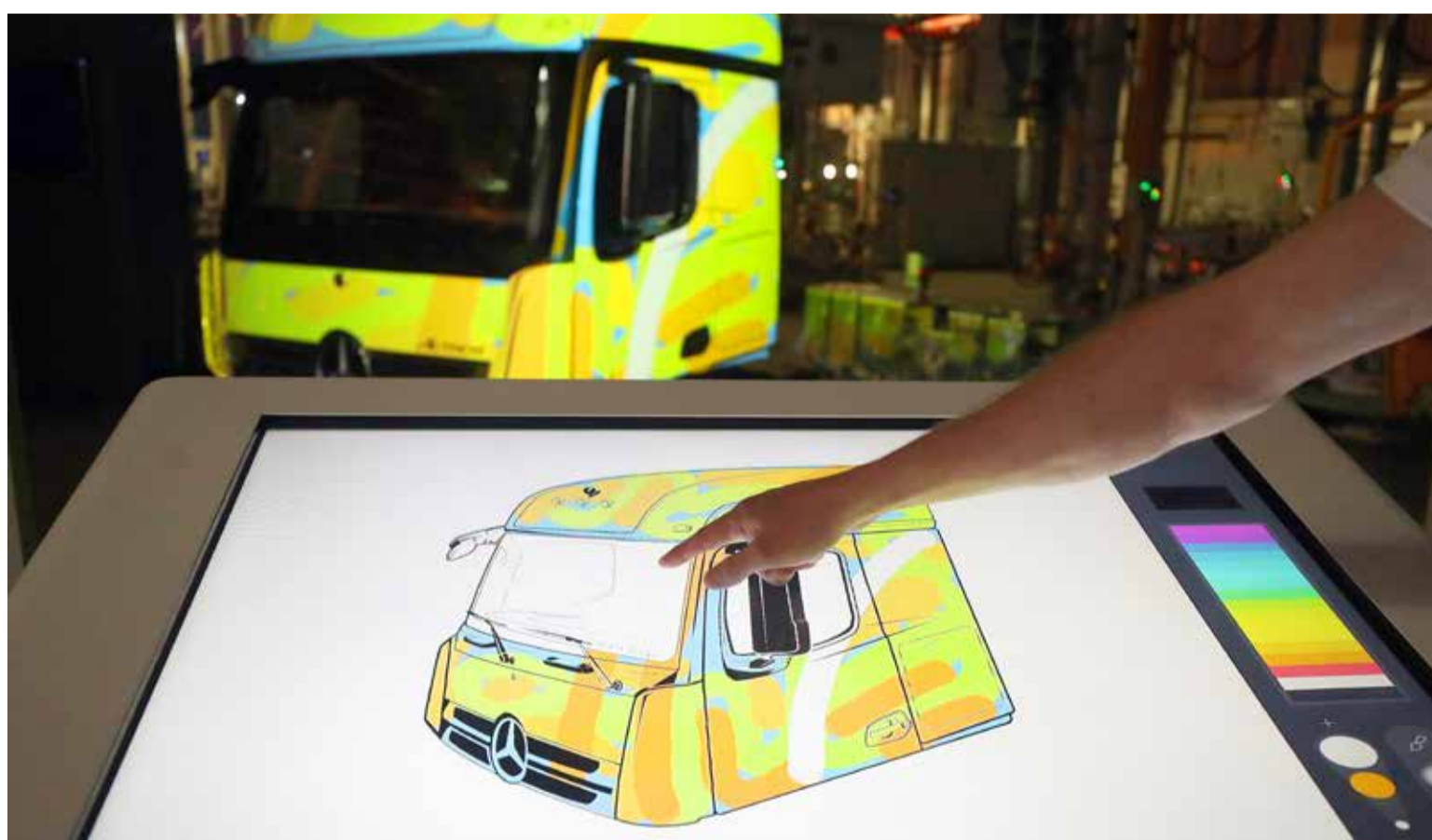
ZF Friedrichshafen AG an Verträgen zur Fertigung von Fahrzeugkomponenten. Seit Sommer 2019 verhandelt das Industrie- und Handelsministerium mit diesen Unternehmen, es geht um föderale und regionale Steuervergünstigungen, Möglichkeiten der Gestaltung eines individuellen Ablaufplans für die Lokalisierung technologischer Operationen, Fragen der Erstattung eines Teils des Einfuhrzolls für Subkomponenten und die Subventionierung eines Teils der Transportkosten beim Export der Fertigerzeugnisse.

Gute Aussichten hat, ungeachtet der bestehenden Probleme mit dem Partner im Joint Venture, dem Unternehmen Silovye Mashiny, das Unternehmen Siemens im Schwermaschinenbau (Bau von leistungsstarken Gasturbinen).

Chancen auf Zugang zu den neuen SPIK haben nur jene deutsche Investoren, die mit modernen und zukunftsfähigen Technologien auf dem russischen Markt aktiv werden möchten und im Gegenzug mit mittelfristigen staatlichen Garantien und Förderung rechnen können. Gleichwohl: Derzeit ist unter den deutschen Partnern kein größerer Andrang nach Beteiligung an Verträgen der neuen Generation zu verzeichnen, ebenso wenig wie der Wunsch, fortgeschrittene Technologien in Russland zu implementieren.

Wladislaw Below ist stellvertretender Direktor des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften.

9D



Werkbank: In der russischen Stadt Naberezhnye Chelny bauen Daimler und Kamaz neue Lastwagen.

Die riesige Schildkröte aus Bronze im Foyer der Mensa der Universität von Maryland, US, blickt jeden freundlich an, der das Gebäude der Adele H. Stamp Student Union betritt. Edward Snowden könnte mehrmals an dem trägen Tier im Eingangsbereich des Studentenwerks auf dem Weg zum Essen vorbeigeschleudert sein. Denn auf dem Campus nördlich der US-Hauptstadt Washington D.C. hatte er seinen ersten Job als Techniker für die Geheimdienst-Branche in den 2000er-Jahren.

„Ich war offiziell Mitarbeiter des Bundesstaats Maryland und arbeitete für die University of Maryland in College Park“, schreibt Snowden in seiner Autobiographie über die Anfänge seiner Jobs in der Welt der „Intelligence Community“, für die er mal im öffentlichen Dienst direkt, mal als Angestellter privater Unternehmen wie den Computer-Hersteller Dell tätig war. „Die Universität half der NSA beim Aufbau einer neuen Institution namens CASL [Center for the Advanced Study of Language].“ Ziel des Joint Ventures von Geheimdienst und Universität: „Die NSA wollte auch Methoden entwickeln, um das Sprachverständnis von Computern zu verbessern“ – zur automatisierten Analyse abgehörter Gespräche, in welcher Sprache auch immer.

In seinem Buch „Permanent Record“, etwa „Dauerhafte Aufzeichnung“, erinnert Snowden immer wieder an seine beruflichen Anfänge in College Park, um deutlich zu machen, wie mit der sich rasant entwickelnden Digitalisierung die Zusammenarbeit von Privatwirtschaft und öffentlicher Hand immer intensiver wurde. Auf dem Campus-Gelände war das Gebäude des Studienzentrums für Sprachen CASL noch halbleer, als Snowden mit seinem ersten Job begann.

Das Milieu im Bundesstaat Maryland, zwischen der Hauptstadt Washington und dem eine Autostunde nördlich gelegenen Baltimore, ist geprägt von Einfamilienhäusern, amerikanische Mittelklasse mit Jobs im öffentlichen Dienst. Auch die NSA hat hier ihre Zentrale, in Fort Meade.

Snowdens Vater arbeitete bei der US-Küstenwache. Die Anschläge auf das World Trade Center in New York und das

Pentagon in Washington 2001 waren ein Schock, schreibt Snowden, der in den 1990er-Jahren mit PC und Modem groß geworden war. Deshalb habe er etwas für sein Land tun wollen.

Sein Versuch, in der US-Armee Karriere zu machen, scheiterte aus gesundheitlichen Gründen. Der Schritt, in die Geheimdienstwelt einzutauchen, war für einen jungen Computer-Nerd in dem Umfeld zwischen Washington D.C. und Baltimore kein großer.

Nach den Anschlägen auf das World Trade Center entwickelte sich die Verknüpfung der „Intelligence Community mit den Technologieunternehmen“ rasant, schreibt Snowden. Die Geheimdienste litten unter dem Vorwurf, dass zwar bei den verschiedenen Diensten wie NSA, CIA und FBI Informationen über die Attentäter vorlägen, diese aber nie zusammengeführt worden seien. „Beide sind verschworene Gemeinschaften, nicht gewählte Mächte, die stolz darauf sind, ihre Entwicklungen unter absoluter Geheimhaltung zu vollziehen. Beide glauben, sie hätten die Lösung für alles, und zögern nie, sie anderen einseitig aufzuzwingen.“

Demnach bringt die Digitalisierung gerade antidemokratische Mächte in den westlichen Demokratien hervor. Da wirkt es anachronistisch, dass Snowden gerade in Moskau im Exil gelandet ist, zumal für ihn die „Auseinandersetzung zwischen autoritären und freiheitlich-demokratischen Kräften“ der „wichtigste ideologische Konflikt unserer Zeit“ ist. Und nicht etwa „irgendeine zusammengebaute, von Vorurteilen behaftete Idee einer Spaltung zwischen Ost und West oder einem wieder auferstandenen Kreuzweg zwischen Christentum und Islam“.

Hochqualifizierter Asylsuchender

Whistleblower Edward Snowden meldet sich mit einer Autobiographie aus Moskau zu Wort – und hofft auf Aufnahme in der EU

VON FRANK HOFMANN

Das Buch kann getrost als Verlängerung seiner Asylanträge in den Ländern der Europäischen Union verstanden werden. Zur Veröffentlichung gab Snowden zudem europäischen Medien zahlreiche Interviews, die das noch unterstrichen.

Bereits 2014 hatten Snowdens Unterstützer in der EU versucht, ihn über eine Einladung des Bundestags-Un-

den Grünen, die sich schon während des NSA-Untersuchungsausschuss für eine Reise Snowdens nach Deutschland eingesetzt hatten, um ihm zu helfen, das russische Exil zu beenden.

Snowdens Karriere brachte ihn unter anderem in die Schweiz nach Genf, wo er Französisch gelernt hat. Ein Leben in Westeuropa erscheint erstrebens-

litischen Raum. Da geht es bekanntlich um Macht und Mehrheiten. Und die verschieben sich.

Diesen Sommer bezog im neu gewählten Europäischen Parlament auch die deutsche Grünen-Abgeordnete Viola von Cramon-Taubadel ihr Büro. Die Osteuropa-Expertin ist unverdächtig, besondere Sympathien für den Kreml zu hegen. Im Gegenteil: Sie steht für eine harte Gangart gegen Moskau im Ukraine-Konflikt. Vielen Russland-Kritikern ist Snowdens Moskauer Asyl suspekt. Doch auch die frisch gewählte EU-Abgeordnete von Cramon-Taubadel unterstützt Snowdens Asyl-Begehren in der Europäischen Union.

Nach Snowdens Interview-Marathon im Zuge seiner Buch-Veröffentlichung macht die Europa-Abgeordnete auf Anfrage klar, dass „man ihm das Moskauer Asyl nicht anlasten“ sollte; „ob und inwieweit das von Moskau von Beginn an intendiert war, ist schwer einzuschätzen.“ Und: „Wir Grünen im Europäischen Parlament haben uns von Beginn an für einen Asylstatus Snowdens in der Europäischen Union stark gemacht, auch um dies als humanitäres Signal in die USA und nach Russland zu senden.“ Sie nähme den Schutz von Whistleblowern sehr ernst und wünsche sich eine „aktivere Rolle der EU“.

Die Gewährung von Asyl allerdings ist Sache der Mitgliedsstaaten. „Ich wüsste jedoch nicht, was einem Asylantrag Edward Snowdens in Deutschland entgegenstehen sollte“, so von Cramon-Taubadel, die allerdings auch auf die jüngste Diskussion in Frankreich verweist.

Denn dort hört das Werben für ein Ticket nach Paris nicht auf, seit Snowden in einem Interview zum Buchverkauf in

Frankreich mit dem französischen Radiosender France Inter den Präsidenten der Republik direkt angesprochen hatte und sein Asylgesuch bekräftigte, das er bereits 2013 gegenüber Emmanuel Macrons Vorgänger François Hollande gestellt hatte. „Tatsächlich würde ich mich sehr freuen, wenn Monsieur Macron mir das Recht auf Asyl gewähren würde“, sagte Snowden im Radio-Interview mit France Inter am 16. September, ein Tag vor Veröffentlichung seiner Autobiographie.

Frankreich liebt den Widerstand und seine Helden. Und seine politischen Erregungskurven haben eine lange Lebensdauer, insbesondere, wenn es um Kämpfe zwischen David und Goliath geht. Den Resonanzboden bilden die Interview-Talkshows, bei denen ein beliebter Künstler seinem Moderator oft mehr als eine Stunde Rede und Antwort steht. Anfang Oktober war es Jean Michel Jarre, Autor und Musiker, der im Gespräch mit dem landesweiten Radiosender France Info Asyl für Snowden in Frankreich forderte. „Er hat nicht gegen sondern für sein Land gehandelt“, so Jarre, der sogleich mit großer moralischer Verve ausholte: „Edward Snowden erinnert mich an meine Mutter.“

Das ist France Pejot, die Widerstandskämpferin im Zweiten Weltkrieg. Snowden nutze die gleichen Worte wie seine Mutter: „Es geht um die Idee, dass wenn ein Staat oder eine Regierung anfängt, Ideen zu entwickeln, die gegen die Gesellschaft gerichtet sind, eine kritische Masse von uns reagieren muss.“

Im Foyer des Studentenwerkes im College Park der Universität von Maryland lächelt die Bronze-Schildkröte auch heute jeden an, der an ihr auf dem Weg zur Kantine vorbeigeht. Draußen sitzen Studenten und Angestellte im Grünen und gönnen sich ihre Sandwiches. Außerhalb von College Park aber hat sich einiges verändert. Vor allem die Sicht Europas auf die USA.

Frank Hofmann ist Senior Correspondent der Deutschen Welle in Berlin mit den Schwerpunkten Transatlantische Beziehungen, Europäische Integration, Osteuropa und Balkan.



Kopieren und Einfügen: Edward Snowdens Buch rangiert auf Platz 1 der Spiegel-Bestsellerliste im Oktober.

tersuchungsausschusses zum NSA-Abhörskandal auf deutschen Boden zu bringen, um ihn in ein ordentliches Asyl-Verfahren zu führen. Das Unterfangen scheiterte.

Und heute, fünf Jahre später? Kurze Nachfrage bei einem mit dem Thema damals vertrauten CDU-Bundestagsabgeordneten mit rascher Antwort: Dazu werde er sich nicht äußern.

Der Fall Snowden bleibt für die Politik ein unangenehmes Thema. Außer bei

werter als das Exil in Moskau. Zumal Snowden seit Jahren für westliche Menschenrechtsorganisationen Vorträge per Video-Übertragung hält.

In Berlin wird Snowden von der Nichtregierungsorganisation European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) vertreten, die ihre Fälle über einen langen Zeitraum am Köcheln hält. Die Organisation versucht, Menschenrechte mit juristischen Mitteln durchzusetzen, agiert dabei immer auch im po-

Wenn Aussicht und Möglichkeiten grenzenlos sind.

More than a view.
Schiebesysteme von Schüco.

Mehr Licht, mehr Transparenz, mehr Lebensqualität. Schüco Schiebesysteme schaffen lichtdurchflutete Wohnräume, neue Perspektiven und einen schwellenlosen Übergang zwischen Innen- und Außenraum. Entdecken Sie mehr auf:
www.schueco.de/view

Fenster und Türen.





JAHRE MAUER FALL

Falins Fehler

Botschafter Wladislaw Terechow über das Missverständnis der Deutschen über die geheime Botschaft des ZK-Sekretärs Valentin Falin, die dem Vereinigungsprozess Dynamik verlieh

Petersburger Dialog: Lassen Sie uns mit der geheimnisvollen Botschaft beginnen, die ZK-Sekretär Valentin Falin zwei Wochen nach dem Mauerfall an Kanzler Helmut Kohl übermitteln ließ. Falin war ohne Zweifel ein herausragender Deutschland-Kenner, von 1971 bis 1978 auch Botschafter dort. Es war Nikolai Portugalow, ein wichtiger Berater von Parteichef Gorbatschow, der die Nachricht an Horst Teltschik übergab. Portugalow war später auf sowjetischer Seite maßgeblich an den Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands beteiligt. Aus welchem Grund hat Falin weder Gorbatschow noch Außenminister Eduard Schewardnadse informiert?

Wladislaw Terechow: Zu diesem Zeitpunkt stand die Perspektive einer Wiedervereinigung Deutschlands schon nicht mehr in Zweifel. Gorbatschow allerdings äußerte sich darüber nur sehr nebulös und nannte einen Zeitraum von 50, wenn nicht 100 Jahren. Genau genommen war Gorbatschow nicht der erste, das Thema der Wiedervereinigung war ja nie ganz gestorben, wahrscheinlich schon seit Kriegsende.

Nur wenige wissen noch, dass der Brief über die deutsche Wiedervereinigung eine Anlage zu dem Vertrag war, den Breschnew und Brandt 1970 unterzeichneten. Zwanzig Jahre vor dem Fall der Mauer sah der Brief eine Entwicklung der Welt in der Zukunft voraus, die dem deutschen Volk erlauben würde, die Einheit wiederzuerlangen. Ohne dieses Dokument wäre der Vertrag vom Bundestag überhaupt nicht ratifiziert worden, obwohl andererseits 1975 in Helsinki alle zu diesem Zeitpunkt existierenden Grenzen anerkannt wurden.

Falins Brief war ein Fehler. Sein Ziel war anscheinend, die deutsche Seite davon abzuhalten, die Ereignisse zu forcieren, nämlich die Idee einer zukünftigen deutschen Konföderation. Er dachte wohl, er könne Kohl zur Besonnenheit mahnen, dazu, dass er die Meinung der UdSSR nicht ignorieren konnte.

Leider verstand die westdeutsche Regierung diese Botschaft auf ihre Art. Horst Teltschik, Kohls außenpolitischer Berater, übergab ihm das Dokument mit den Worten: „Die Russen denken über eine Wiedervereinigung Deutschlands nach!“ Kohl nahm die Schrift Falins als Signal aus Moskau, er weitete seine Offerten in dieser Frage aus und agierte offensiver. Das war ein unvorsichtiger Schritt. Ohne es selbst zu wollen, gaben wir zu verstehen, wir würden über den Prozess einer Wiedervereinigung nachdenken.

Und in Wirklichkeit? Anatoli Tschernjajew, Gorbatschows sicherheitspolitischer Berater, schrieb, Gorbatschow sei gerade zu jener Zeit so sehr von den Problemen des eigenen Landes beansprucht gewesen, dass er für internationale Fragen allenfalls fünf Prozent seiner Arbeitszeit aufwenden konnte.

In Wirklichkeit kümmerte sich eine ganze Gruppe von Personen innerhalb der Regierung um außenpolitische Fragen: Eduard Schewardnadse, Alexander Jakowlew, Valentin Falin, und Tschernjajew selbst auch. Dazu gesellte sich des öfteren Wadim Medwedjew, ZK-Sekretär für Ideologie. Gorbatschow selbst war immer ausweichend. Seine Antworten konnte man so oder so verstehen. Und der Prozess war am Gären – der Warschauer Vertrag platzte aus allen Nähten.

Das Problem lag auch darin, dass die Regierung der BRD jedes Wort Gorbatschows zu ihrem Nutzen interpretierte. Zudem gab es in diesem Moment unter den europäischen Politikern keine einheitliche Front unter deutscher Flagge, Europa hatte sich noch nicht von seinem Argwohn gegenüber einem erstarkenden Deutschland erholt. Thatcher und Mitterrand wollten den Prozess der Wiedervereinigung nicht beschleunigen. Kohl und sein Außenminister Genscher fühlten sich unsicher.

In dieser Verfassung flogen sie nach Moskau. Sie mussten wissen, dass die Politik Gorbatschows und Schewardnadses auf dem Plenum des ZK der KPdSU unmittelbar vor ihrem Besuch heftig kritisiert worden war. Sie waren besorgt, ob Gorbatschow unter diesen Umständen zu Konzessionen bereit sein würde.

Aber bei dem Treffen setzte Gorbatschow eine Erklärung ab, die für Kohl eine Sensation war: Teltschik hat später die Seite aus der *Prawda* (vom 11. Februar 1990), auf der diese Erklärung gedruckt war, eingerahmt und in seinem Büro aufgehängt. In dem TASS-Bericht hieß es: „M. S. Gorbatschow konstatierte – im vollen Einverständnis mit dem Bundeskanzler –, dass jetzt zwischen der UdSSR, der BRD und der DDR Einigkeit darin bestehe, dass die Frage der Einheit der deutschen Nation von den Deutschen selbst entschieden werden müsse, dass sie selbst konkretisieren müssten, in welchem Zeitraum, mit welchem Tempo und



Gealten des 20. Jahrhunderts: Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow Bundeskanzler Helmut Kohl am 15. Juli 1990 in Stawropol im Kaukasus.

zu welchen Bedingungen diese Einheit realisiert werden wird.“ Das war die volle Handlungsfreiheit für die innerdeutschen Verhandlungen.

Und was denken Sie über den Zeitpunkt des Mauerfalls?

Das geschah alles irgendwie übereilt und ungeschickt. Die Regierung der DDR befand sich in diesem Moment in einer desolaten Verfassung. Sie wollten wie gewohnt Anweisungen aus Moskau: Wie soll man mit den Demonstrationen umgehen? Sollen wir die Mauer schützen? Wie sollen wir in Bezug auf die BRD verfahren? Aber sie bekamen keine brauchbaren Antworten.

Botschafter Wjatscheslaw Kotschemassow, mein Kollege in Ost-Berlin, schickte eine chiffrierte Nachricht nach Moskau und wartete auf Anweisung, wie er sich in dieser schwierigen Situation verhalten sollte. Auch ihm wurde nicht geantwortet. Man kann sagen, das einzige, was aus Moskau kam, war der Befehl, die Armee in den Kasernen zu lassen.

Das am schwersten wiegende Ereignis im Verlauf Ihres fast achtjährigen Aufenthalts in Deutschland war die Rückführung der sowjetischen Truppen. Das war nun schon eine direkte Folge des Mauerfalls und der sich andeutenden Wiedervereinigung.

Ich erinnere mich an das Treffen von Gorbatschow und Kohl in Archys im Juli 1990. In einer Pause zwischen den Sitzungen diskutierten wir im Kreis der Berater mit Gorbatschow unsere Positionen. „Was tun wir mit den sowjetischen Streitkräften in Deutschland, die mitten im Zentrum Europas stehen?“ Er winkte ab: „Wir stehen nicht, wir liegen. Wir haben nicht einmal das Geld, sie zu unterhalten.“

In mehreren Büchern, die an dieses Treffen erinnern, sieht dieses Treffen in Archys wie ein Symbol der Kapitulation aus. War es so?

In Archys geschah nichts Unerwartetes oder Ungeplantes. Die Gespräche über die Aufnahme des wiedervereinigten Deutschlands in die Nato, über die Übergangsperiode, über die Finanzierung der Rückführung der sowjetischen Truppen waren zu diesem Zeitpunkt schon mehr als ein halbes Jahr im Gang.

Warum haben wir so wenig für den Rückzug und die Unterbringung unserer Truppen bekommen, nämlich nur 15 Milliarden D-Mark, während wir doch, wie man sagt, mehr als 80 Milliarden verlangt hatten?

Man muss die Schwäche unserer Verhandlungsposition berücksichtigen. Die Härte unserer öffentlichen Erklärungen und Forderungen wurde nivelliert von zunehmenden Bitten um wirtschaftliche und finanzielle Hilfe zur Überwindung der akuten Krise, in der sich unser Land befand. Unsere westlichen Partner haben das weidlich ausgenutzt, sie haben ihre Forderungen kontinuierlich erhöht und sind keine wesentlichen Kompromisse eingegangen.

Kommen wir noch einmal zurück zu Archys.

Der Flug in die Region Stawropol, wo Gorbatschow früher Regierungschef gewesen war, war die Fortsetzung der Moskauer Verhandlungen. Kohl war einverstanden, sich dorthin zu begeben, weil er von Gorbatschow die Einwilligung zu einer vollen Souveränität seines Landes erwartete. In Stawropol organisierte Gorbatschow einen Besuch beim Regionalkomitee, dessen Vorsitzender er früher gewesen war, und Kohl bereitete den anwesenden Journalisten die Freude, sich im Sessel des Ersten Sekretärs fotografieren zu lassen. Anschließend landeten die Hubschrauber in einem Getreidefeld, wo gerade die Ernte eingebracht wurde, und die Arbeiter wünschten den Regierungschefs viel Erfolg.

Am nächsten Tag fanden sehr anstrengende Verhandlungen statt. Gorbatschow setzte einige wichtige Zugeständnisse durch, darunter vor allem die ausdrückliche Zusicherung, dass auf dem Territorium der ehemaligen DDR keine ausländischen NATO-Truppen stationiert und keine Atomwaffen gelagert werden durften. Nach längerer Verhandlung willigte der Kanzler ein.

Der Präsident bestand auf einer Reduzierung der Zahl der Bundeswehrsoldaten, und Kohl stimmte einer Größenordnung von 370 000 zu, obwohl Gorbatschow ursprünglich die Zahl 250 000 genannt hatte. Man einigte sich auch bezüglich der Finanzierung der sowjetischen Truppen in Deutschland über den Zeitraum von vier Jahren, wenn auch in geringerem Umfang, als wir uns das vorgestellt hatten. Verhandelt wurden auch die Bedingungen der Rückfüh-

rung der Truppen und die Finanzierung neu zu bauender Wohnungen für die Offiziere. Somit machten die Verhandlungen in Archys den Weg frei für die „Zwei-plus-Vier“-Gespräche.

So wie Sie das erzählen, ging das alles ganz glatt und reibungslos. Ich erinnere mich aber noch an die Berichte aus jenen Jahren: Ein Feld mit den schneebedeckten Zelten der sowjetischen Soldaten, liegendegebliebenes militärisches Gerät, die Mauscheleien mit den Vermögenswerten der Armee.

Alle, auch die Diplomaten, hatten viel durchzumachen, als es darum ging, diese Verträge in die Praxis umzusetzen. Fast eine halbe Million Soldaten und Offiziere und eine ungläubliche Menge an Waffen! Das von den Deutschen bewilligte Geld reichte hinten und vorne nicht. Zwischen Deutschland und der UdSSR lag ja auch noch Polen. Alle Verpflichtungen innerhalb des Warschauer Pakts waren inexistent geworden. Die Polen waren knallhart: Wenn ihr durchwollt, dann zahlt! Wir mussten die Flotte mobilisieren und über den Wasserweg gehen.

Seltsam, dass der letzte Staatschef, der die DDR besuchte, der französische Präsident war, nicht der sowjetische. Mitterrand hat nicht nur die DDR besucht, er unterzeichnete zum Abschied sogar noch diverse Verträge. Er hatte Gorbatschow vorgeschlagen, diesen Besuch gemeinsam zu unternehmen, aber Gorbatschow sagte ab, sicher zu Recht, weil ihm klar war, dass ihm nur die Rolle des Totengräbers dieses Landes zukäme.

So ist das, wenn der „Totengräber“ und der „Befreier“ sich in einer Person vereinen können. Danke für das Gespräch.

Mit Wladislaw Terechow, von 1990 bis 1997 Botschafter der UdSSR und der Russischen Föderation in Deutschland, sprach Viktor Loschak, Chefredakteur des Petersburger Dialogs auf russischer Seite.



Unerwartete Revolution

Deutschland feiert den 30. Jahrestag der Revolution gegen die kommunistische Herrschaft. Die Diskussion über die Ursprünge wird schärfer

VON ILKO-SASCHA KOWALCZUK

Die gesamte Welt schaute 1989/90 atemlos nach Deutschland – jeden Tag passierten Dinge, die noch einen Tag zuvor für unmöglich gehalten worden wären. Der unzweifelhafteste Höhepunkt war der Fall der Berliner Mauer, das jahrzehntelange weltweite Symbol für die Herrschaft der Kommunisten über halb Europa, in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989.

Überall auf der Welt stehen einzelne Mauersegmente und erinnern an die Mauer, die einst Berlin, Deutschland, Europa und die Welt teilte, das Symbol für Unfreiheit und Diktatur. Weltweit ist in viele Sprachen die Abkürzung „Stasi“ als Synonym für Überwachung und Unterdrückung eingegangen – die ostdeutsche Geheimpolizei des „Ministeriums für Staatssicherheit“ ist Symbol für die kommunistische Diktatur und ihren Unterdrückungs- und Überwachungsapparat.

Die Mauer war der sichtbarste Ausdruck eines allumfassenden Polizeistaats, der eine ganze Bevölkerung hinter Stacheldraht einsperrte. Auch in den USA stehen mehrere Mauerteile, so im Park der Präsidentenbibliothek von Ronald Reagan in Simi Valley, Kalifornien.

Reagan war es, der am 12. Juni 1987 am Brandenburger Tor in Westberlin die berühmten Worte sprach: „Mister Gorbachev, tear down this wall!“ Millionen hinter der Mauer eingesperrten Menschen machte er Mut, die freie Welt habe sie nicht vergessen.

Die Mauer rissen nicht nur Ostdeutsche, sondern Polen, Ungarn, Tschechen und Slowaken, Esten, Letten und Litauer gemeinsam ein. Die ersten Steine aus der Mauer brachen die Polen seit 1980 mit ihrer antikommunistischen Solidarność-Bewegung heraus.

Als die Mauer am 9. November 1989 von den Ostdeutschen endgültig durchbrochen war, zögerten London und Paris, sich auf die Seite der Deutschen und ihrer nun in Aussicht gestellten Einheit zu stellen. Anders die Polen und vor allem die USA. Namentlich US-Präsident George Bush versicherte den Deutschen umgehend, dass die USA als verlässlicher Partner an der Seite Deutschlands stünden und alles dafür tun würden, dass sie ihre staatliche Souveränität und Einheit so schnell wie möglich zurückerhalten. Bush war der wichtigste Freund in dieser Situation, dessen unbeirrbar Deutschlandpolitik rasch auch die übrigen einstigen Alliierten, einschließlich der Sowjetunion, zur Aufgabe ihrer Blockadehaltung gegenüber der Wiedervereinigung zwang.

So unstrittig in Deutschland diese außenpolitischen Entwicklungen für die Herstellung der deutschen Einheit sind, so leidenschaftlich wird gegenwärtig von Historikern und Zeitzeugen in Deutschland darüber gestritten, wer in der DDR maßgeblich für den Erfolg der Revolution gegen die SED-Diktatur gewesen sei.

Der Symboltag der ostdeutschen Revolution ist der 9. Oktober 1989. An diesem Tag demonstrierten mehr als 70 000 Menschen in Leipzig gegen die Kommunisten. Die Staatsmacht griff nicht ein, das von vielen befürchtete Massaker blieb aus. Noch Tage zuvor hatten hochrangige SED-Funktionäre erneut ihren

chinesischen Amtskollegen ihre Bewunderung für deren Umgang mit Oppositionellen bezeugt – diese hatten in Peking und anderswo Anfang Juni 1989 hunderte Bürgerrechtler niedermetzeln und Tausende einsperren lassen. Die SED-Führungsriege kapitulierte angesichts der unerwarteten Menschenmassen in Leipzig. Revolutionen gewinnen jedoch nie gegen eine starke Herrschaft.

Die Diktatur fiel, weil „Voice“ und „Exit“ zusammenkamen, wie der in Deutschland geborene und in den USA lehrende und forschende Ökonom und Sozialwissenschaftler Albert Hirschman (1915 – 2012) das Spannungsverhältnis zwischen Einmischung und Emigration vor etwa fünf Jahrzehnten nannte. Tatsächlich hat die Forschung schon längst gezeigt, dass es nicht die eine Ursache für die ostdeutsche Revolution gab. Das System war marode, die Wirtschaft am Ende, die politischen Eliten handlungsunfähig, die Gefolgschaftstreue brüchig und Gorbatschow in Moskau nicht mehr willens, den Status quo aufrechtzuerhalten.

Das System war marode, die Wirtschaft am Ende, die politischen Eliten handlungsunfähig, die Gefolgschaftstreue brüchig und Gorbatschow in Moskau nicht mehr willens, den Status quo aufrechtzuerhalten

Das SED-Regime brach nicht allein zusammen. Dazu bedurfte es aktiver Menschen. Die einen gingen weg, flüchteten. Sie trugen erheblich zur Systemdestabilisierung bei. Die Opposition aber rief in Reaktion auf die Ausreisebewegung trotz und drohend: „Wir bleiben hier!“ Die meisten Menschen blieben hinter der Gardine – wie bei jeder Revolution, sonst bräuchete es sie auch nicht – und warteten ab. Sie waren dann später die Besenkten: Sie erhielten Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit ohne eigenes Zutun – auch das ist historisch gesehen ganz normal.

Das am 9./10. September 1989 gegründete „Neue Forum“ bot mit anderen neuen Bürgerbewegungen erstmals einen Ort der öffentlichen Verständigung. Binnen weniger Wochen bis Anfang Oktober nutzten tausende Menschen unter hohem persönlichen Risiko diese Chance. Die DDR veränderte sich von unten.

Die Menschen sind nicht zufällig auf die Straße gekommen. Diejenigen, welche die Leipziger Montagsdemonstrationen als Proteste aus der Kirche in die Gesellschaft trugen, waren Oppositionelle, die sich Jahre vor 1989 in Leipzig illegal organisiert hatten. Ohne ihre Idee, nach dem Montagsgebet seit Anfang September auf die Straße zu gehen, hätte es die berühmten Montagsdemonstrationen nicht gegeben.

Niemand behauptet, die Bürgerrechtsbewegung habe allein die Revolution gemacht. Aber für eine Revolution braucht es Sammelbecken für Gleichgesinnte. Die Gründung des „Neuen Forums“ entsprach solchen Überlegungen: raus aus den Kirchen und der Gesellschaft ein Angebot unterbreiten, das so breit formuliert ist, dass es auch kritisch eingestellte SED-Mitglieder erreicht. Binnen weniger Tage und Wochen schlossen sich zehntausende dem „Neuen Forum“ an.

Auf den Demonstrationen kam es zu massiven Polizeigriffen und vielen Festnahmen. Die Menschen skandierten der Staatsmacht entgegen: „Keine Gewalt!“ und forderten ihre hinter den Gardinen stehenden Mitbürger auf: „Bürger lasst das Glotzen sein, kommt herunter und reiht euch ein!“ Die meisten reiheten sich nicht ein, verständlicherweise angesichts des massiven Polizeiaufgebots.

Die Vorgänge wurden schnell weltbekannt. Wie gelang das aber überhaupt? Dies war den Ostberliner Oppositionellen Aram Radomski und Siegbert Schefke zu verdanken. Sie schützten ihre Stasi-Bewacher ab, fuhren nach Leipzig und filmten unter größtem Risiko die Massendemonstration. Ein befreundeter Westkorrespondent schmuggelte die Aufnahmen nach Westberlin und von dort begannen sie ihren ikonischen Siegeszug um die Welt. Ohne diese Filmaufnahmen von Oppositionellen und ohne die Initiative Leipziger Oppositioneller für die Montagsdemonstrationen wäre die Revolutionsgeschichte anders verlaufen. Erst die Filmaufnahmen machten die Massendemonstration zu einem unumkehrbaren, nicht mehr zu leugnenden und vor allem viele andere Menschen motivierenden Ereignis.

Die Revolution in der DDR hätte vielleicht auch ohne die Opposition stattfinden können. Wer weiß das schon? Was wir wissen ist nicht nur, dass sie entscheidenden Anteil hatte. Wir wissen auch, dass der Kommunismus nirgendwo einfach so verschwand, nicht einmal in Rumänien oder Bulgarien. Vor allem in Polen, Ungarn, der CSSR und dem Baltikum war die organisierte Opposition entscheidend. Es gibt noch zwei weitere Beispiele, die zeigen, dass das alles nicht so einfach ist: Kuba ist ähnlich abgewirtschaftet wie die DDR, aber die Diktatur verschwindet nicht. Und Nordkorea ist ein noch drastischeres Beispiel. Dort wiederum ist der Staat noch so stark, dass zurzeit kein Systemsturz in Sicht ist. Sollte der Staat dort aber wanken, so lehrt es die Geschichte, wird die Revolution auch in Nordkorea ohne den ansteckenden Mut Weniger, wie in der DDR, nicht möglich sein, um die Vielen zum Aufstand zu motivieren.

Die Revolution in der DDR hätte vielleicht auch ohne die Opposition stattfinden können. Wer weiß das schon? Was wir wissen ist nicht nur, dass sie entscheidenden Anteil hatte. Wir wissen auch, dass der Kommunismus nirgendwo einfach so verschwand, nicht einmal in Rumänien oder Bulgarien. Vor allem in Polen, Ungarn, der CSSR und dem Baltikum war die organisierte Opposition entscheidend. Es gibt noch zwei weitere Beispiele, die zeigen, dass das alles nicht so einfach ist: Kuba ist ähnlich abgewirtschaftet wie die DDR, aber die Diktatur verschwindet nicht. Und Nordkorea ist ein noch drastischeres Beispiel. Dort wiederum ist der Staat noch so stark, dass zurzeit kein Systemsturz in Sicht ist. Sollte der Staat dort aber wanken, so lehrt es die Geschichte, wird die Revolution auch in Nordkorea ohne den ansteckenden Mut Weniger, wie in der DDR, nicht möglich sein, um die Vielen zum Aufstand zu motivieren.

Die Revolution in der DDR hätte vielleicht auch ohne die Opposition stattfinden können. Wer weiß das schon? Was wir wissen ist nicht nur, dass sie entscheidenden Anteil hatte. Wir wissen auch, dass der Kommunismus nirgendwo einfach so verschwand, nicht einmal in Rumänien oder Bulgarien. Vor allem in Polen, Ungarn, der CSSR und dem Baltikum war die organisierte Opposition entscheidend. Es gibt noch zwei weitere Beispiele, die zeigen, dass das alles nicht so einfach ist: Kuba ist ähnlich abgewirtschaftet wie die DDR, aber die Diktatur verschwindet nicht. Und Nordkorea ist ein noch drastischeres Beispiel. Dort wiederum ist der Staat noch so stark, dass zurzeit kein Systemsturz in Sicht ist. Sollte der Staat dort aber wanken, so lehrt es die Geschichte, wird die Revolution auch in Nordkorea ohne den ansteckenden Mut Weniger, wie in der DDR, nicht möglich sein, um die Vielen zum Aufstand zu motivieren.

Ilko-Sascha Kowalczuk ist Historiker. Zur Revolution legte er 2009 das Buch „Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR“ vor, zur Transformation 2019 „Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde“ (beides Verlag C. H. Beck).

90

Und Jäger weinte

Wie es dazu kam, dass wir an der Bornholmer Straße filmten, als der Schlagbaum sich öffnete

VON GEORG MASCOLO

Wie fühlt er sich an, der Morgen nachdem es gelungen ist, aufregende, spektakuläre Bilder von der Öffnung der Mauer zu drehen? Daran kann ich mich gut erinnern, weil es Frust und Enttäuschung waren. Der 9. November 1989, Höhepunkt und Finale einer deutschen Revolution, war ein Donnerstag. Das TV-Magazin „Spiegel-TV“, für das ich damals arbeitete, würde jedoch erst wieder am Sonntag senden.

Wer aber würde diese Bilder drei Tage danach noch sehen wollen, fragte ich mich? Alles, aber auch alles über diese historische Nacht würde doch bis dahin wieder und wieder gezeigt worden sein.

Mein Kameramann Rainer März und sein Assistent Germar Biester, großartige Profis und Kollegen, hatten ein besseres Gespür. „Das war wir erlebt haben, ist etwas ganz Besonderes“, behauptete Rainer hartnäckig.

Erst als ich in den nächsten Tagen im Hotel durch die verschiedenen Sondersendungen zappte und nur Bilder der Trabi-Schlangen und jubelnden Menschen sah, begann ich zu hoffen. Vielleicht hatten wir an diesem Abend wirklich besonderes Glück gehabt.

Und tatsächlich: Die Bilder von der Öffnung des Grenzübergangs an der Bornholmer Straße in Berlin sind bis heute einzigartig, die Unesco hat sie zum Teil des Weltkulturerbes erklärt, so wie Goethes literarischen Nachlass oder Beethovens 9. Sinfonie.

Sie sind einzigartig, weil die Bornholmer Straße in jener historischen Nacht der erste Grenzübergang war, der aufmachte. Und weil diese Aufnahmen zeigen, dass das Ende des tödlichen Bauwerks nicht das Ergebnis eines wohl durchdachten Plans des Politbüros war, sondern von den Menschen in der DDR erzwungen wurde. Der Mauerfall war tatsächlich ein Mauersturm. Bis heute zeigen diese Bilder die Dramatik jener Stunden, den Mut der Menschen und die Unsicherheit des wankenden Unterdrückungsapparats. Sie dokumentieren jenen Moment, als in der Diktatur die Angst die Seiten wechselte.

Zu denen, die in jener Nacht über den Grenzübergang in den Westen zogen, gehörte auch eine junge Physikerin, die direkt aus der Sauna an der Bornholmer Straße kam. Damals war sie eine Unbekannte, heute kennt die ganze Welt ihren Namen: Es ist Angela Merkel.

Wären wir an unserer Hotelbar in einem DDR-Devisen-Hotel nahe des Brandenburger Tors sitzen geblieben, würde es die Bilder nicht geben. Politbüro-Mitglied Günter Schabowski hatte kurz zuvor auf der weltberühmt gewordenen Pressekonferenz eine neue Ausreiseregulierung für DDR-Bürger verkündet.

Aber was genau er damit gemeint hatte und wer nun wirklich fahren durfte, darüber debattierten bei überbelegtem Radeberger-Bier vom Fass erfahrene Korrespondenten mit angezeigten Neulingen wie mir. Nach meiner Erinnerung sagten nicht einmal die wagemutigsten und meinungsreichsten Kollegen den Fall der Mauer und das Ende der Teilung des Lands voraus. Ich war 25 Jahre alt und hatte sowieso keine Ahnung.

Die Ratlosigkeit war groß, aber klar war mir zumindest, dass eine Hotelbar in Berlin-Mitte auch der falsche Ort war, um herauszufinden, was geschehen würde. So packten wir unsere Sachen und fuhren zum Prenzlauer Berg, schon damals die Hochburg des Widerstands. Wer in Berlin-Ost zu den Unzufriedenen, den Rebellischen, der Opposition gehörte, der wohnte dort. Die Häuser reichten direkt an den

Grenzübergang. Wenn etwas passieren würde, dann dort, dachte ich.

Auf den Straßen war es ruhig und so landeten wir zunächst wieder an einer Theke, auch an dieser gab es kein anderes Thema als die Schabowski-Erklärung. Niemand wusste, was sie zu bedeuten hatte. Aber über die Westmedien kamen die ersten Meldungen: Die Mauer sei offen. Das war sie tatsächlich noch nicht, aber die Menschen am Prenzlauer Berg waren neugierig, ungeduldig und inzwischen ohne Angst. So zogen sie an den Grenzübergang Bornholmer Straße. Und wir gingen mit.

Vor dem Übergang standen bereits Tausende, sie drückten und drängten, schließlich erhob sich ein Sprecher: „Tor auf, Tor auf!“ skandierten die Menschen, gefolgt von einem Versprechen: „Wir kommen wieder, wir kommen wieder.“

Wir standen direkt an dem noch verschlossenen Schlagbaum und prompt gab es Ärger mit den Grenzern. Um die Szenerie zu filmen, hatten wir die Sperre überstiegen und standen – für jeden DDR-Grenzer eine Ungeheuerlichkeit – direkt auf dem Übergang. Einer verlangte unsere Pässe und drohte, uns in den Westen auszuweisen. Ich stritt noch mit ihm herum, da wurde direkt neben uns der Riegel des Schlagbaums gelöst, jubelnde Menschen zogen in die Freiheit. Es war das erste Loch in der Mauer. Nach und nach wurden auch an anderen Grenzübergängen die Kontrollen eingestellt.

Erst später habe ich verstanden, was in dieser Nacht wirklich geschehen ist, mit meinem Team führte ich Interviews mit all jenen Grenzern und Stasi-Offizieren, die in dieser Nacht an der Bornholmer Straße Dienst getan hatten. Ich erfuhr, dass sie immer im Stasi-Hauptquartier um Weisungen gebeten hatten, sie wussten nicht, was sie tun sollten, sie hatten Angst, waren verunsichert. Schießen wollte niemand, jeder in der DDR kannte die Bedeutung des Worts „chinesische Lösung“. Zunächst kam noch der Befehl der Stasi-Führung jenen, die besonders auf Ausreise drängten, einen Stempel halb auf das Passfoto zu drücken: eine Markierung, um sie später nicht wieder ins Land zu lassen. Es war der letzte Betrug eines untergeordneten Regimes.

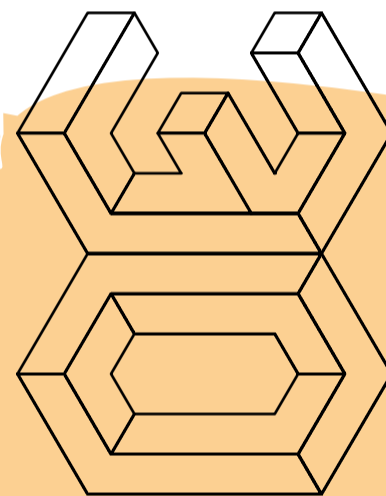
Bis heute habe ich Kontakt zu einigen der Offiziere dieser Nacht, dem Diensthabenden Oberstleutnant Harald Jäger etwa, der letztlich den Befehl zur Öffnung des Schlagbaums gab. Als ich in diesem Sommer auf Einladung des Bundespräsidenten noch einmal die Geschichte dieser Nacht erzählte, saß Jäger im Publikum. Immer wieder hat es den Vorschlag gegeben, ihn mit dem Bundesverdienstkreuz auszuzeichnen, so wie den ungarischen Oberstleutnant Apard Bella, der im August 1989 den Eisernen Vorhang an der österreichischen Grenze öffnete und hunderten DDR-Bürgern die Flucht ermöglichte.

Spät in jener Nacht des 9. November suchte Jäger an der Bornholmer Straße einen ruhigen Platz, um zu weinen. Er ging in die Abfertigungsbaracke. Aber da saß schon ein Hauptmann und weinte. Heute ist Jäger stolz auf seine Entscheidung.

„Es war die Vorsehung, dass Sie in dieser Nacht da waren“, hat einmal eine Frau zu ihm gesagt. „Nein, es war der Dienstplan“, antwortete Jäger.

Georg Mascolo war Chefredakteur des Magazins Der Spiegel und ist Leiter des Rechercheverbands von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung.

90



JAHRE
MAUER
FALL

Bilder oben v. l. n. r.:

1. Heldenstadt Leipzig: Im öffentlichen Gedenken steht zumeist Berlin im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die eigentliche Keimzelle der Bewegung, welche die Mauer zum Einsturz brachte, dürfte aber Leipzig gewesen sein. „Für ein offenes Land mit freien Menschen“ wurde dort schon am 4. September demonstriert.

2. Immer wieder rufen die Menschen in Leipzig: „Wir wollen raus!“ Auf den mitgeführten Plakaten stehen Parolen wie: „Reisefreiheit statt Massenflucht“. Es gibt Festnahmen, Mitarbeiter der Stasi entreißen einigen Demonstranten die Protestplakate.

3. Freie Fahrt für freie Bürger, aber mit Tempo 5: DDR-Bürger fahren am 10. November 1989 in Helmstedt in Niedersachsen über den Grenzübergang, nachdem am Vortag die Reisefreiheit für Bürger der DDR verkündet wurde. Ihre Brüder und Schwestern aus dem Westen applaudieren mit stundenlangen Standing Ovationen.

4. Zeitungszeugnis: Darauf hat das Berliner Boulevardblatt BZ aus dem Hause Axel Springer lange gewartet; in ihrer Ausgabe vom 10. November 1989 steht endlich „Die Mauer ist weg!“ Zwei Berliner freuen sich auf der Westberliner Seite am geöffneten Grenzübergang Bornholmer Brücke.

5. Go East, life is peaceful there: Zum ersten Weihnachtsfest nach der Wende besuchen Westdeutsche den Osten an der ehemals Deutschen Grenze zwischen Hessen und Thüringen.



Guck – aber nicht Horch: Generalsekretär des ZK Erich Honecker und Armeegeneral Heinz Hoffmann (rechts) bei den Feiern zum 30. Jahrestag der DDR 1979.

Die sowjetischen Diplomaten und Aufklärer in Berlin unterschätzten am 9. November 1989 die Bedeutung der Pressekonferenz des Mitglieds des Politbüros und Ersten Sekretärs der Partei-Bezirksleitung der Hauptstadt Berlin, Günter Schabowski. Auch als die Ostdeutschen zu den Grenzkontrollstellen strömten, die die Stadt trennten, schlug niemand Alarm. Der Präsident der UdSSR Michail Gorbatschow erfuhr vom Fall der Berliner Mauer erst am nächsten Morgen. Aber noch immer sah niemand, dass das sozialistische Deutschland bald verschwinden würde.

Dabei hatte es doch keinen Lebensbereich in der DDR gegeben, den die sowjetische Aufklärung nicht beobachtet hätte. Jahrzehntlang hatte der in Ostdeutschland operierende Apparat eine Unmenge von Informationen nach Moskau gemeldet, selbst kleinliche Intrigen innerhalb des Politbüros des ZK der SED. Täglich um sechs Uhr morgens kabelten Moskaus Spione Berichte über die Lage in Berlin via HF-Regierungsleitung nach Moskau.

Weshalb konnte die sowjetische Aufklärung, der in Ostdeutschland doch alle operativen Möglichkeiten offenstanden, den baldigen Zusammenbruch der DDR nicht vorhersagen?

Die KGB-Vertretung in der DDR war der größte Apparat der Staatssicherheit im Ausland. Dort stand schließlich die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte und sie musste, im professionellen Sprachgebrauch, „betreut“ werden, es galt dafür zu sorgen, dass die Offiziere der UdSSR nicht angeworben wurden und nicht in den Westen flüchten konnten. Außerdem nutzten die Aufklärer die DDR als Ausgangspunkt für die Infiltration der Nato und das Anwerben von Amerikanern auf dem Gebiet Westdeutschlands. Eine weitere Aufgabe bestand in der Beschaffung von Informationen über das Verhalten der Freunde, der Ostdeutschen.

Und natürlich sollten die Kundschafter kundschaften. Doch die Ostdeutschen schirmten sich ab und beschränkten die Informationen über ihre Geheimoperationen auf das Allernötigste. Sie behielten viele Bereiche ihrer Tätigkeit geheim, in erster Linie vor den sowjetischen Freunden.

Formal war es den KGB-Angehörigen verboten, Informanten unter den DDR-Bürgern anzuwerben. Im ZK der KPdSU hatte man entschieden, es gehe nicht an, die Brüder aus dem sozialistischen Lager auszusponieren. Deshalb wurden in den sozialistischen Ländern Aufklärungsabteilungen aufgebaut, über die die Freunde nicht informiert wurden. Der KGB-Vorsitzende Juri Andropow hatte angewiesen, für diese Aufgabe die besten Mitarbeiter der Auslandsaufklärung abzustellen.

In den letzten Jahren des Bestehens der DDR entstand im Aufklärungsapparat der KGB-Vertretung eine operative Gruppe, die sich ausschließlich auf die Analyse der innenpolitischen Situation in Ostdeutschland konzentrierte. Soweit bekannt, wurden in der Gruppe Aufklärer eingesetzt, die den Deutschen nicht offiziell als KGB-Mitarbeiter vorgestellt worden waren, also Leute, die unter dem Deckmantel ‚Journalist‘ oder ‚Geschäftsmann‘ tätig waren.

Der Minister für Staatssicherheit der DDR Erich Mielke verbat sich eine Einmischung der sowjetischen Kollegen in seine Angelegenheiten. Somit gingen die Mitarbeiter der KGB-Vertretung in Berlin davon aus, dass die Deutschen sie beobachteten und ihre Telefongespräche und ihre Wohnungen abhörten.

„Wir taten, was notwendig war“, sagt General Viktor Budanov, erster Stellvertreter des Chefs der KGB-Vertretung der UdSSR in der DDR. „Aber wir legten un-

sere Arbeit gegenüber den Ostdeutschen nie vollständig offen. Ebenso, wie diese leider uns gegenüber. Das zeigte sich in den letzten Jahren immer deutlicher. Mehr noch, es gab sogar eine Zeit, in der wir den Verdacht schöpften, dass sie uns beobachten.“

Doch weshalb beobachteten die deutschen Freunde ihre großen Brüder? „Weil sie befürchteten, dass wir mit ihren Leuten arbeiten würden. Das war nicht unbegründet. Aber was wir taten war keine Verletzung der Abkommen über den Status der KGB-Vertretung in Berlin, die zwischen dem KGB und dem MfS [Ministerium für Staatssicherheit] unterzeichnet worden waren.“

Die Deutschen waren dennoch verärgert und rächten sich, indem sie die sowjetischen Tschekisten bloßstellten. Wenn jemand zum Trinken neigte oder einen Seitensprung beging, informierten die Deutschen die sowjetische Botschaft und freuten sich, wenn der in Misskredit geratene KGB-Mitarbeiter innerhalb von 24 Stunden nach Hause geschickt wurde.

Die deutschen Tschekisten hatten ein Auge nicht nur auf ihre sowjetischen Kollegen, sondern auch auf den sowjetischen Botschafter. Diese Sache betreute Mielke persönlich. Der Botschafter in Berlin Wjatscheslaw Kotschemassow erzählt davon:

„Ich wusste, wann Mielke mich aufzeichnete und wann er die Aufzeichnung beendete. Anfangs verfolgte er jeden meiner Schritte. Er wusste immer, wo ich gerade bin. Wenn ich nach Wünsdorf ins Hauptquartier unserer Streitkräfte fuhr, wusste er genau, wohin und zu wem ich fahre, wie lange ich dort war und wann ich nach Berlin zurückkam. Einmal brüstete er sich sogar damit, dass er alles über mich wisse. Deshalb war ich im Umgang mit ihm sehr vorsichtig.“

Das Ministerium für Staatssicherheit hatte den sowjetischen Botschafter also ständig im Visier?

„Er hatte seine eigenen Methoden der externen Beobachtung“, schmunzelte Kotschemassow. „Das war ein höchst kompliziertes System. Eine solche Aufklärung und Gegenklärung wie in der DDR muss man lange suchen.“

Das größte Geheimnis der DDR-Führung waren die vertraulichen Beziehungen zur Bundesrepublik. Bereits Ende der 1970er-Jahre berichtete der sowjetische Botschafter in Bonn, Valentin Falin, über intensive Kontakte zwischen den beiden Deutschlands, die Moskau bis dato unbekannt geblieben waren: „Außer den ganz aktiven wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD gibt es in beiden Richtungen einen unsichtbaren, aber intensiven Austausch, und zwar in allen Bereichen – Gewerkschaften, Wissenschaft, Technik, Kultur. Aber besonders wichtig sind

die persönlichen und familiären Beziehungen sowie die supergeheimen Parteibeziehungen“, so Falin. „Täglich reisen dutzende, hunderte Emissäre mit unterschiedlichen Aufträgen hin und zurück. In erster Linie wurde das vor uns geheim gehalten. Bemerkenswert ist, dass die DDR sich hartnäckig weigerte, unser GOST-System zu übernehmen. Sie hielt am westdeutschen, gesamteuropäischen Standard-System fest.“

Einer der besten Deutschlandkenner, Alexander Bogomolov, der abwechselnd im Apparat des ZK der KPdSU und in der Botschaft in Ostberlin tätig war, vertrat die Meinung, Erich Honecker sei niemals ein Freund der Sowjetunion

der verschlossenen Mäuler, der stummen Zungen, der herabhängenden Schultern. Die Staatssicherheit erhielt den Auftrag, meine Beziehungen zur KPdSU aufmerksam zu beobachten. Ich merkte das an den kritischen Bemerkungen Erich Honeckers zu meinen ‚übermäßig leidenschaftlichen‘ Kontakten zu Leninograd, die angeblich meine Sicht auf die UdSSR und die Perestrojka vernebelten. Woher konnte er wissen, was ich wo gesagt hatte?“

Hans Modrow unterhielt gute Beziehungen zu den sowjetischen Genossen, was in der DDR-Führung keinen Gefallen fand. „Ich spürte“, erzählt er weiter, „dass ich beobachtet wurde, dass man

Das größte Geheimnis der DDR-Führung waren die vertraulichen Beziehungen zur Bundesrepublik

gewesen. Sein Verhalten gegenüber Leonid Breschnew und dessen Mitarbeitern sei völlig neutral gewesen. Sein Ziel sei gewesen, das Lebensniveau in der DDR mit Geld aus Westdeutschland zu verbessern.

Nach kritischen Bemerkungen von Falin über Honecker, die er im engsten Kreis der eigenen Leute gemacht hatte, wurde er selbst von den Geheimdiensten der DDR unter Beobachtung gestellt. Die sowjetischen Aufklärer warnten den Botschafter, er solle akkurater sein und nicht vergessen, dass er im Fadenkreuz der Beobachtung stehe. Moskau standen jedoch keine Mittel der Einflussnahme auf Berlin mehr zur Verfügung.

Im Juni 1987 kam der Chef der sowjetischen Aufklärung, Wladimir Krjutschkow, nach Dresden. Er interessierte sich für Hans Modrow, den Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung, einen aussichtsreichen Politiker, dem eine große Zukunft vorausgesagt wurde.

Hans Modrow erinnert sich: „Markus Wolf, der zu dieser Zeit seinen Dienst bei der Aufklärung bereits quittiert hatte, fragte mich, ob ich mich nicht mit Krjutschkow bei einem freundschaftlichen Abendessen treffen möchte. Ich war kein Dissident, kein Abtrünniger oder Abweichler. Mich empörte der zunehmende Formalismus, deprimierte die Atmosphäre der Unterwürfigkeit und das Propagandageschrei. Der Staat der hängenden Köpfe, der schweren Augenlider,

tende Leiter der Ostberliner Residentur des KGB, Oberst Iwan. Das MfS hatte in Berlin eine geschlossene Einkaufsmöglichkeit für die sowjetischen Tschekisten eingerichtet. Außerdem stellte die Wirtschaftsabteilung des MfS viele Frauen der sowjetischen Geheimdienstler ein, die ihren Verdienst und darüber hinaus Prämien in DDR-Mark erhielten und die Familien diese zusätzliche Einnahmequelle sehr zu schätzen wussten. Das brachte sie in Abhängigkeit von den deutschen Tschekisten.

„Besonders starker Beeinflussung waren unsere Verbindungsoffiziere im Mielke-Ministerium ausgesetzt. Sie wurden ständig zu Prestige-Veranstaltungen oder zur Jagd eingeladen, mit Privilegien ausgestattet und erhielten Geschenke zu den verschiedensten Anlässen“, erinnert sich Kusmin und setzt die Aufzählung fort: „Üppige Bewirtungen, Passierscheine in die Diplomaten-Klinik, Genehmigung zur Nutzung von MfS-Sonderflügen.“

Der Dienst in der DDR galt als angenehm und einträglich. Besonders wurden Dienststellungen geschätzt, die Besuche in Westberlin mit seinen Geschäften, Restaurants und Kinos erlaubten. Doch solche Glückspilze gab es nicht viele.

„Für die Mehrzahl der Sowjetbürger, die in der DDR arbeiteten, blieb Westberlin tabu, mit Ausnahme derjenigen, die beim Geheimdienst angestellt waren“, erinnert sich der Diplomat Juli Kwizinski, später Erster Stellvertreter des Außenministers der UdSSR. „Auch unseren Diplomaten, darunter selbst jenen, die in der Botschaft in der für Westberlin zuständigen Gruppe tätig waren, wurde nicht besonders gern die Genehmigung für Besuche in Westberlin erteilt. Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, Westberlin sei ein Spionagenest.“

Ein ehemaliger Chef der Auslandsaufklärung erzählt, dass jeder Besuch Mielkes in Moskau zu einem Ereignis wurde. Er reiste immer mit großen Vorräten an Wurst und Bier an und gab üppige Empfänge. Mielke liebte es, Auszeichnungen entgegenzunehmen. Diese kleine Schwäche wurde in Moskau goutiert – insgesamt erhielt er sechsmal den Lenin-Orden und einmal den Goldenen Stern eines Helden der Sowjetunion.

Der Minister hielt sich für den besten Freund der Sowjetunion, doch gegenüber den Mitarbeitern der KGB-Vertretung, besonders zu jenen, die kein Deutsch konnten, verhielt er sich gönnerhaft, mitunter auch geringschätzig. Mielke wurde gebeten, eine Rede vor einer großen Gruppe von Offizieren aus der Verwaltung der Sonderabteilungen (KGB-Abteilungen) der Gruppe der Streitkräfte sowie Vertretern der Spionageabwehr der Armee zu halten. Er redete

mit einer kleinen Unterbrechung drei Stunden lang und verfolgte aufmerksam die Reaktionen der Zuhörer. Als der Oberkommandierende der Streitkräftegruppe und der Chef der KGB-Vertretung ihn einluden, ein Gläschen zu trinken, bemerkte der Minister pikiert: „Ich denke, einige Ihrer Offiziere verstehen einfach nichts.“

Mielkes Philosophie war laut Markus Wolf, ehemals Chef der DDR-Aufklärung: „Die Staatssicherheit muss alles wissen, was im Land passiert, kein einziger Bereich, einschließlich Partei und deren Führungsorgane, verstand nicht ihrer Obhut“. Er installierte ein fast perfektes System der Überwachung des eigenen Volkes. Aber die Revolution im eigenen Land erkannte niemand. Die DDR verschwand innerhalb weniger Tage.

Das hatte gerade von der DDR niemand erwartet. Sie war der wirtschaftlich erfolgreichste sozialistische Staat. Die sowjetischen Führer reisten gern nach Ostdeutschland, um nach ihrer Rückkehr triumphierend ausrufen zu können: „So funktioniert das sozialistische Modell!“

Und plötzlich verschwand der sichtbare Beweis für die Richtigkeit der fortschrittlichen Ideen von der politischen Weltkarte. Das geschah nicht durch höhere Kräfte. Die Menschen wollten sich einfach nicht mehr mit den Lebensumständen abfinden, sie hatten genug vom sozialistischen Regime. Sie gingen auf die Straße und forderten Veränderungen und Freiheit.

Die deutschen Tschekisten hielten an der Überzeugung fest, es handle sich um feindliche Handstreich, bezahlte von den imperialistischen Geheimdiensten, und suchten nach ausländischen Agenten. Die Polizei und Mitarbeiter der Stasi in Zivil entrisen den Demonstranten Plakate, machten Jagd auf die Anführer.

Genauso beurteilten auch die sowjetischen Aufklärer in Ostberlin die Ereignisse. So wurde der 9. November vor 30 Jahren für sie zu einer großen Überraschung.

Als in Ostberlin die revolutionären Veränderungen begannen, stand Modrow an der Spitze der neuen DDR-Regierung. General Horst Böhm aber gelang es nicht, seine Stadt, Dresden, unter Kontrolle zu halten. Am 5. Dezember 1989 stürmten die Massen das Gebäude der Bezirksverwaltung der Stasi. Sie stießen auf keinen Widerstand. Ein Teil der Menge überquerte die Straße und versuchte, in das Gebäude einzudringen, in dem die sowjetischen Tschekisten residierten. Ein junger Offizier trat vor die Menge. Die Dresdener erinnern sich gut an seine Worte: „Versuchen Sie nicht hier einzudringen. Meine Genossen sind bewaffnet und haben das Recht, im äußersten Notfall die Waffe zu gebrauchen.“

Dieser junge Mann war Oberstleutnant Wladimir Putin, der zur damaligen Zeit in der Gruppe der sowjetischen Verbindungsoffiziere bei der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit diente. Die Menge stoppte. Danach schickte der Kommandeur der in der Nachbarschaft stationierten sowjetischen 1. Gardepanzerarmee Soldaten zum Schutz der KGB-Vertretung. Man kann annehmen, dass der zukünftige Präsident sich für immer an diesen Tag erinnern wird, an dem vor seinen Augen in wenigen Stunden ein scheinbar unerschütterliches politisches System zusammenbrach und ein ganzes Land von der Weltkarte verschwand.

Leonid Mletschin ist ein vielfach ausgezeichnete russischer Print- und Fernsehjournalist sowie Autor zahlreicher Bücher, darunter zeithistorische Werke und eine Breschnew-Biografie. Er lebt in Moskau.



„Und selbst im Kampf ergeben sich deine Lippen meinen nicht“, sang einst die Band Mia. Dmitri Vrubels Gemälde Leonid Breschnew und Erich Honecker auf dem ehemaligen „antifaschistischen Schutzwall“

Die Restauration des Kusses

Dmitri Vrubel über sein weltbekanntes Gemälde East-Side-Gallery-Gemälde, die neue Ostalgie und den Drang mancher Menschen, neue Mauern aufzubauen

VON ANDREI ARCHANGELSKI

Seit dreißig Jahren ist die Mauer weg, aber sie ist noch immer da. Viele Ostdeutsche denken voller Nostalgie an die DDR. Genau wie im heutigen Russland, wo sehr viele Menschen sich die UdSSR zurückwünschen. Damals schien alles evident, man glaubte, man müsse nichts erklären. Aber 30 Jahre später weiß man: Man muss den Menschen immer wieder erklären, was die Freiheit kostet.

Eine der wichtigsten „Erklärungen“ dieser Art ist die Arbeit des russischen Künstlers Dmitri Vrubel, die in Deutschland als „der Bruderkuß“ bekannt ist. Man sieht darauf den ehemaligen Generalsekretär der UdSSR Leonid Breschnew und den Staatsratsvorsitzenden der DDR Erich Honecker im Kuss vereint. Vrubel malte dieses Bild im April 1990 innerhalb von fünf Tagen auf ein erhalten gebliebenes Fragment der Berliner Mauer, heute bekannt als East Side Gallery. 2009 restaurierte er das Bild auf Bitten des Senats, desgleichen ein weiteres mit dem Titel „Danke Andrej Sacharow“.

Petersburger Dialog: Ihr Bild ist heute sehr symbolträchtig, man kann sehr vieles darin sehen: den Kuss der Partei, die Umarmung des Totalitarismus usw. Als Sie dieses Gemälde 1990 schufen, welche Philosophie, welcher Gedanke stand dahinter?

Dmitri Vrubel: Bis heute streiten sich vier Fotografen darum, die Vorlage für mein Bild geliefert zu haben. Aber für alle, die damals in der UdSSR lebten, waren diese Bruderküsse Routine, sie gehörten zum Leben. Und als man mir im April 1990 anbot, ein Bild auf die Berliner Mauer zu malen, da kam mir sofort dieses Motiv in den Kopf. Als ich damals die Mauer erstmals sah, gab es dort schon zehn oder 15 Arbeiten. Zwei davon fielen mir sofort auf. Auf der einen war ein Davidstern vor dem Hintergrund der DDR-Flagge abgebildet, das sah ziemlich cool aus; auf dem zweiten sah man Gorbatschow am Steuer eines Trabants und darunter die Zeile: „Gorbatschow, lass uns ans Ruder!“ Die anderen waren Arbeiten von Laien. Ein Bild ist ein Kommunikationsmittel, und im Grunde stand ich vor der gleichen Aufgabe, die ich einige Zeit vorher in Moskau zu bewältigen hatte. Aber dort kommunizierte ich durch meine Wohnungsausstellungen vor allem mit Kollegen, mit einem engen Kreis von Interessierten.

1987 beschwerte sich eine Nachbarin über mich, ich weiß nicht, vielleicht roch es ihr zu stark nach Farbe. Deshalb kamen zwei Damen von der Wohnungsverwaltung zu mir, um zu sehen, was ich da machte. Ich schauete sie an und denke: Ich könnte jetzt ein riesiges Theater machen, ich könnte ihnen aber auch meine Ausstellung zeigen. Also beschloss ich, ihnen meine Bilder zu zeigen. Als sie gingen, waren sie richtig ergriffen, und sie machten mir keinerlei Schwierigkeiten. Da begriff ich plötzlich, dass meine Bil-

der nicht nur einen engen Kreis von wenigen Menschen ansprechen, sondern alle. Als man mich nach Berlin einlud, spürte ich, dass es jetzt darum ging, die Deutschen anzusprechen. Dabei war mir schon klar, dass es ein Ost- und ein Westberlin gab, und dass die Menschen in beiden Teilen unterschiedlich waren. Was ich zu sagen hatte, sollten beide verstehen. Und natürlich musste eine russische Figur dabei sein.

Breschnew war zu dieser Zeit schon seit sieben Jahren tot, aber das schien niemanden zu irritieren. Alle verstanden anscheinend, dass es nicht um bestimmte Personen ging, sondern um Symbole. Stimmt das?

Vor fünf Jahren bin ich mal in Berlin mit der Straßenbahn gefahren, und da hörte ich ein Gespräch zweier junger Leute, die sagten: Wir müssen zur Berliner Mauer gehen und uns das Bild ansehen, auf dem Gorbatschow mit Kohl oder Kennedy knutscht. In gewisser Weise war Breschnew ein Symbol für alles Sowjetische, aber den Menschen war es offenbar nicht so wichtig, wer auf dem Bild zu sehen war. Heute bin ich selten an der Mauer, aber wenn ich hingehe, schaue ich mir immer die Menschen an. Und mir wird klar, dass für sie das Wichtigste an dem Bild ist, dass der Kuss echt ist, absolut aufrichtig, dass es nicht nur um Politik geht.

Das Politische daran ist die Berliner Mauer selbst. Sie ist ein für die heutige Jugend ganz unverständliches Bauwerk: ein Zaun, eine undurchdringliche Wand, in jedem Fall etwas nicht sehr Positives. Und dann ist da auf einmal etwas hundertprozentig Positives, und das wirkt dort meiner Meinung nach am stärksten. Wer die Menschen auf dem Bild sind, das ist nicht so wichtig.

Und wie hat Ihre Arbeit die Zeit zwischen 1990 und der Restauration 2009 überstanden?

Bis 2009, als dieser Abschnitt der Mauer zum Denkmal erklärt wurde, war ihr Status und auch der Status des Bilds völlig unklar. Vielleicht war die hauptsächliche Funktion im Endeffekt ja die, dass es sich zu einem Ort entwickelt hatte, an dem kollektive Emotionen zum Ausdruck kamen. Die Menschen haben natürlich ihre Namen darauf geschrieben, und nach 20 Jahren war meine Arbeit fast vollständig zugewickelt, in allen Sprachen der Welt. 2009 war von der Arbeit praktisch nichts mehr übrig, nur noch der Schriftzug oben drüber und ein wenig von Breschnews Haaren, weil die Leute nicht so hoch kamen. Aber immer noch ließen sich die Menschen vor dieser Arbeit fotografieren.

Ich begann mit der Restauration am gleichen Tag im April wie 1990. Aber ich kam vier Tage lang gar nicht zum Malen, weil ich ständig Interviews geben musste. Und als ich dann endlich anfing, packte mich ein Heiden-

schreck, weil ich nicht mehr wusste, wie ich es gemacht hatte; und weil es nicht so werden konnte wie damals, so wie alle um mich herum, die Journalisten, Berliner, Europäer, diese Arbeit in Erinnerung haben. Es war ja für viele Menschen Teil ihres Lebens geworden. Auch wenn es paradox erscheint, die Tatsache, dass ich in den 20 Jahren besser malen gelernt hatte, machte mir jetzt zusätzlich Probleme. Am fünften oder sechsten Tag, als ich merkte, dass ich es irgendwie hinkriege, schrieben fünf Zeitungen auf ihrer Titelseite, dass ich Berlin den Bruderkuss zurückgeben würde. Das nahm ich als ein gutes Zeichen.

Warum beschloss man, einen Teil der Berliner Mauer stehen zu lassen? Als Erbauung für spätere Generationen?

Die Erklärung ist viel nüchterner. Tatsächlich wäre beinahe die ganze Mauer abgerissen worden. Aber dann ist dieser Ort zu einem starken Anziehungspunkt für so viele Menschen geworden. Das lag daran, dass man Anfang der 1990er-Jahre in Ostberlin von extrem wenig Geld leben konnte. Dort entstanden Wohngemeinschaften, Häuser wurden besetzt, es gab unglaublich viele Hippies und Punks. Und dann waren da noch diese Ruinen der Berliner Mauer, das gab es sonst nirgendwo auf der Welt. Das alles zog Millionen von Touristen an. Geblieben ist von der Mauer eine Gedenkstätte, zu der die Touristen strömen, sie liegt in einem der zentralen Bezirke Berlins. Noch 1996 sollte das alles abgerissen werden, die Diskussion entbrannte noch einmal 2009. Schließlich brachte man 2 Millionen Euro für die Restauration zusammen und lud auch uns Künstler dazu ein.

Eine hohe Betonmauer, die das Volk trennt, das ist ein starkes Bild. Wenn man es aus der Perspektive der Kunst betrachtet – wie funktioniert das heute?

Viktoria Timofejewa und ich arbeiten seit drei Jahren an Virtual-Reality-Projekten. Mit speziellen VR-Headsets kann man gewissermaßen im Inneren eines Bilds herumreisen. Bei einer unserer Arbeiten bewegt sich der Betrachter auf dem Mauerstreifen, so wie er, sagen wir mal, im Jahr 1985 aussah. Es gibt die Option, zwischen den beiden Betonwänden entlangzugehen, wo früher nur die Wachposten patrouillierten. Das war ein seltsames Gefühl. Die Mauer war 3,60 Meter hoch. Wenn man auf dem eigentlich kahlen Grenzstreifen geht, also zwischen den beiden Mauern, sieht man im Prinzip überhaupt nichts von der Stadt. Man hat ein Gefühl, als ging man buchstäblich einen „Weg ins Nirgendwo“, und das über viele Kilometer. Nach einer gewissen Zeit wirst du ganz konfus, weil alles gleich ist und man absolut nicht versteht, wozu das alles da ist. Für einen Grenzposten war das vermutlich zweckmäßig. Aber wenn ein normaler Mensch dort landet, ist es praktisch reine

Kunst: die beiden Mauern, der Kontrollstreifen, Panzersperren und Stacheldraht. Das schafft ein merkwürdiges Gefühl. Kennen Sie den Film „Erinnerung an die Zukunft“, mit den Außerirdischen? Genau so ist es zwischen den Mauern. Es ist, als hätten Außerirdische die Mauer gebaut, und wir verstehen nicht wozu.

Ich finde diese punktierte Linie sehr beeindruckend, die durch die ganze Stadt verläuft, genau dort, wo sich früher die Mauer befand. Man stellt sich vor, dass vor etwa 30 Jahren Menschen beim Versuch, sie zu überwinden, ihr Leben verloren haben. Und jetzt macht man einen Schritt und befindet sich auf der anderen Seite, man bemerkt es gar nicht. Das ist eine unglaubliche Erfahrung.

In der Nähe unserer Wohnung gibt es zwei Fragmente der Mauer. Wenn ich früher meinen Sohn Artjom in die Schule brachte, gingen wir jeden Tag zur U-Bahn-Station Bernauer Straße; die war bis in die 1980er-Jahre zubetoniert, weil nebenan die Mauer verlief. Und ich erklärte Artjom, dass sich genau dort die Mauer befunden hatte. Wenn man dort stand, am Eingang zur U-Bahn, war man noch in Sicherheit, aber sobald man diese Linie überschritt, war man tot. Und er sprang mit seinen 13 Jahren über die Linie und sagte: „Jetzt lebe ich, und jetzt bin ich tot.“ Die abgerissene Mauer bleibt uns immer im Gedächtnis. Sie ist immer noch ein Teil des Lebens der heutigen Menschen.

Kann sie den Menschen eine Lehre sein, eine Mahnung?

Für uns nicht. Uns kann sie keine Lehre sein, wir haben sie ja nicht gebaut. Weder ich, noch Sie, noch die Deutschen aus meinem Bekanntenkreis. Aber die, die sie gebaut haben, und ihre Nachfolger, die haben zweifellos aus dieser Geschichte eine Lehre gezogen. Eine ganz praktische: Die Mauer muss nicht 3,60 Meter hoch sein, sondern mindestens 15 Meter, sonst erfüllt sie ihren Zweck nicht. In den 1970er-Jahren baute man in Westberlin ganz dicht an der Mauer ein Bürohochhaus des Axel-Springer-Verlags, wo die Bild-Zeitung erscheint. An der Fassade liefen nonstop Nachrichten aus aller Welt. Natürlich, damit die DDR-Bürger das lesen konnten. Daraufhin baute die Regierung der DDR gegenüber so etwas Ähnliches wie den Kalinin-Prospekt (Neuer Arbat) in Moskau, mit genau solchen Hochhäusern, damit die Menschen diese Nachrichten nicht sehen konnten. In diesen Hochhäusern wohnten Parteibonzen und bewährte Genossen, weil die Fenster ja direkt nach Westberlin blickten. Diese Wolkenkratzer waren bei der jugendlichen Schickeria Ostberlins sehr beliebt. Allein der Blick aus dem Fenster war natürlich eine tödliche Gefahr für den Sozialismus. Die Menschen, die heute noch immer Mauern bauen und diese Mauer natürlich gerne wieder aufbauen würden, gibt es nach wie

vor überall auf der Welt, nicht nur bei uns in Russland, sondern auch in China und in Nordkorea, und die werden natürlich die Fehler der „Erbauer des Sozialismus“ in der DDR berücksichtigen.

Das Paradoxe ist, dass es zwar die Mauer im buchstäblichen Sinne nicht mehr gibt, aber dafür existiert sie im Bewusstsein der Menschen, und diese Mauer ist viel stabiler. Es geht dabei nicht nur um die, die sich nostalgisch nach der UdSSR sehnen, sondern auch in Deutschland gibt es noch immer Menschen, die trotz allem, was man über den Totalitarismus weiß, gern in die Vergangenheit zurückkehren würden.

Gerade waren Wahlen in Brandenburg und Sachsen. Das ist die ehemalige DDR. Zweitstärkste Partei ist die AfD, eine rechtspopulistische Partei, die viele für nazistisch halten. Einige sagen, das hänge damit zusammen, dass in den Köpfen vieler Menschen immer noch die DDR stecke. Das ist wahr. Aber es gibt auch noch eine andere Wahrheit. Seit dem Mauerfall sind 30 Jahre vergangen. Wenn man sich eine Karte von Deutschland anschaut, auf der die Verwaltungen der größten deutschen Unternehmen verzeichnet sind, dann sieht man, dass sich 90 Prozent dieser Büros im Westen befinden. Der Osten ist leer. Sogar in Berlin, das doch eigentlich die Hauptstadt ist, hat fast jedes deutsche Unternehmen nur eine Niederlassung. Von Cottbus oder Frankfurt/Oder ganz zu schweigen. Das gleiche Bild ergibt sich, wenn man die Zahl der Fachkräfte im Osten und im Westen vergleicht. Eine große Zahl der DDR-Fachkräfte ging in den 1990er-Jahren in den Westen. Die Folge war, dass sich der Osten nicht so schnell entwickeln konnte. All das erzeugte bei den Menschen ein Gefühl der Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Zweitklassigkeit. Vier Millionen Wolgadeutsche konnten nach 1989 nach Westdeutschland ausreisen; als die ersten Flugzeuge und Züge aus Omsk/Sibirien, Kasachstan und Kirgisien ankamen, war das für diese Menschen eine gewaltige Erschütterung. In der UdSSR hatte man 60 Rubel Rente, dort gab es 200 Mark. Wohnung und medizinische Versorgung wurden bezahlt. Damals in den 1990er-Jahren war das für sie ein Glück. Dreißig Jahre später sollten sie genauso deutsch sein wie alle anderen. Aber für die 700 000 Rentner aus der ehemaligen UdSSR liegt das Rentenniveau laut Statistik 30 Prozent niedriger als bei den in Deutschland Geborenen. Das ganze Pathos, das mit dem Erwerb der Freiheit zusammenhing, wurde bei vielen Menschen unter der Last der alltäglichen Sorgen und Enttäuschungen begraben, die sich in diesen drei Jahrzehnten angesammelt hatten. Das muss man auch berücksichtigen.

Andrei Archangelski ist Kulturredakteur der Zeitschrift Ogonjok.

„Es ist fatal, Kultur für politische Zwecke zu instrumentalisieren“

Heike Uhlig, Leiterin des Goethe-Instituts Moskau und der Region Osteuropa und Zentralasien über die anhaltende Nachfrage nach Deutschkursen und die Verunsicherung vieler Partner wegen des Gesetzes über „ausländische Agenten“

Das Goethe-Institut ist in Russland eine bekannte Marke. Aber nicht alle wissen, was genau Sie tun. Was also tun Sie?

Das Goethe-Institut ist das Deutsche Kulturinstitut. Die drei Säulen unserer Arbeit sind Sprache, Kultur, Deutschland. Zum einen vermitteln wir in Sprachkursen die deutsche Sprache und unterstützen das Lernen und Lehren von Deutsch an den Schulen in Russland. Zum zweiten fördern wir die internationale kulturelle Zusammenarbeit. Und drittens informieren wir über Deutschland, indem wir beispielsweise Literaturübersetzungen fördern und Bibliotheken mit Medien ausstatten; so wird ein vielseitiges und modernes Deutschlandbild vermittelt.

Diese drei Richtungen kann man nicht voneinander trennen, die Grenzen sind fließend. Wer sich für deutschen Film interessiert, kommt vielleicht irgendwann als Sprachkursteilnehmer ins Haus. Umgekehrt öffnet das Erlernen der Sprache den Weg zu Kultur und Literatur und zum Verständnis des anderen Landes.

Wer ist Ihre Zielgruppe in Russland, wer lernt Deutsch?

Auf Grundlage von Statistiken des Bildungsministeriums und unseren Erfahrungen und Schätzungen haben wir herausgefunden, lernen etwa 1,8 Millionen Russinnen und Russen Deutsch. Die Mehrheit von ihnen lernt an den Schulen Deutsch als Erst- oder Zweitfremdsprache. Das sind etwa 1,3 Millionen. An unseren Instituten hatten wir im vergangenen Jahr zirka 6000 Sprachkursteilnehmer. Das sind vor allem junge Erwachsene zwischen 18 und 35 Jahren, aber auch viele Kinder und Jugendliche, die beispielsweise unsere Sprach-Camps während der Ferien besuchen.

Sie haben auch selbst Russisch gelernt und in den 1980er-Jahren Slawistik in Potsdam und Rostow-am-Don studiert. Muss eine Institutsleiterin in Russland Russisch sprechen können?

Es ist keine Bedingung. Institutsleiterinnen und -leiter wechseln alle fünf bis sechs Jahre den Ort. Man müsste ein Sprachgenie sein, um immer wieder eine neue Sprache lernen zu können. Aber wenn man die Sprache des Landes spricht, fühlt man sich im Alltag ganz anders und kann mit Partnern anders sprechen.

Wir reden gerade Deutsch, sprechen Sie mit Ihren russischen Partnern oft Russisch?

Meistens ja. Oft spricht der Partner Russisch, ich spreche Deutsch, und man versteht sich trotzdem. Aber wenn es um Feinheiten geht, ist ein Dolmetscher doch hilfreich.

Ende 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre haben Sie bereits in Moskau gearbeitet. Jetzt sind Sie wieder da. Was hat sich verändert?

Erstmals in Moskau war ich 1981. Russland und Moskau haben sich seither enorm verändert. Ich glaube, dass viele Deutsche, die nach Russland kommen, überrascht sind, weil sie noch eine ganz andere Vorstellung haben. Besonders aufgefallen ist mir, dass die Leute freundli-

cher geworden sind und rücksichtsvoller miteinander umgehen. Ein Lächeln wird erwidert, auch in öffentlichen Verkehrsmitteln, in der Metro. Besonders wo junge Leute arbeiten – in Museen, Cafés, Geschäften – hat sich die Atmosphäre verändert. Man hat das Gefühl, willkommen zu sein und viele sprechen auch Englisch und manchmal Deutsch.

Auch außerhalb von Moskau?

Bisher war ich in unseren Instituten in St. Petersburg und Nowosibirsk, außerdem in Perm, Jekaterinburg, Smolensk. Kleinere Städte, die in Russland oft Millionenstädte sind, haben eine andere Atmosphäre als die Hauptstadt, sie sind ruhiger und nicht so hektisch. Wir haben in den Regionen neben unseren Instituten seit den 1990er-Jahren ein Partnernetzwerk aufgebaut. Es gibt 20 Sprachlernzentren, 16 Lesesäle sowie zahlreiche Kulturgesellschaften und Kontaktstellen, mit denen wir eng zusammenarbeiten.

Kürzlich teilte mir ein russischer Beamter mit, dass Partner aus den russischen Regionen für die Teilnahme an einer Konferenz von Partnerstädten in diesem Sommer in Deutschland für alle Fälle die Genehmigung des Kulturministeriums beantragt hatten. Sind Sie in den Regionen auf ähnliche Ängste gestoßen? Die Nachfrage nach Deutschkursen ist ungebrochen. Viele lernen Deutsch, wollen eine Prüfung ablegen, aus beruflichen Gründen oder für ein Studium in Deutschland. Unser Partnernetzwerk ermöglicht gemeinsame

Programme und Projekte. Wir spüren immer wieder eine große Offenheit und einen großen Wunsch nach Austausch von Erfahrungen.

Aber?

Aber wir spüren natürlich auch, dass viele Partner verunsichert sind. Seit 2012 gibt es in Russland ein Gesetz, wonach sich Organisationen als „ausländische Agenten“ registrieren müssen, wenn sie Geld von ausländischen Partnern erhalten. Das schafft Verunsicherung, die man in den Gesprächen spürt, die aber bisher unsere Arbeit nicht beeinflusst hat.

Im August 2018 sagte Ihr Präsident, Klaus-Dieter Lehmann, dass das Goethe-Institut und seine Partner in Russland, China und der Türkei unter Druck stünden. Betrifft der Druck in Russland Sie selbst oder mehr Ihre Partner?

Genau so hat es Klaus-Dieter Lehmann beschrieben: Unsere Partner sind verunsichert über die Gesetzeslage.

Wie sehen Sie Ihre Rolle als Institut bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Russland und Deutschland, Russland und Europa?

Als deutsches Kulturinstitut sind wir der internationalen kulturellen Zusammenarbeit und der Völkerverständigung verpflichtet. Das Goethe-Institut ist ein gemeinnütziger Verein und in seinem Programm und Engagement ein unabhängiger Akteur der Zivilgesellschaft. Wir orientieren uns also nicht am tagespolitischen Geschehen; das ist

Aufgabe der Politiker und der Botschaft. Die deutsche Geschichte hat gezeigt, wie fatal es ist, Kultur für politische Zwecke zu instrumentalisieren.

Unser Bestreben sind gemeinsame Projekte. Beim Austausch und Kennenlernen und bei der langfristigen Zusammenarbeit entsteht Vertrauen. Dank langjähriger Beziehungen kann man auch schwierige Zeiten überstehen und versuchen, die andere Seite zu verstehen und Kompromisse zu finden. Das heißt nicht, dass man immer einer Meinung sein muss, aber man lernt vielleicht, warum die andere Seite eine andere Meinung vertritt.

In Russland wird derzeit über die Geschichte diskutiert, auch über die deutsch-sowjetische. Deutschland hat eigene Erfahrungen im Umgang mit seiner zum Teil schwierigen Vergangenheit. Darf man historische Erinnerungen immer wieder neu betrachten und bewerten?

Es ist wichtig, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen, über Ereignisse und ihre Ursachen zu sprechen, darüber, wie Entscheidungen getroffen worden sind. Es ist wichtig, dass wir uns mit der Geschichte der eigenen Familie auseinandersetzen und mit der Geschichte des eigenen Landes – auf Grundlage von Dokumenten und möglichst vielen Quellen. Und natürlich entwickelt sich die Wahrnehmung der Geschichte im Laufe der Zeit. Deutschland hat tatsächlich in dieser Frage viel geleistet, auch heute noch. Das ist anstrengende Arbeit. Da ist uns sicherlich etwas gelungen – wenn auch nicht ganz freiwillig, da wir gezwungen worden sind, uns mit diesem Thema und unserer Verantwortung auseinanderzusetzen.

Im Institut haben wir in diesem Jahr ein sehr wichtiges Projekt entwickelt, gemeinsam mit dem Verein Bessmertnyj Polk (Unsterbliches Regiment) in Perm und mit dem Historiker Karl-Heinz Ziessow aus Niedersachsen. Es geht um Kriegsgefangene. Weil die Archive zugänglicher geworden sind, konnten wir die Ausstellung

„Erinnerungsbrücke: Rückkehr nach Hause“ erstellen. Sie zeigt das Schicksal von Kriegsgefangenen aus der Permer Region und was es für ihre Familien bedeutete, dass die Männer plötzlich verschwunden waren und viele nicht zurückgekommen sind.

Die Ausstellung wurde zunächst in Perm gezeigt und ist dann durch die Region gewandert. Bei der Eröffnung war ich sehr berührt über die vielen Besucher. Einige hatten Fotos von ihren Angehörigen und Dokumente bei sich. Sie wollten wissen, wie sie mehr über das Schicksal ihrer Väter und Großväter erfahren können. Das wird nicht das letzte derartige Projekt sein. Wir alle haben eine große Verantwortung dafür, die Erinnerung wach zu halten. Ohne Erinnerungen, ohne Nachfragen über das Vergangene, können wir keine Zukunft gestalten.

Die Fragen stellte Galina Dudina,
Reporterin bei Kommersant.

qd



Heike Uhlig

Petersburger Dialog: Hatten Sie den Übergang zu einer diplomatischen Karriere und insbesondere die Ernennung zum Botschafter in Russland erwartet?

Géza Andreas von Geyr: Ich freue mich sehr über den Posten des Deutschen Botschafters in Russland – und ja, ich gehe auch mit einer Portion Respekt daran, denn „Moskau“ gehört ganz gewiss zu den bedeutendsten Aufgaben, die die deutsche Diplomatie zu vergeben hat. Als ich in der Diplomatenschule angefangen habe, konnte ich meinen Weg, so wie er sich dann ergeben hat, bestimmt nicht erwarten. Ich bin all denen dankbar, die mich auf ganz unterschiedlichen Posten klug und geduldig gefördert haben und auch für das Glück, das ich immer wieder hatte – ganz ohne geht es nicht.

Ist in der Tatsache, dass Deutschland den ehemaligen Abteilungsleiter für Politik im Bundesverteidigungsministerium als Botschafter nach Moskau schickt, ein bestimmtes Signal zu sehen?

Mein Rang im Verteidigungsressort war nicht ganz vergleichbar – aber zu Ihrer Frage: Zumindest schaden Erfahrungen in der Breite der Sicherheitspolitik dem Botschafter in Moskau angesichts der Weltlage ganz gewiss nicht.

Womit begann Ihre Erkundung Russlands? Was möchten Sie gerne sehen, wen möchten Sie in erster Linie kennenlernen?

Das Land ist groß und enorm vielfältig: seine Geschichte, seine Kultur, seine Natur. Es ist vom ersten Tag an faszinierend zu sehen, wie die Menschen damit umgehen, mit den Fragen der gesellschaftlichen Realitäten und mit den großen Zukunftsfragen. Letztere betreffen uns ja über die Grenzen hinweg in ähnlicher Weise. Ich habe mir vor-

genommen, dies zu erfahren und zu verstehen, in Moskau und auf Reisen im Land, in gewichtigen Gesprächsrunden und in Begegnungen des täglichen Lebens.

Sie sind sicherlich mit der Thematik der Teilnahme Deutschlands an den vierseitigen Verhandlungen bezüglich der Ukraine im Normandie-Format vertraut. Wie schätzen Sie die gegenwärtige Situation ein? Welche nächsten Schritte sehen Sie?

Der Konflikt im Donbass ist im fünften Jahr und fordert immer noch täglich viele Opfer. Die leidgeprüfte Bevölkerung sehnt sich nach einem Ende dieser physischen und psychischen Lasten. Deutschland ist zusammen mit Frankreich nach Kräften bemüht, Wege zu einer Beruhigung und Lösung der Lage aufzuzeigen, vor allem im Format der N4, also mit Russland und der Ukraine. Nach langer und frustrierender Stagnation hat sich gegenwärtig, nach den Wahlen in der Ukraine, ein Momentum aufgetan, eine Chance, die gemeinsam ergriffen

werden sollte. Beide Seiten, Russland wie die Ukraine, versichern uns, eine Lösung auf Basis der Minsker Vereinbarungen zu wollen. Dies versuchen wir jetzt in sehr präzisen, detaillierten und ineinandergreifenden Arbeitsschritten voranzubringen, wie sie die Trilaterale Kontaktgruppe am 1. Oktober mit der Verschriftlichung der „Steinmeier-Formel“ beschlossen hat. Ein Gipfeltreffen sollte möglichst bald das Erreichte fixieren und Wegmarken und Ziele für weitere Schritte zur Umsetzung von Minsk vereinbaren.

Nach meiner Einschätzung kann dies gelingen, wenn alle den Fortschritt im Konkreten wollen und sich gegenseitig ein Minimum an politischem Vertrauen zu geben bereit sind. Eine gute Zukunft für die betroffenen Menschen verlangt die gleichzeitige und gemeinsame Investition von politischem Kapital aller Seiten.

Vor einigen Tagen haben Sie in Krasnodar an einer Sitzung des Lenkungsausschusses des Gesprächs-

Erstaunt von der Vielfalt Moskaus

Sein erstes Interview als deutscher Botschafter in Moskau gab Géza Andreas von Geyr dem Petersburger Dialog. Der Chef einer der größten diplomatischen Vertretungen in Russland antwortete auf Fragen von Viktor Loschak

forums „Petersburger Dialog“ teilgenommen. Wie beurteilen Sie die Situation in diesem größten gesellschaftlichen deutsch-russischen Forum? Was sollte, mit Ihrem frischen Blick betrachtet, dort geändert oder verbessert werden?

Ich habe mich sehr gefreut, dass ich als Gast an der erweiterten Vorstandssitzung teilnehmen durfte. Nach allem, was ich auch vom Treffen des Dialogplenums im vergangenen Sommer in Königswinter höre, ist die Stimmung wieder zuversichtlicher als in den vergangenen Jahren.

Ich kann dies nur begrüßen, denn im Miteinander der Zivilgesellschaften schlägt doch letztlich der Puls der Beziehungen zwischen unseren Ländern – und die grundsätzliche Sympathie der Menschen in Deutschland und Russland füreinander, die ist doch enorm groß, ja oft geradezu bewegend. Darauf baut der „Petersburger Dialog“ ja, in seiner Beschaffenheit, mit seinen Projekten und auch mit Anpassungsfähigkeit. Es wird ja bereits überlegt, wie beispielsweise die jüngere Generation, die schließlich unsere Zukunft ist, sich noch stärker einbringen kann. Ich vermute, wir Älteren wären überrascht zu sehen, wie nahe sich junge Menschen in Deutschland und Russland heute sind, in ihren Vorlieben, ihren Zielen, in ihrer Lebensgestaltung, in ihren Sorgen und Sehnsüchten. Dies ist ein wichtiger Teil unserer zivilgesellschaftlichen Realität, Dialog kann unsere Erfahrungen und unser gegenseitiges Verständnis nur bereichern.

Hat Deutschland schon Pläne zur Beteiligung an den russischen Feierlichkeiten anlässlich des 75. Jahrestages des Endes des 2. Weltkriegs?

Der Jahrestag des Kriegsendes wird das Jahr 2020 in Russland prägen und wir sind uns der Würde des Gedankens sehr bewusst. Wie genau Deutschland bei den

Die Nichtzulassung fast aller Oppositionskandidaten zur Wahl der Moskauer Stadtduma führte in der russischen Hauptstadt im August zu Massenprotesten. Tausende Menschen nahmen an genehmigten und nicht genehmigten Aktionen auf dem Sacharow-Prospekt, dem Twerskaja-Platz, dem Boulevardring und anderen Moskauer Straßen teil. Die meisten der nichtgenehmigten Versammlungen endeten mit Massenverhaftungen, Hunderte von Demonstranten wurden in die umliegenden Polizeireviere verbracht. In den meisten Fällen wurde eine mehrtägige Ordnungshaft verhängt.

Ziemlich schnell nahmen die Proteste internationale Dimensionen an. Marija Sacharowa, Leiterin der Abteilung für Information und Presse des Außenministeriums der Russischen Föderation, warf dem Botschafter der USA und der Deutschen Welle (DW) Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands vor. Später wurden gleichlautende Vorwürfe in der Staatsduma und im Föderationsrat wiederholt.

Anlass waren Berichte in den sozialen Medien, die zur Teilnahme an ungenehmigten Aktionen aufriefen und Informationen über Zeit und Ort der Aktionen verbreiteten. Bei der DW ging es um einen Tweet.

Beate Grzeski, ständige Vertreterin des deutschen Botschafters, wurde zu einem Gespräch ins Innenministerium bestellt. Die Duma setzte eine Kommission zur Klärung der ausländischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands ein.

Die Reaktion der russischen Regierung ist erklärbar. Die DW hat, noch aus sowjetischen Zeiten, in Russland eine zwiespältige Reputation. Wie auch Voice of America und BBC betrachtete die sowjetische Regierung sie als „Stimme des Feindes“ und schränkte ihre Sendungen auf dem Gebiet der UdSSR ein.

Für den Kreml ist die DW kein gewöhnliches deutsches Medienunternehmen, wie etwa *Der Spiegel* oder die *Süddeutsche Zeitung*. Die Sendeanstalt finanziert sich aus staatlichen Mitteln und untersteht der Rechtsaufsicht durch die Bundesregierung. All das bewirkt, dass russische Beamte die Publikationen des Senders als so etwas wie offizielle Verlautbarungen aus Berlin missverstehen oder gar als mehr oder weniger Propaganda der deutschen Regierung. Darauf reagieren sie sehr emotional.

Vor einem Jahr war die DW schon einmal unter den kritischen Beschluss von Sacharowa geraten. Damals ging es um die Ankündigung eines Interviews mit Natalia Kaplan, einer Cousine des Filmregisseurs und Regimekritikers Oleg Senzow. Sie sah darin einen Affront gegenüber der russischen Regierung. Der Föderationsrat wollte daraufhin die Tätigkeit der DW auf Übereinstimmung mit den russischen Gesetzen überprüfen und ihr im Fall eines Verstoßes die Sendelizenz entziehen. Da die DW ihre Arbeit fortsetzen konnte, hat sich offenbar nichts Gesetzwidriges feststellen lassen, oder die angekündigte Überprüfung hat gar nicht stattgefunden.

Sind die Befürchtungen von russischer Seite gerechtfertigt? Die Epoche des Informationskriegs hat einen spezifischen Wettbewerb der Festungen und Belagerungswaffen ausgebildet. Russland ist sicher nicht der einzige Staat, der versucht, sich gegen Aggressionen im Medienbereich zu schützen. Aber wer Schutzwände errichtet, lässt sich

womöglich dazu hinreißen, gleich auch noch die Tore zuzumauern.

Man kann nicht behaupten, dass die DW in Russland ein besonders populäres Medium wäre, nicht einmal unter den Anhängern der Opposition. Gerade für die jüngeren unter ihnen ist die DW ein Relikt aus der Epoche des Kalten Kriegs und der Dissidentenbewegung. Ihr Twitter-Account (der speziell im Fokus der russischen Regierung steht) zählt 186 000 Follower. Zum Vergleich: Der Account von „Radio Swoboda/ Radio Free Europe/ Radio Liberty“ hat 298 000 Follower, der Account des russischen Ersten Kanals mehr als 3 Millionen, der von Russia Today in russischer Sprache 859 000.

Es trifft zu, dass die DW über die Aktionen der außerparlamentarischen Opposition berichtet, aber sie enthält sich in der Regel der direkten Unterstützung. Auf Alexei Nawalys Internetseite konnte man nur einen einzigen Link zu den Publikationen der DW finden. In seinen Tweets während der ersten Augusthäft-

te, der aktivsten Zeit der Proteste, setzte der Oppositionspolitiker insgesamt nur drei Reposts von Publikationen der DW.

Die Anhänger der russischen Opposition haben wenig Vertrauen in die staatlichen Medien. Trotzdem sind nur wenige von ihnen bereit, den Empfehlungen der ausländischen Medien ohne weiteres zu folgen, und schon gar nicht werden sie, nur auf einen Aufruf in den sozialen Medien hin, eine ungenehmigte Protestaktion aufsuchen.

Die eigentliche Mobilisierungskraft haben die persönlichen Tweets der Aktivisten und prominenten Persönlichkeiten, die Positionierungen der Meinungsführer, die Internetcommunities und Internetseiten. Auch wenn die Demonstranten vielleicht auf eine gewisse Unterstützung aus dem Ausland hoffen, von den ausländischen Medien mit ihrer festen redaktionellen Politik und ihrer relativ geringen Popularität erwarten sie das zuletzt.

Die harte Reaktion der russischen Regierung scheint ein wenig überzogen.

Es hat ohne Zweifel seine Berechtigung, die moderne Informationssphäre als Kampfarena des „neuen Kalten Kriegs“ zu betrachten. Die Schwierigkeiten, mit denen die Mediengruppe Russia Today in Deutschland konfrontiert ist, bezeugt, dass der Westen nicht immer offen ist für die unbegrenzte Informationsfreiheit.

Doch die Politik der radikalen Maßnahmen ist selten effektiv. Die kasernenhafte Sauberkeit des medialen Raums ist genauso bedenklich wie unbegrenzte Freizügigkeit. Unter den Bedingungen völliger Informationssterilität kann sich keine Immunität gegenüber Provokationen herausbilden. Wenn die Bürger bereit wären, ihre Regierung zu stürzen, nur weil ein Tweet einer internationalen Mediengesellschaft sie dazu aufruft, wäre das ein Symptom für ernsthafte Probleme nicht in den Medien selbst, sondern in der Gesellschaft und im Staat.

Die Erfahrungen der Sowjetunion im Umgang mit der DW und anderen „feindlichen Stimmen“ kann man kaum erfolgreich nennen. Die gesetzliche und

technische Einschränkung der Radiosendungen hatte den Effekt der verbotenen Früchte und steigerte automatisch deren Wertigkeit. Die Sendungen der DW fanden schließlich doch ihre Hörer, die der Zugang zu verbotenen Wahrheiten lockte. In Krisensituationen wie dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan und der Katastrophe in Tschernobyl wurde die Wahrnehmung der offiziellen Position der sowjetischen Regierung im Landesinneren durch die Informationen der ausländischen Sendeanstalten relativiert.

Die Einschränkung der Sendetätigkeit oder die Blockierung der Internetseiten der DW auf russischem Territorium ist als Maßnahme zum Schutz des Informationsraums illusorisch. Derartige Methoden laufen das Risiko, die Mediensphäre zu neuer, noch schärferer Auflehnung zu provozieren.

Mit der Einbestellung der deutschen Botschaftsvertreterin in das russische Innenministerium betrachtete man dort diesen Fall als erledigt. Die DW behält ihre Politik bei und stabilisierte ihre Stammhörerschaft. Dieser Status quo ist für alle bequem.

Es klingt vielleicht naiv, aber das beste Mittel, sich gegen Informationsattacken zu schützen, ist, keine Gründe dafür zu geben. Das gewaltsame Auflösen von Demonstrationen liefert nur das klassische Bild eines Staats, der seine Bürger autoritär unterdrückt.

Es stellt sich die Frage: Wenn es zu solchen Extremreaktionen schon in Zusammenhang mit der politisch nicht allzu bedeutsamen Moskauer Duma geht, wie wird man dann erst bei den nächsten Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen vorgehen?

Währenddessen kann die moderne Mediensphäre Anlässe für Informationsattacken auch auf höchst schwankendem Boden generieren. Bedauerlicherweise verhalten sich russische und westliche Medien, wenn sie mit Provokationen zu tun haben, in den meisten Fällen eher wie prinzipielle Gegner denn als Kollegen. Bis zur weihnachtlichen Waffenruhe oder gar einer Verbrüderung an der Informationsfront ist es noch sehr weit.

Artem Sokolov
ist Dozent am Staatlichen Moskauer
Institut für Internationale Beziehungen
(MGIMO).

□□



Marija Sacharowa

Nicht genehme Aktionen

Die Deutsche Welle ist wieder einmal in Verdacht geraten, sich in innere Angelegenheiten Russlands einzumischen. Der Beitrag von Artem Sokolov zeigt, wie schmal der Grat geworden ist, auf dem sich unabhängige Berichterstattung dort bewegen muss



Manhattan oder Moskau? Die neue City am linken Moskwa-Ufer

Feierlichkeiten vertreten sein wird, kann ich im Moment noch nicht sagen. Auch bei uns in Deutschland wird 2020 vielerorts an die Opfer und das unermessliche Leid des Kriegs und des menschlichen Abgrunds der Shoa gedacht werden, dies mit der Bereitschaft zur historischen Verantwortung, tiefer Dankbarkeit für Aussöhnung und dem festen Willen zu einem friedlichen Europa.

Das Interview erscheint in der Ausgabe unserer Zeitung, die dem 30. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer gewidmet sein wird. Welche persönlichen Erinnerungen haben Sie an dieses Ereignis? Meinen Sie, eine imaginäre Mauer gibt es heute nicht mehr?

Wie bestimmt so gut wie jeder meiner Generation habe ich in den damaligen Tagen kaum glauben können, was in den Monaten und Wochen vor dem tatsächlichen Fall der Mauer europaweit geschah: Die gewaltsame Teilung meines Landes, meiner Hauptstadt, ja meines Kontinents schien unauf löslich, so widernatürlich sie auch war. Ich bewunderte die mutigen Menschen in Polen, Ungarn, in den Baltischen Staaten und an vielen anderen Orten, deren Klugheit, Beharrlichkeit und Unbeugsamkeit den Weg dazu bereitet haben. Zwar schien dies immer näher zu kommen, zugleich schien es aber unmöglich, dass es unblutig Realität würde. Den Moment der Freude, als sich die Menschen an der Mauer in den Armen lagen, habe ich in München erlebt, es war überwältigend, unvergesslich und prägend. Übrigens war auch damals allen klar, dass Deutschland diesen Glücksmoment seiner Geschichte dank unserer Nachbarn, Freunde und Verbündeten hat erleben dürfen – und auch dank der Sowjetunion, die darauf verzichtet hat, einzugreifen.

Die Mauer von damals ist weg, im Grunde auch die in den Köpfen, denn heute stellen sich Fragen der inneren Entwicklung Deutschlands doch ganz anders im Lichte neuer

Umstände, beispielsweise der vielfältigen Effekte unserer globalisierten Wirtschaft.

Ihre Residenz in der ulitsa Povarskaya wird bekanntlich renoviert. Wo wohnen Sie jetzt in Moskau oder wo möchten Sie wohnen?

Die Deutsche Residenz, in der ich wohne, ist ein wunderschönes Gebäude, das demnächst saniert werden muss, damit es uns viele weitere Jahrzehnte erhalten bleiben kann. Wenn es soweit ist, werde ich in eine andere, zeitweilige Residenz in der Nähe ausweichen, die bestimmt ebenfalls eine Atmosphäre ausstrahlen wird, die den deutsch-russischen Begegnungen in Moskau gerecht wird. Meine Familie kommt mich hoffentlich oft besuchen – hier wie dort.

Was hat Sie besonders erstaunt, als Sie Ihre Arbeit in Russland aufgenommen haben, und was hat Sie am stärksten beeindruckt, erfreut oder vielleicht auch betrubt?

Ich bin an den Wochenenden viele Stunden zu Fuß durch die Stadt gegangen, durch viele ganz unterschiedliche Viertel. Moskau bietet eine faszinierende Vielfalt an Eindrücken!

Wenn Sie später einmal zurückblicken, was würden Sie als würdiges Ergebnis Ihrer Moskauer Mission bezeichnen?

Was ich gerne sehen würde, hängt weniger vom Erfolg eines Botschafters als von einem Ziel ab, das ich auch als Europäer mit einer guten Zukunft verbinde: dass die Umstände so werden, dass die deutsch-russischen Beziehungen ihr volles Potenzial entfalten können.

□□



Homecoming: Alexandra Rojkov bei ihrem Besuch im Wohnheim bei Ludwigsburg

Das Gelände war so schäbig, dass wir erschrecken, als wir es sahen. Ein spitzer Metallzaun, dahinter flache Gebäude, mehr grau als weiß. Im Innenhof stapelte sich Müll, dunkelhäutige Männer stritten in einer Sprache, die wir nicht kannten. Einige der Männer kamen näher und sahen uns an. Sie waren Flüchtlinge. Genau wie wir.

Der Plattenbau hinter dem Zaun war unser erstes Zuhause in Deutschland. Eine eingezäunte Baracke auf freiem Feld, Hunderte Meter von Wohnhaus entfernt. 300 Schutzsuchende aus 15 Ländern lebten damals auf dem Gelände. Darunter wir: meine Mutter, mein Vater, mein Zwillingbruder und ich. Ich war vier Jahre alt.

Deutschland hatte Anfang der 1990er-Jahre zugesagt, ein Kontingent russischer Juden aufzunehmen, um sie vor der Diskriminierung in der Sowjetunion zu schützen. Im Frühjahr 1992 reisten wir nach Deutschland, mit einem Visum und dem Versprechen auf humanitären Schutz.

Unser Wohnheim lag in Baden-Württemberg, am Rande von Ludwigsburg, einer Kleinstadt mit drei Barockschlossern und einer Arbeitslosigkeit unter Bundesdurchschnitt. Wir, die jüdischen Kontingentflüchtlinge, nannten unser Wohnheim nur „das Lager“.

Mehr als ein Jahr lang lebten wir dort. Dann fanden wir eine Wohnung und zogen aus. Wir lernten die Sprache, meine Eltern fanden Arbeit. Mein Bruder und ich wechselten aufs Gymnasium, später an die Universität. Er studiert heute Informatik, ich bin Journalistin geworden.

Wer uns auf der Straße trifft, könnte nicht erraten, dass wir Flüchtlinge waren. Wir sind so deutsch geworden, dass ich es selbst lange Zeit vergessen hatte – bis zum Herbst 2015.

Seit Jahren sind Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Sie ziehen von Syrien in den Libanon und in die Türkei, von Nigeria nach Libyen und weiter nach Italien. Die meisten Deutschen wissen das. Doch 2015 spürten sie es zum ersten Mal.

Zu dieser Zeit wohnte ich in einer Berliner Altbauwohnung und verfolgte die Nachrichten. Ich sah, wie München die Flüchtlinge mit Applaus empfing: Deutschland schien hilfsbereit und hoffnungsvoll. Doch je mehr Flüchtlinge ankamen, desto leiser wurden die Willkommensgrüße. Selbst meine Freunde, tolerante, weltoffene Menschen, bekamen Angst. „Diese Menschen sind ganz anders als wir“, sagte einer. „Werden wir sie jemals integrieren können? Schaffen wir das?“

In jenen Tagen erinnerte ich mich an unsere Zeit im Asylbewerberheim. Fast alle Migranten, die in der Bundesrepublik um Asyl ersuchen, leben zunächst in einem solchen Haus. Das war 1992 so, und so ist es noch heute. Die Wohnheime sind Transitstationen. Sie sind der letzte Ort, an dem man noch ganz Sudanese sein darf oder Iraker, Russe oder Kosovare. Ist der Asylantrag bewilligt, kann man ausziehen. Man betritt seine Unterkunft als Flüchtling – und verlässt sie als Quer-einsteiger in die deutsche Gesellschaft.

Als wir 1992 nach Deutschland kamen, wollte uns zunächst kein Kindergarten aufnehmen. Also saßen mein Bruder und ich zu Hause und beobachteten die anderen Bewohner. Besonders gut erinnere ich mich an die Schwarzafrikaner. Jeden Tag hockten sie im Kreis auf dem Boden der Gemeinschaftsküche und reichten einen Topf umher. Sie aßen mit der Hand und brüllten einander an. Wir fürchteten uns vor ihnen.

Eigentlich fürchteten wir uns vor allen Bewohnern. Vor den Albanern, weil sie so laut lachten, vor den Rumänen, weil sie sich nachts im Hof mit Eisenstöcken prügelten. Es gab noch Kongolesen und Syrer, Tamilen und Libanesen. Es gab Kroaten und Kurden, Bosnier und Ukrainer. Wir hatten nichts gemeinsam, außer der Adresse, die uns fremde Sachbearbeiter zugewiesen hatten. Und einer diffusen Hoffnung auf Frieden und Wohlstand, auf Sicherheit und Glück. Genau wie die Flüchtlinge heute.

Meine Eltern wuchsen in der Sowjetunion auf, wo der Mangel so groß war, dass man stundenlang anstehen musste für einen Liter Milch. Die politische Lage war instabil, das Land stand zeitweise am Rande eines Bürgerkriegs. Europa war für meine Eltern das Märchenland hinter der Mauer. Sie wussten kaum etwas über Deutschland – und lebten dennoch in dem Gefühl, dort müsse alles gut sein.

Meine Eltern, obwohl Akademiker, waren damals genauso überfordert, wie viele Flüchtlinge es heute sind. Von unserer ersten Sozialhilfe in Deutschland kaufte mein Vater 1992 nicht Lebensmittel, sondern Spielzeug. Mein Bruder bekam eine Plastikpistole, ich einen Teddybären mit roter Knopfnase. Die paar Hundert Mark waren mehr, als meine Eltern je besessen hatten.

Einmal im Monat musste mein Vater aufs Amt, um die Sozialhilfe abzuholen. Am Tag vorher paukte er Vokabeln, lernte Sätze auswendig: „Wir kommen aus St. Petersburg“, „Wir haben zwei kleine Kinder“. Wenn mein Vater von den Amtsgängen zurückkam, war sein Rücken schweißnass vor Angst.

Meine Eltern lernten Deutschland mit der Beklommenheit eines Kindes kennen, das sich im Dunkeln durch einen Raum tastet. Wenn sie etwas berührten, das ihnen Angst machte, schreckten sie zurück. Ständig fürchteten meine Eltern, etwas Falsches zu sagen oder zu tun. Meine Mutter war dauernd den Tränen nahe. Sie, die Literaturwissenschaftlerin, nahm aus Not eine Zeit lang Pizzabestellungen auf. Dann wurde sie entlassen, weil sie sich die deutschen Straßennamen nicht merken konnte.

Meine Eltern wollten in Deutschland zur Ruhe kommen. Doch das Leben im Wohnheim war alles andere als beschaulich. Mein Vater musste jeden Tag zum Deutschkurs, konnte aber nachts nicht schlafen, weil unsere Nachbarn im Wohnheim lärmten. Ein paar Bewohner verschoben Autos nach Polen und wickelten nachts Geschäfte ab. Sie tranken Wodka und schrien sich an. Die deutschen Anwohner, obwohl Hunderte Meter entfernt, beschwerten sich über die Lautstärke.

Wir hatten einen sicheren Asylstatus, doch ausziehen konnten wir nicht. Ohne Job bekommt man in Deutschland keine Wohnung – und ohne Wohnung keinen Job. Wie sollte es weitergehen? Ein Heimbewohner, ein russischer Ingenieur, mietete sich ein Postfach an, um nicht ange-

ben zu müssen, dass er im Wohnheim lebte. Vom Staat gab es nur so viel Unterstützung wie nötig. Behördengänge, Bewerbungsschreiben – all das mussten meine Eltern allein erledigen.

Die Wendung kam – ganz wie bei Kindern – durch einen Erwachsenen, der uns an die Hand nahm. Im Winter 1992 kaufte mein Vater über eine Zeitungsannonce einen gebrauchten Computer. Mit dem Zug fuhr er 40 Kilometer, um das Gerät abzuholen. Der Besitzer, ein schwäbischer PC-Spezialist im Alter meines Vaters, bot ihm an, auf dem Rückweg den Computer mit dem Auto zu transportieren. Als er vor unserem Asylbewerberheim hielt, erschrak der Mann.

Am nächsten Tag kam er wieder und brachte Spielsachen für meinen Bruder

In jeder Gesellschaft gibt es Regeln, nach denen das Zusammenleben funktioniert. In Russland lauten sie: Trau nur deinen engsten Freunden und niemals dem Staat. Mein Vater lernte, dass es bei einer Jobbewerbung nicht hilft, den Arbeitgeber mit Whisky zu bestechen. Dass die Deutschen gerecht sind, aber auch distanziert.

Andere Eigenschaften werden meine Eltern niemals los. Meine Mutter ist in den bitteren Jahren der Sowjetzeit aufgewachsen und in ständiger Sorge, ihre Kinder nicht ernähren zu können. Bis heute benimmt sie sich, als wäre das Leben ein pausenloser Kampf um Ressourcen. Sie teilt niemals mit Fremden und weist auch mich an, es nicht zu tun. Humanismus und selbstlose Nächstenlie-

be sind ihr fremd, weil sie diese Dinge in Russland nie erlebt hat.

Was die aktuelle Flüchtlingswelle bedrohlicher als die damalige wirken lässt, ist die Angst vor islamistischem Terror. Als wir 1992 einwanderten, war der 11. September 2001 noch fern und den Islamischen Staat gab es nicht. Auch damals trugen die Flüchtlinge Kopftuch – doch niemand nahm es als Feldzug wahr. Ich erkenne, dass der aktuelle Ausnahmezustand ein gefühlter ist. Der Takt der Meldungen ist schneller geworden: Wer will, kann das Lied der Flüchtlingskrise in Dauerschleife hören. Es gibt so viele Liveticker, Eilmeldungen und Tweets, dass man glauben muss, die Flüchtlinge würden neuerdings Deutschland bevölkern. Dabei sind sie im Stadtbild oft unsichtbar.

Ich finde den evangelischen Pfarrer, der meine Eltern 1992 am Zaun überredete, doch in das Wohnheim einzuziehen, weil es eben nichts anderes gab. Den Sozialarbeiter, der sich damals um die Flüchtlinge im Haus kümmerte. Sie sehen ebenfalls die Ähnlichkeit zu den

1990er-Jahren. „Auch damals hatten wir das Gefühl, die Schmerzgrenze erreicht zu haben“, erzählt mir der ehemalige Leiter der Unterkunft. „Auch damals hatte die Bevölkerung Angst.“ Nach monatelanger Suche finde ich insgesamt fünf Familien, die im Lager gelebt haben. Niemandem ist es leicht gefallen, sich in Deutschland einzugliedern. Doch mir fiel auf: Wer gute Erfahrungen mit den Deutschen gemacht, sie als freundlich und offen empfunden hatte, war auch eher bereit, ein Teil von ihnen zu werden. Ein Sozialarbeiter, der damals im „Lager“ arbeitete und heute ein Asylbewerberheim in Ludwigsburg leitet, formuliert es so: Wenn man die Migranten bei der Integration helfen wolle, müsse man vor allem eines tun – sie auf der Straße anlächeln.

Gäbe es so etwas wie eine „Integrationssskala“, würden einige der ehemaligen Bewohner darin höher stehen als andere. Ein Reihenhaus mit gestutztem Rasen gäbe vermutlich besonders viele Punkte, schlechte Deutschkenntnisse besonders wenige. Aber wer würde über die Vergabe entscheiden? Und wie viele Punkte wären nötig, um „deutsch genug“ zu sein? Wer wollte, konnte die Flüchtlinge in den 1990er-Jahre ignorieren, und die meisten unserer Nachbarn taten das. Dass sich kein einziger Asylhelfer an die Flüchtlinge erinnert, scheint mir kein Zufall zu sein. Man hielt es vermutlich nicht für nötig, sich Namen zu merken: Keinem der Helfer kam offenbar der Gedanke, dass die Menschen aus dem Wohnheim für lange Zeit im Land bleiben würden.

Das Deutschland von heute ist ein anderes. Heute engagieren sich Hunderttausende, es gibt Fußballvereine und Musikschulen, die Flüchtlinge aufnehmen, Germanisten, die in ihrer Freizeit unterrichten. In einigen Volkshochschulen sind die Arabischkurse ausgebucht, weil die Deutschen lernen wollen, sich mit Syrern und Irakern zu unterhalten. Noch immer fühlen sich viele Deutsche unwohl mit den Fremden. Dennoch ist die Bereitschaft, ihnen die Hand zu reichen, ungleich größer als 1992.

Meine Eltern leben heute getrennt, doch sie haben beide sichere Stellen: Mein Vater arbeitet als Informatiker, meine Mutter hat eine Umschulung zur Finanzbuchhalterin gemacht. In ihrer Freizeit berät sie die Stadtbücherei in Fragen russischer Literatur. Mit dem Mann, der ihm damals den Computer verkaufte, trifft sich mein Vater heute regelmäßig zu Maultaschen und Bier.

Die Heimkehr

Als Kind lebte unsere Autorin in einem schwäbischen Asylbewerberheim. 24 Jahre später macht sie sich auf die Suche nach Mitbewohnern von damals. Dabei erfährt sie viel über sich selbst – und darüber, wie Integration gelingen kann

VON ALEXANDRA ROJKOV

Meine Eltern lernten Deutschland mit der Beklommenheit eines Kindes kennen, das sich im Dunkeln durch einen Raum tastet

Natürlich waren meine Eltern Akademiker und den Deutschen schon rein optisch ähnlicher als der Großteil der aktuellen Flüchtlinge. Es ist schwieriger, Menschen zu integrieren, die durch die Wüste gewandert sind und in Schlauchbooten um ihr Leben gekämpft haben. Sie einzugliedern, wird mehr Zeit kosten, Mühe und Geld. Doch es ist machbar.

„Wir Russen sind das härteste Volk der Welt“, sagt mein Vater, als ich ihm bei einem Besuch von meiner Recherche erzähle. „Und selbst wir haben gelernt, wie man in Deutschland zu leben hat.“

Kann Deutschland es schaffen? Ich denke: Wenn Deutschland es damals geschafft hat, schaffen wir es heute erst recht.

An einem Freitag im Frühjahr 2016 nehme ich von Berlin einen Zug nach Ludwigsburg. Dann weiter mit dem Bus. Das letzte Stück gehe ich zu Fuß. Und obwohl mir Google Maps anzeigt, dass ich geradeaus muss, biege ich auf einem Feldweg instinktiv nach links ab.

Die Stadt ist näher an das Asylbewerberheim gerückt. Wo früher Brachfläche war, stehen heute Einfamilienhäuser mit Schaukeln im Garten. Das Metallgitter gibt es nicht mehr, stattdessen einen Bauzaun. Ich schlüpfte hindurch.

Der Platz vor den Häusern schien mir als Kind riesig. In Wahrheit passen kaum zwei parkende Autos auf den Hof. Im Flur unseres ehemaligen Wohnblocks hängt noch die Hausordnung. Mittagsruhe von 13 bis 15 Uhr. Ab 22 Uhr Nachtruhe.

In dem Gebäude wohnen keine Asylbewerber mehr, sondern Obdachlose. Der Hausmeister hat sich bereit erklärt, mir die Tür zu unserem damaligen Zimmer zu öffnen. Als wir den Raum betreten, lugt ein Lockenkopf verschlafen unter einer Bettdecke hervor.

Das Zimmer ist vollgestellt mit Regalen, auf dem Boden stehen ordentlich aufgereiht Schuhe, über den Sperrholzmöbeln hängt Kleidung. Ein dunkler Holztisch trennt den Raum. Auf diesen 20 Quadratmetern lebten damals vier Personen. Es ist das größte Zimmer im Wohnheim.

Die Stockbetten sind verschwunden, aber der Kühlschrank steht noch an derselben Stelle. Ein Spind, ein brauner Schrank, an der Wand ein Pin-up. „Und hier haben Sie mal gewohnt?“, fragt der Obdachlose ungläubig.

Lange habe ich niemandem von diesem Haus erzählt. Ich habe mich dafür geschämt, an solch einem Ort gelebt zu haben.

Als ich im Hof stehe, wird mir klar, dass ich aussehe wie meine deutschen Freunde, dass ich rede wie sie. Aber im Inneren bin ich anders.

Ich trage die russische Härte in mir, von der mein Vater spricht. Die Angst meiner Eltern, mich durch einen Fehler lächerlich zu machen. Den Druck, besser sein zu müssen als die deutschen Kinder.

Als Migrant lernst du schnell, dass du nur Erfolg hast, wenn du nicht störst, nicht auffällst, dich anpasst, sodass niemand anderes es muss. Ich bin die Integrationsstreppe hochgesprintet – und atemlos an der obersten Stufe angekommen.

All das sieht man mir nicht an. Für die meisten Deutschen bin ich der perfekte Ausländer, weil nichts an mir erkennbar fremd ist.

Nicht jeder Flüchtling wird so deutsch werden wie ich. Und vielleicht, denke ich, ist das gut so.

Ich verlasse das Gelände und sehe nicht mehr zurück.

□

Dies ist die gekürzte Fassung eines Beitrags, der am 1. Juli 2016 im Süddeutsche Zeitung Magazin erschienen ist. Das Gesprächsforum „Petersburger Dialog“ hat Alexandra Rojkov dafür im Juli 2019 mit dem Peter-Boenisch-Gedächtnispreis ausgezeichnet. Wir danken ihr für die Erlaubnis, ihren Artikel nachdrucken zu dürfen. Der vollständige Text ist abrufbar unter www.petersburgerdialog.de

Edition Russisch-International

Eine der besten Modeschulen der Welt, Inna Thomas' Fashion Design Institut in Düsseldorf, wird zehn Jahre alt

VON DARIA BOLL-PALIEVSKAYA

Sie ist 1,85 m groß, hat hohe Wangenknochen, eine stolze Haltung und Katzenaugen. Kein Wunder also, dass die diplomierte Historikerin und Designerin Inna Thomas in ihrer Heimat Saratow als Model arbeitet. Aber die junge Frau merkte schnell: Nähen bereitet ihr viel mehr Freude, als die Kleidung anderer Leute auf dem Laufsteg zu zeigen. Wenn aber damals jemand gesagt hätte, dass sie ein Modeinstitut in Deutschland leiten würde, hätte sie es nicht geglaubt.

Inna und ihr Ehemann Harald gründeten ihr Fashion Design Institut (FDI) nicht irgendwo, sondern in Düsseldorf – in der Modehauptstadt Deutschlands, im Mekka der internationalen Modeliebhaber. Berühmte Modehäuser kämpfen um die Möglichkeit, dort ihre Kollektionen zu zeigen oder eine Boutique zu eröffnen.

Im vergangenen Jahr feierte das Institut sein zehnjähriges Bestehen, es ist die erste deutsche Hochschule, die vom renommierten amerikanischen *World Magazine* in die Liste der 20 besten Modeschulen der Welt aufgenommen wurde.

Alles begann damit, dass die junge Frau aus Saratow nach Deutschland kam, um Deutsch zu lernen.

Danach wollte sie für Englischkurse nach Amerika gehen – schließlich kann man ohne Fremdsprachen in der Modebranche nicht bestehen. Aber dann mischte die Liebe die Karten neu.

Inna lernte in Deutschland ihren zukünftigen Ehemann kennen. Nach der Geburt ihres ersten Sohnes stellte sie fest, dass sie einfach nicht untätig zu Hause sitzen konnte. Sie beschloss, ein Risiko einzugehen und ihre eigene Modeschule zu gründen. „Ich hatte nichts zu verlieren“, sagt Inna und lacht. Der Ehemann unterstützte sie; er kündigte für das gemeinsame Projekt seinen Job.

Aber gab es denn in Deutschland wirklich einen Mangel an Modedesignern? „Das Problem sind nicht die Talente, sondern, dass man nirgendwo lernen konnte, wie man mit der Modebranche zusammenarbeitet, mit anderen Worten, wie man Knöpfe an ein Hemd näht“, erklärt Inna. Das Ehepaar Thomas setzte auf ein möglichst praxisnahes Studium. Die Strategie ging auf.

Heute können am Fashion Design Institut fast 400 Studenten zwischen den Studiengängen Fashion Design und Stylist wählen. „Zusätzlich bieten wir neue Studiengänge – Fashion Management und Marketing und Modejournalismus. Außerdem haben wir einen Studiengang auf Englisch eröffnet, weil Studenten aus China, Frankreich, den USA und Südamerika zu uns kommen. Wir laden namhafte Modedesigner ein, damit sie unseren Studenten erzählen, wie das Modegeschäft funktioniert. Zum Beispiel haben bei uns Santo Versace und die Inhaberin des Missoni-Modehauses Angela Missoni Vorlesungen gehalten. Damit haben wir das internationale Niveau erreicht“, sagt Inna nicht ohne Stolz. Und sie hat allen Grund dazu. Denn das FDI ist die einzige deutsche Modeschule, die nach Einschätzung des amerikanischen Magazins *Forbes* seit 2016 zu den 50 besten Modeinstituten der Welt gehört. Inna selbst unterrichtet am FDI Kostümgeschichte und -design und ist des-

sen Kreativdirektorin. Harald ist für Finanzen und Marketing verantwortlich.

Zunächst arbeitete Inna gleichzeitig an ihrer eigenen Modelinie Sava Nald, in deren Namen sie die Buchstaben ihres Namens und des Namens ihres Mannes verwendete. Aber nach der Geburt des zweiten Sohnes musste diese Idee aufgegeben werden.

Ihre ganze Kraft widmet sie dem Fashion Design Institut. Schließlich bleibt die Mode nie stehen und die Schule muss mit der Zeit gehen. Seit vielen Jahren präsentieren FDI-Studenten ihre Kollektionen in Düsseldorf auf der prestigeträchtigen „me Show“. Vor zwei Jahren eroberte Inna Paris: Ihre Absolventen durften ihre Kollektion auf der High Fashion Week zeigen. Der Erfolg war so schwindelerregend, dass die FDI mittlerweile jährlich an der Haute Couture teilnimmt.

„Zur Berliner Fashion Week fahren wir nicht mehr. Deutschland hat leider aufgehört, ein Modezentrum zu sein. Es ist nicht cool, sich in Berlin zu zeigen“, erklärt Inna mit Bedauern. Die deutsche Mode war schon immer praktisch ausgerichtet. Für deutsche Frauen ist es sehr wichtig, sich in ihrer Kleidung wohl zu fühlen. Russische Frauen dagegen kaufen sich Sachen, damit „alle tot umfallen“, wie es der russische Modehistorikerin Alexander Wassiljew ausdrückte. Die Russen lieben es grell, schrill, extravagant und wiederholen gern das Sprichwort: „Wer schön sein will, muss leiden.“

„Da kann ich Ihnen nicht zustimmen“, schüttelt Inna den Kopf. „Ich verfolge russische Stylisten und Modeblogger genau und muss sagen, dass sich die Mode in Russland stark verändert hat. Die Menschen ziehen sich viel dezent und zurückhaltender an, man kann einen Trend zur Natürlichkeit beobachten. Heute gibt es in Russland viele großartige Designer. Ich mag zum Beispiel Alena Akhmadullina und die Marke Lime. Von Gosha Rubchinskiy bin ich auch begeistert. Seine Marke ist global geworden, und ich bewundere ihn als

Geschäftsmann, obwohl sein Stil mir fremd ist und ich keine Kleidungsstücke aus seiner Kollektion kaufen würde.“ Und sie fügt traurig hinzu: „Tatsächlich hört Mode auf, kreativ zu sein. Es wird viel darüber geredet, dass die Mode algorithmischer geworden ist. Es werden nur Kollektionen erstellt, die verkauft werden. Und Haute Couture Häuser wie Christian Lacroix müssen schließen. Sogar Haute Couture wird bodenständig. Es gibt viel weniger Extravaganz.“

Über Inna wird oft gesagt, dass sie „russische Weiblichkeit“ in die deutsche Modewelt gebracht habe. Das Erfolgsgeheimnis des von ihr gegründeten Instituts liegt wahrscheinlich in der Kombination russischer und deutscher Kulturen. Inna hat den Kontakt zu Russland nicht verloren und ihre beiden Söhne sprechen exzellent Russisch. „Tom und Elias interessieren sich sehr für Mode“, lacht Inna. „Mit Marken und Stoffen kennen sie sich bestens aus.“ Vor kurzem kehrten die Jungs von ihrer Großmutter aus Saratow zurück, wo sie die Sommerferien verbrachten. „Moskau lässt sie kalt, weil sie mit uns reisen und viele Hauptstädte der Welt schon gesehen haben. Aber die Wolga, die russische Natur, der Strand, die Freiheit, die Flusskrebse – von all dem sind sie begeistert.“

Welche Trends kommen in der kommenden Saison auf uns zu? „Es wird viel Leder getragen, Schleifen auf Blusen sind relevant. Fliegende Röcke sind in, Modeliebhaberinnen sollen Oversize-Jacken tragen, aber die Taille mit einem Gürtel betonen. Grobe Schuhe und weiche, voluminöse Pullover mit großen, groben Kragen liegen im Trend. Was die Farben angeht, da kann man alles tragen. Schauen Sie sich den herbstlichen Wald an – das ist der neuste Trend.“

Daria Boll-Palievskaya aus Moskau ist Journalistin, Autorin und Expertin für interkulturelle Kommunikation. Sie lebt in Düsseldorf.

9D



Project Runway:
Aus der Nähstube von Inna Thomas

Weltbürgerin wider Willen

In „Die Leben der Elena Silber“ erzählt Alexander Osang eine deutsch-russischen Familiengeschichte

VON LUTZ LICHTENBERGER

Von Berlin aus ist er in die ganze Welt gefahren, nach New York, London und Jerusalem, schrieb unzählige Reportagen für das Magazin *Der Spiegel*, nahm drei Mal den Egon-Erwin-Preis entgegen – sein plauderhafter, aber von genauer Beobachtung getragener Stil wird an Journalistenschulen gelehrt. Alexander Osang ist, mit allen guten und schlechten Klischees, die mit dem Wort verbunden werden können, ein *Starreporter*, ein Name, den in Deutschland auch die Menschen kennen, die kaum noch Zeitung lesen.

Sein Roman „Das Leben der Elena Silber“ erzählt die Geschichte einer russischen Großmutter und will zugleich eine Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts sein, großes Geschichtspanorama, deutsche und russische Geschichte – und die beginnt Osang in der Gegenwart.

Der Filmemacher Konstantin Stein – in dem man ein Alter Ego des Autors sehen kann – ist auf Sinnsuche. Stein ist Anfang 40 und lebt in Berlin, der zwölfjährige Sohn bei der Mutter. Die Karriere holpert und in seinem Kopf rumort es auch, Stein geht zur Psychotherapie, er will sich selbst finden.

Zu Beginn des Romans ist er gerade wieder in Berlin angekommen, nachdem er für einen möglichen neuen Film am Schwarzen Meer war. Er hatte sich dort an die Fersen eines serbischen Tennisspielers geheftet. Bogdan, so heißt er, war wie Novak Djokovic in seiner Kindheit aus Belgrad geflohen. Djokovic wurde zu einem Superstar, der 16 Grand-Slam-Titel gewann und die Tennis-Weltrangliste

anführt. Bogdan blieb das ewige Talent, Platz 250 der Juniorenweltrangliste.

Aber Bogdan führt kein langweiliges Leben. Mit einem Tennisstipendium studiert er in einem College in den USA Literaturwissenschaften, schreibt zwei unveröffentlichte Romane, heiratet eine jüdische Bibliothekarin aus Odessa und zieht nach Berlin, wo er russischen Oligarchen Tennisunterricht gibt.

Der Filmemacher Konstantin sieht in Bogdan, dem Flüchtling, einen „Weltbürger wider Willen“, in dessen Geschichte sich die Geschichte unserer Zeit spiegelt. Aber den tieferen Zugang zu dessen Geschichte und was sie zum Sinnbild macht, hat er noch nicht gefunden.

Konstantins Mutter spürt die Verunsicherung des Sohns. Bei dessen Besuch in der elterlichen Wohnung im Prenzlauer Berg in Berlin, einst das Stadtviertel der DDR-Oppositionellen, heute der Hort des Bionade-Biedermeiers für junge, wohlhabende, zugezogene Familien, hat sie alte Landkarten und Familienfotos an die Wand gepinnt.

Der Vater, Claus Stein, war zu DDR-Zeiten ein angesehener Tierfilmer. Seine Frau Maria will ihn in das Pflegeheim abschicken, in dem schon ihre Mutter Elena Silber ihre letzten Jahre verbracht hat. Konstantin ist konsterniert, sieht mit dem Auseinanderbrechen der Eltern seine eigene Geschichte und Herkunft bedroht.

Es ist die Mutter, die Konstantin auf den Weg zu seiner Geschichte in die Vergangenheit führt: „Ich habe gedacht, ich liefere dir ein Thema, was dich mehr an-

geht als das Leben irgendeines kroatischen Tennisspielers.“ Die Familiengeschichte sei schließlich nicht nur ihre, sondern auch seine, Konstantins, der mehr als sieben Jahrzehnte nach seiner Großmutter geboren sei.

Osang hat in „Die Leben der Elena Silber“ die Geschichte seiner eigenen Familie mütterlicherseits zum Roman gemacht. Von Kapitel zu Kapitel springt er zwischen Geschichte und Gegenwart, die sich im Laufe des Romans langsam aber sicher aufeinander zubewegen.

Denn Konstantin macht sich, nach anfänglichem Zögern, tatsächlich daran, dem schicksalhaften Leben seiner Vorfahren nachzuspüren. Nicht nur Bogdan, sondern auch seine Großmutter erweisen sich schließlich, auf je eigentümliche Weise, als „Weltbürger wider Willen“.

Elena Silber wurde 1902 als Jelena Krasnow in Gorbato geboren, etwa 400 Kilometer östlich von Moskau am Fluss Oka. Ihr Leben war eine einzige Flucht – zunächst floh sie vor den Soldaten des Zaren, die ihren Vater Viktor ermordeten, einen Kommunisten. Der Leser erfährt davon in dem denkwürdigen ersten Satz des Romans: „Sina Krasnowa schob die letzten Scheite in den Ofen, als sie draußen in der Stadt ihrem Mann einen Holzpfehl in die Brust schlugen.“

Elena muss auch vor ihrem Stiefvater fliehen, der sie missbraucht. Sie entkommt ihm durch die Begegnung mit einem deutschen Textilingenieur, ihrem späteren Ehemann, der auf Einladung Lenins die industrielle Massenproduktion vorantreiben sollte:

„Der Deutsche hieß Robert F. Silber und sah nicht so aus, wie sich Jelena einen Deutschen vorgestellt hatte. Er hatte dunkle Haare, dunkle Augen und roch phantastisch. Er roch nach Süden, dachte Jelena. Der Mann schien einem Abenteuerroman entstiegen zu sein – ein Georgier eher oder ein Spanier – er war jünger und kleiner als der deutsche Ingenieur, den sie erwartet hatte. Er erschien in Begleitung von zwei Kofferträgern und einer Dolmetscherin aus Moskau, was seinen glamourösen Auftritt unterstrich.“

Nach der Hochzeit wird aus Jelena Krasnow Elena Silber.

Robert Silber hat eine eigene, lange Zeit unklare Geschichte. Die junge Familie zieht erst nach Moskau, später von Leningrad nach Berlin und schließlich ins niederschlesische Sorau, wo Robert Silbers Eltern eine Textilfabrik betreiben. Im Haushalt mit fünf Töchtern arbeiten Gefangene des Konzentrationslagers Christianstadt. Bruchstückhaft offenbart sich Silbers Verstrickung in die Verbrechen der Nazis.

Im Februar 1945 erreicht die sowjetische Armee Sorau, und er flieht mit dem Familienschmuck nach Berlin: „Robert war immer ein abwesender Vater gewesen. Die Mädchen waren daran gewöhnt. Aber als er zwei Monate nicht auftauchte, fragten sie nach ihm. Jelena hatte ihnen erzählt, ihr Vater sei ihnen nach Berlin vorgelassen. Sie brauchten eine Erzählung. Eine Perspektive. Eine Hoffnung. Jeder brauchte das. Sie hatte die Geschichte immer mehr ausgeschmückt.

Sie hatte nur die Phantasie, die Erinnerung und baute daraus eine Geschichte, in der sie leben konnten.“

Konstantins Großmutter Elena muss sich entscheiden: Soll sie mit ihren Töchtern zurück in die russische Heimat gehen oder der hoffnungsvollen



Alexander Osang: „Das Leben der Elena Silber“, Roman, S. Fischer, Frankfurt a.M., 624 S., 2019.

Geschichte nachfolgen, die sie selbst erzählt hat, und ebenfalls nach Berlin aufbrechen? Sie geht nach Westen und beschließt, die Vergangenheit hinter sich zu lassen. Der Verbleib und die dunklen Geheimnisse ihres Mannes sol-

len für sie und ihre Kinder kein Thema mehr sein.

Ihr Enkel Konstantin Stein reist 70 Jahre später gen Osten, um genau dieser Geschichte nachzuspüren. Er besucht mit seinen Eltern Sorau und fährt mit seinem Cousin nach Gorbato. Er sucht über Zeiten, Länder und Geschichte hinweg den Kontakt zu seinen Vorfahren, um sich und sein Leben darin zu entdecken: „Als er aus Moskau nach Hause gekommen war, hatte im Briefkasten die Antwort auf seinen Suchantrag beim Roten Kreuz gelegen, den er vor zwei Monaten gestellt hatte. Es gab keine Informationen über den Verbleib von Robert Silber, auch nicht in den sowjetischen Archiven, die vor ein paar Jahren geöffnet worden waren. Konstantin hatte das Gefühl gehabt, die Todesnachricht eines nahen Verwandten erhalten zu haben.“

Der Kritiker Martin Halter fasste sein Urteil über das Buch in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* mit dem schönen Aperçu zusammen: Osang habe „seinen großen russischen Roman für die Generation Netflix“ geschrieben, hin und her springend zwischen Vergangenheit und Gegenwart, gespickt mit Zitaten aus Film- und Literaturgeschichte.

Für das zeitgemäße *binge reading* ist das deutsch-russische Geschichtspanorama tatsächlich prächtig geeignet.

Lutz Lichtenberger ist Redakteur dieser Zeitung.

9D

Seinen Auftakt bei den Berliner Philharmonikern hat Kirill Petrenko gleich mit einem großen Tusch begangen: Vor dem symbolträchtigen Brandenburger Tor eröffnete er seine Amtszeit als Chefdirigent eines der berühmtesten Orchester der Welt mit Beethovens 9. Sinfonie. Dem Open-Air-Konzert Ende August durften die Berliner bei freiem Eintritt lauschen, 35 000 Menschen nahmen diese Einladung an. Intensiver hätte das Kennenlernen des neuen Maestros kaum ausfallen können: Ein lauer Sommerabend vor berauscher Kulisse, eines der intensivsten Orchesterwerke der Musikgeschichte und schließlich der finale Choral zu Friedrich Schillers „Ode an die Freude“ – mehr überwältigende Verlockung ist zu Beginn kaum denkbar.

Petrenko selbst hatte im Vorfeld angekündigt, dass für ihn nur diese eine Komposition bei seinem Einstand in Frage gekommen sei. Diese Sinfonie „enthält all das, was uns Menschen auszeichnet, im Positiven wie im Schlechten“, sagte Petrenko auf der Jahrespressekonferenz der Berliner Philharmoniker im April. „Wenn wir eine Botschaft an einen fernen Planeten schicken wollen, die unsere fantastische Kultur ebenso zeigt wie all die schrecklichen Dinge, die Menschen getan haben, kann das nur Beethovens Neunte sein.“

In Berlin ist Petrenko mit großer Vorfreude und vielen Vorschusslorbeeren empfangen worden. Das Orchester, so war zu hören und zu lesen, sehe der neuen Ära erwartungsvoll entgegen, es gebe „keine kritische Stimme“ unter den Musikern, sagte der Solo-Oboist Albrecht Mayer gegenüber dem *Tagesspiegel*.

Petrenkos unermüdliches Ringen um den perfekten Klang, sein fordernder, aber stets an der

AUS DER PROVINZ AUF DEN OLYMP

Kirill Petrenko wurde einst mit der Meininger Hofkapelle zum Star, nun hat er einen fulminanten Einstand als Chef der Berliner Philharmoniker gegeben

VON KLAUS GRIMBERG

Musik orientierter Enthusiasmus und seine uneitle Bescheidenheit haben das Orchester schon bei früheren Zusammenarbeiten sehr für den 1972 im sibirischen Omsk geborenen Dirigenten eingenommen. Nun sind die Berliner Philharmoniker, eine Ansammlung von Spitzenmusikern an ihrem jeweiligen Instrument, mehr als neugierig, welche musikalischen Sphären sie mit Petrenko erreichen können.

Es ist nicht das erste Mal, dass aus dem kleinen Städtchen Meiningen in der thüringischen Provinz die musikalische Karriere eines herausragenden Orchesterleiters nach Berlin führt.

Damals war es Hans von Bülow, der als Hofkapellmeister zwischen 1880 und 1887 die Meininger Hofkapelle zu einem Spitzenorchester formte und dann als Chefdirigent nach Berlin zu den dortigen Philharmonikern wechselte, die sich allerdings erst unter Bülow zu einem erstklassigen Klangkörper entwickelten. Das ist heute natürlich anders: Nach den Stationen Meiningen, Komische Oper Berlin und Bayerische Staatsoper München ist Petrenko nun endgültig auf dem internationalen Klassik-Olymp angekommen.

In Meiningen war es einer der gelungenen Schachzüge der damaligen Intendantin Christine Mieltz, den noch weitgehend unbekanntem jungen Dirigenten 1999 als Generalmusikintendanten der Meininger Hofkapelle zu engagieren. Der gemeinsame Kraftakt von Mieltz und Petrenko, den Ring des Nibelungen von Richard Wagner 2001 an vier aufeinanderfolgenden Abenden auf-

zuführen, machte den Orchesterchef schlagartig international bekannt.

Nicht nur die Kühnheit des Unterfangens, auch die besondere Klangqualität der Aufführungen brachte Petrenko seinerseits begeisterte Kritiken ein. Seither wird er in den Feuilletons hochgeachtet, mitunter sogar verehrt, denn seine bedingungslose Hingabe an jedes einzelne von ihm dirigierte Orchesterwerk nötigt auch den Kennern immer wieder Respekt und Bewunderung ab.

Als von Bülow Ende des 19. Jahrhunderts aus der thüringischen Provinz in Meiningen in die damals noch junge Reichshauptstadt kam, fand er dort ein Orchester vor, in dem noch recht legere Sitten gang und gäbe waren. Es war von Bülow, der den Musikern verbot, während der Proben zu essen und zu trinken, auch das Rauchen hatte zu unterbleiben und das kleine Pläuschchen unter Kollegen ebenso. Von Bülow war berüchtigt für seine eiserne Disziplin, die er auch den Musikern abverlangte. Wie schon in Meiningen formte er das Berliner Orchester zu einem Ensemble von internationalem Ruf, das dem Dirigenten nicht mehr nur als Taktgeber, sondern als Interpreten eines Werks zu folgen verstand.

Um grundlegende Dinge wie einst von Bülow muss sich Petrenko bei seinem Amtsantritt in Berlin gewiss nicht mehr kümmern. Anders als sein Vorgänger Sir Simon Rattle, der

sich in den 16 Jahren als Chefdirigent in Berlin omnipräsent um viele organisatorische und strukturelle Veränderungen bei den Philharmonikern kümmerte, hat Petrenko bereits angekündigt, sich ganz auf die Musik konzentrieren zu wollen. Er gibt seit vielen Jahren keine Interviews mehr, abgesehen von der Jahrespressekonferenz der Berliner Philharmoniker und Gesprächen mit einzelnen Musikern des Orchesters in deren Digital Music Hall.

Darin wirkt Petrenko in jeder Sekunde konzentriert, er wählt seine Worte sehr genau und erscheint doch überaus freundlich und zugewandt. Man kann sich gut vorstellen, dass die Musiker der Berliner Philharmoniker der Zusammenarbeit regelrecht entgegengefeiert haben.

Auch das Publikum in Berlin und weit darüber hinaus ist gespannt, welche Akzente der Nachfolger von unter anderem Wilhelm Furtwängler, Sergiu Celibidache, Herbert von Karajan und Claudio Abbado setzen wird. Mit Beethovens Neunter am Brandenburger Tor hat er sich wie keiner seiner Vorgänger mit Verve und Dynamik dem Berliner Publikum vorgestellt. Gleichzeitig hat er damit die Erwartungen und Hoffnungen sehr hochgeschraubt. Doch kaum jemand in der internationalen Klassikwelt zweifelt daran, dass Petrenko sie erfüllen wird.

Klaus Grimberg ist freier Journalist in Berlin.

90



Ohne Geschrei oder Gefälligkeiten

Die deutsche Stimme – **The German Times** ist die einzige englischsprachige Zeitung aus Deutschland. Sie wird in 58 Ländern verbreitet und gelesen.

Erstklassige Journalistinnen und Journalisten berichten aus Berlin und Deutschland über Politik und Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Sie ist *die* deutsche Direktverbindung in die ganze Welt.

The German Times erreicht seit 2004 die Entscheidungsträger in allen Hauptstädten.

The German Times online lesen
www.german-times.com

